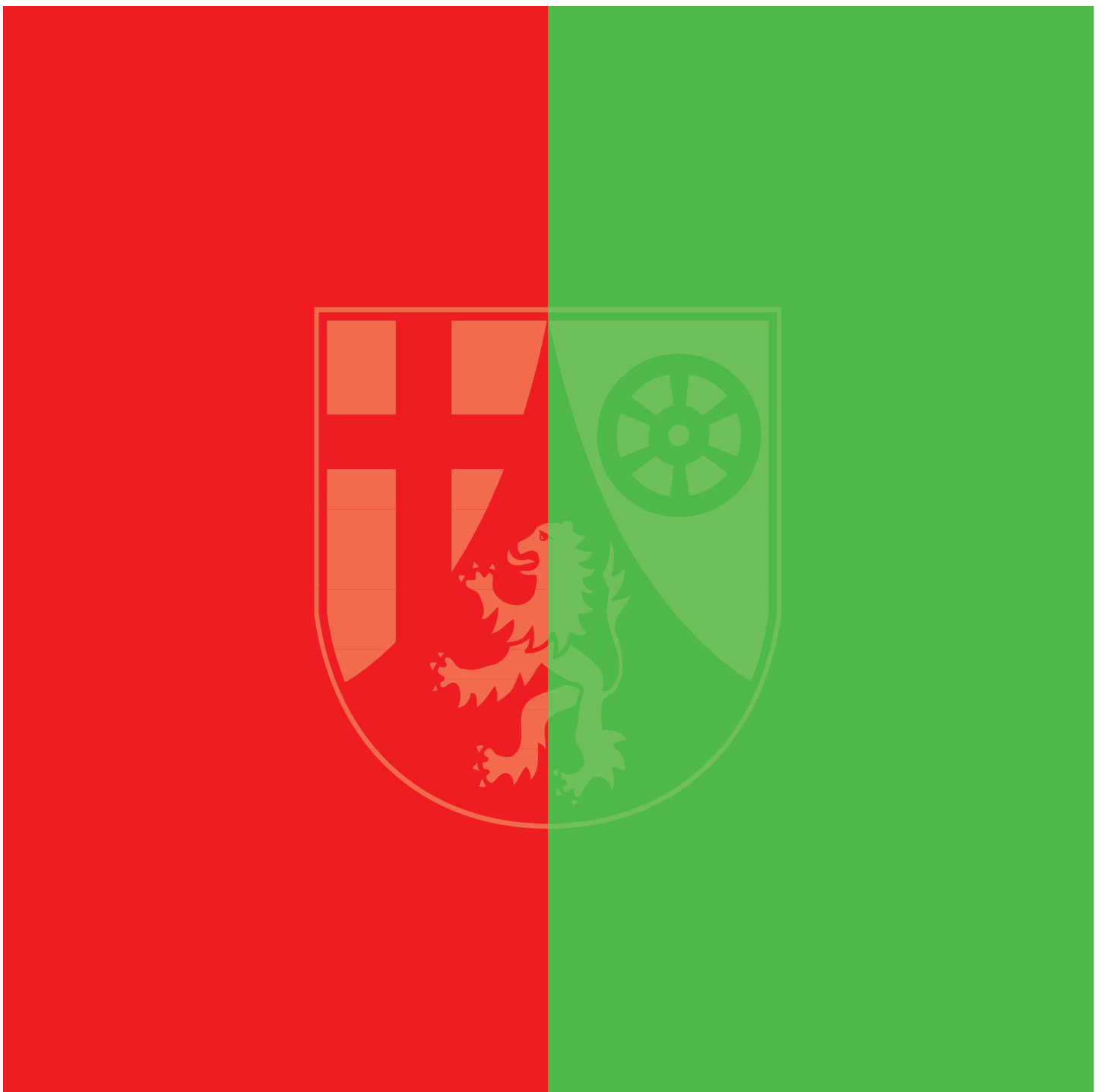




Rheinland-Pfalz 2011-2016

K O A L I T I O N S V E R T R A G

Den sozial-ökologischen Wandel gestalten



Inhaltsverzeichnis

1. Den sozial-ökologischen Wandel gestalten – unser gemeinsamer Weg für Rheinland-Pfalz.....	4
Aufbruch in eine soziale und ökologische Zukunft.....	4
2. Wir wollen die beste Bildung für Alle.....	7
Kindertagesstätten: Für starke Kinder und starke Eltern	7
Unser Kita Plus-Programm	7
Auf den Anfang kommt es an.....	8
Erzieherinnen und Erzieher stärken.....	9
Gute Schulen – Gute Chancen	9
Eltern unterstützen – Rechte von Schülerinnen und Schülern stärken	11
Berufliche Bildung.....	12
Starke Lehrerinnen und Lehrer, starke Kinder	12
Neue Impulse im Schulbau	12
Sprache – der Schlüssel für schulischen Erfolg und Integration.....	12
Kooperationen mit Bundeswehr und Friedensgruppen in der Schule.....	13
Offene und starke Hochschulen.....	13
Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre	14
Forschungsstandort Rheinland-Pfalz	15
Bildung – ein lebenslanger Prozess.....	16
Politische Bildung	17
Kulturelles Erbe erhalten – kulturelle Vielfalt fördern.....	17
Ja zum Dialog der Religionen – Ja zur religiösen Vielfalt.....	18
Jugendarbeit ausbauen, Teilhabechancen verbessern und für Jugendliche mehr Demokratie wagen.....	19
3. Energiewende vollenden und Klima schützen.....	21
Klimaschutz und Erneuerbare Energien.....	21
Energieeffizienz, Energieeinsparung und Energieberatung.....	22
Dezentralisierung und Energienetze	22
Raumordnung und Landesplanung, Atomtransporte.....	23
4. Starke Wirtschaft	24
Mittelstand und Wirtschaftsförderung.....	24
Zukunftgerichtete Industriepolitik.....	25
Technologie, Innovation und Clusterpolitik.....	25
Fachkräftebedarf sichern	26
Vergabepolitik: sozial und ökologisch	27
Landesplanung	27
Die Welt ist gern bei uns zu Gast.....	28
5. Unsere Umwelt – nachhaltige Landwirtschaft – Verbraucher wirksam schützen	29
Natur schützen	29
Landwirtschaft und Weinbau – nachhaltig und erfolgreich	30
Naturnaher Waldbau und nachhaltige Nutzung.....	33
Hochwasserschutz und Renaturierung	33
Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln.....	34
Verbraucherschutz stärken	35
Rheinland-Pfalz: Beim Tierschutz vorne	36
6. Gute Arbeit	37
Fairness auf dem Arbeitsmarkt für alle.....	37
Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung	38
Aktive Arbeitsmarktpolitik.....	39

	Fachkräftesicherung und Steigerung des Fachkräfteangebots.....	40
	Arbeit zukunftsfähig gestalten – mit den Menschen, für die Menschen	40
7.	Soziale Verantwortung	42
	Armut vermeiden und bekämpfen	42
	Damit es Familien gut geht	43
	Für ein gutes Leben im Alter – Wir werden Rheinland Pfalz generationengerecht gestalten.....	46
	Die demografische Herausforderung gestalten	48
	Schritt für Schritt mehr Inklusion	48
8.	Gute Gesundheit und Pflege	51
	Gute, solidarische und patientenorientierte Versorgung im ganzen Land.....	51
	Pflege zu Hause stärken.....	54
	Fachkräfte im Gesundheitswesen.....	56
	Drogenpolitik.....	56
9.	Zukunftsfähige Infrastruktur.....	58
	Nachhaltige Mobilität	58
	Stärkung des straßengebundenen Öffentlichen Verkehrs	58
	Rheinland-Pfalz-Takt 2015 – Erfolgsmodell für Rheinland-Pfalz stärken.....	58
	Mobil im ganzen Land – Nahverkehr in den ländlichen Räumen.....	59
	Ländliche Räume, Dorf- und Stadtentwicklung	59
	Mehr Güter auf Schiene und Schiff verlagern	60
	Aktiver und passiver Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern	61
	Landesstraßenbau: Erhalt vor Neubau	62
	Fahrradland Rheinland-Pfalz	62
	Luftverkehr: Zukunft gestalten und Interessenausgleich herstellen	63
	Elektromobilität	63
	Einzelne Verkehrsinfrastrukturprojekte	64
	Nürburgring.....	65
10.	Finanzen – nachhaltige und sozial gerechte Konsolidierung.....	66
	Keine weiteren Steuersenkungen zu Lasten der Länder	66
	Modernisierung des Haushaltsrechtes und weitere Maßnahmen	68
	Wir modernisieren den kommunalen Finanzausgleich	69
	Wir stärken die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen.....	69
	Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen.....	70
	Kommunaler Entschuldungsfonds	70
	Wohnungsbaupolitik	70
	Westwallanlagen.....	71
11.	Gleiche Chancen für Frauen.....	72
	Gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben	72
	Stärkung der eigenständigen Existenzsicherung.....	73
	Frauen vor Gewalt schützen	73
	Gleichstellung auf allen Ebenen fördern und mehr Frauen in Führung.....	74
12.	Vielfalt, demokratische Teilhabe und Engagement.....	75
	Demokratische Teilhabe stärken – Wahlrecht ändern	75
	Beteiligung stärken und ausbauen.....	75
	Freiwilliges Engagement unterstützen	76
	Für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten	76
	Diskriminierung entgegenwirken	78
	Rheinland-Pfalz achtet ethnische und sprachliche Minderheiten.....	78
	Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen: Gleichstellung von Schwulen und Lesben.....	78
	Informationsfreiheitsgesetz und Datenschutz.....	79
	Lobbyregister für mehr Transparenz in der Politik.....	80

13. Frei und sicher leben	81
Bürgernahe und transparente Polizeiarbeit	81
Opferhilfe, Zeugenschutz und Mediation	82
Justizstruktur und -verwaltung	83
Justizvollzug	84
Wehrhafte Demokratie	85
Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik	85
Ja zur Einbürgerung	87
Effiziente und transparente Strukturen durch Kommunal- und Verwaltungsreform.....	88
Militärstandorte und Konversion.....	89
Friedenspolitik	89
Partner des Sports.....	90
Feuerwehr und Katastrophenschutz	90
14. Medien und Netzpolitik.....	91
Digitale Chancen ergreifen	91
Breitband ausbauen.....	91
Medienkompetenz stärken	92
Medienstandort Rheinland-Pfalz	92
Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk	92
Informations- und Kommunikationstechnologie.....	93
15. Europa und internationale Zusammenarbeit.....	95
Europapolitische Aufgaben des Landes.....	95
Rheinland-Pfalz in Europa	96
Ökologische Gemeinsame Agrarpolitik	97
Nachhaltige europäische Kohäsionspolitik	97
Ambitionierte Klima- und Energiepolitik.....	97
Erneuerte stabile Wirtschafts- und Finanzordnung.....	97
Initiative zur Revision des EURATOM-Vertrags	98
Regionale und kommunale Partnerschaften	98
Internationale Zusammenarbeit	99
16. Zusammenarbeit und Vereinbarungen	100
Bundesrat	100
Landesregierung.....	100
Koalitionsausschuss	100

1. Den sozial-ökologischen Wandel gestalten – unser gemeinsamer Weg für Rheinland-Pfalz

Am 27. März 2011 haben sich die Bürgerinnen und Bürger für ein modernes, sozial gerechtes und ökologisches Rheinland-Pfalz entschieden. Gemeinsam wollen wir, die rheinland-pfälzische SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Wählerauftrag annehmen. Wir werden im Bewusstsein um die Verantwortung für die Menschen und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen den sozial-ökologischen Wandel gestalten. Gemeinsam mit den Menschen werden wir die Chancen des Landes nutzen, die Herausforderungen annehmen und die Zukunft gestalten.

Die neue rot-grüne Regierung steht sinnbildlich für das, was sich auch sonst im Leben empfiehlt: Gutes bewahren und Neues wagen. Bewährtes wollen wir erhalten, anderes noch besser machen, vieles neu auf den Weg bringen. Rheinland-Pfalz hat so viel Potential, die Menschen in unserem Land so viel Kreativität, so viel Engagement und Leistungsbereitschaft, dass wir gemeinsam noch viel erreichen können.

Aufbruch in eine soziale und ökologische Zukunft

Ein ökologisches, soziales und wirtschaftlich florierendes Rheinland-Pfalz ist unser Ziel. Nachhaltigkeit ist unser Weg. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unser Kompass. Nachhaltiges Arbeiten, stetes Lernen, aufmerksames Zuhören und ein klarer Kurs sind Maßstäbe unseres Handelns. Unser Land braucht Politik, die langfristig denkt, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir stellen uns dieser Verantwortung.

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz die Energiewende vollendet und in weniger als 20 Jahren 100 Prozent seines Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien deckt.

Den demographischen Wandel in Rheinland-Pfalz werden wir mit neuen Ideen und klugen Konzepten so gestalten, dass jede Region ihre Zukunftschance hat.

Unser Land lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler. Wir werden ihnen zusätzliche Wege eröffnen, ihr Wissen und ihre Wünsche, ihre Erfahrungen und ihre Mitmenschlichkeit stärker einzubringen. Wir wollen eine lernbereite und führungsstarke Landesregierung sein.

Wir wollen nah bei den Menschen sein. Wir laden alle Kräfte unseres Landes ein, gemeinsam mit uns eine sozial-ökologische Politik zu verwirklichen. Wir wollen den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz gemeinsam gestalten und in allen wichtigen Politikfeldern umzusetzen.

Wir wollen die Energiewende vollenden. Wir stehen für die Energiewende und ökologische Erneuerung, Energieeinsparung und Energieeffizienz. 100 Prozent unseres Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien bis 2030 zu decken, sehen wir als zentrale Herausforderung und maßgebliches Ziel. Damit stärken wir auch den Mittelstand und das Handwerk in Rheinland-Pfalz. Wir wollen einen ehrlichen und konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie. Wir räumen dem Klima-, Umwelt- und Naturschutz eine hohe Priorität ein.

Unser Anliegen ist die beste Bildung für Alle. Rot-grün will Bildungschancen und individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen, damit sie nach ihren Begabungen bestmöglich gefördert werden und gleiche Chancen erhalten, durch Leistung und Einsatz ihr Leben

selbstbestimmt zu gestalten. Wir wollen wohnortnahes Lernen erhalten. Wir wollen Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens eröffnen. Wir stehen für Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Wissenschaft, Forschung und Lehre sind uns besondere Anliegen.

Um sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, braucht dieses Land eine sozial gerechte, innovative und ökologische Wirtschaftspolitik. Wir wollen den Produktions- und Innovationsstandort Rheinland-Pfalz stärken. Dazu gehören auch die Unterstützung der Arbeitnehmerrechte, der Betriebs- und Personalräte, ebenso wie die Tariftreue, ein gesetzlicher Mindestlohn und Mitbestimmung. Damit sichern wir ordentliche Arbeitsbedingungen. Nun heißt es, die wirtschaftliche Entwicklung mit dem ökologischen Innovationsschub zu verbinden und mit neuen Technologien und ressourcensparenden Techniken Wegbereiter – auch im Export – zu werden.

Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung, denn die Menschen in Rheinland-Pfalz haben etwas zu sagen. Wir wollen zuhören. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern bei zentralen Zukunftsentscheidungen vor Ort und im Land mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten geben. Um unsere Demokratie lebendiger zu gestalten und das Einmischen einfacher zu machen, werden wir auch die vielfältigen Möglichkeiten des Internets nutzen.

Wir stehen dafür, dass die finanziellen Handlungsspielräume für das Land und die Kommunen auch für künftige Generationen gesichert werden. Wir werden eine aktive Politik gestalten, die nachhaltige Investitionen in die Zukunft mit dem Verfassungsgebot, bis 2020 ohne Nettoneuverschuldung auszukommen, vereinbart. Das schafft Gerechtigkeit, schont unsere Umwelt und fördert wirtschaftliche Dynamik.

Wir stehen für ein Leben in Sicherheit. Dazu zählt die konsequente Bekämpfung von Kriminalität ebenso wie ein gut ausgebautes Netz sozialer Sicherheit. Wir stehen für eine wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeversorgung in allen Regionen des Landes.

Für uns ist der Rechtsstaat wichtig. Deshalb wollen wir die Freiheitsrechte Aller achten und gewährleisten.

Wir eröffnen neue Zukunftsperspektiven für die Kommunen. Wir werden den kommunalen Entschuldungsfonds ab 2012 umsetzen. Wir wollen die Finanzausstattung der Kommunen verbessern. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, die die Kommunen bei finanzwirksamen Entscheidungen des Bundes entlastet.

Wir wollen eine effiziente bürgernahe Verwaltung. Die Kommunal- und Verwaltungsreform werden wir fortführen.

Wir fördern den Erhalt einer reichhaltigen Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz. Kunst und Kultur sind wichtiger Bestandteil unseres Zusammenlebens. Wir bejahen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft. Die Kultur im Land gehört allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern. Wir werden das breite Kulturangebot in allen Teilen unseres Landes stärken.

Wir wollen den Zugang zu den großartigen Möglichkeiten des Internets in allen Teilen des Landes sicherstellen. Dabei sind uns die Freiheit des Netzes, ein eigenverantwortlicher und selbstbewusster Umgang der Einzelnen im Netz sowie das informationelle Selbstbestimmungsrecht ein besonderes Anliegen.

Unsere Stärke liegt in der Vielfalt und den Potentialen der Menschen, der gegenseitigen Wertschätzung und Gleichstellung. Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund, Ältere und Jüngere, mit den unterschiedlichsten Familien- und Lebensbildern, wir alle sind die Zukunft von Rheinland-Pfalz.

Mit einer Politik des sozial-ökologischen Wandels wollen wir den Menschen in Rheinland-Pfalz eine gute Zukunft geben. Wir laden alle ein, gemeinsam mit uns daran mitzuwirken: Die Gewerkschaften und Unternehmen, Handwerk und Mittelstand, die Kirchen und Vereine, Verbände und Initiativen, alle Menschen in unserem Land.

Lassen Sie uns gemeinsam den sozial-ökologischen Weg in Rheinland-Pfalz gehen.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben deshalb diese gemeinsame Koalitionsvereinbarung getroffen.

2. Wir wollen die beste Bildung für Alle

Rheinland Pfalz braucht alle Talente, nur so wird unser Land stark bleiben. Gute Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gute Bildung sichert in der dynamischen Wissensgesellschaft Teilhabe und ermöglicht Chancengleichheit. Bildung und Wissenschaft schaffen die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltiges Wirtschaften.

Wir wollen die beste Bildung für Alle. Alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz sollen die Chance auf gute Bildung haben – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort.

Wir wollen Bildungschancen und individuelle Förderung für alle Kinder und Jugendlichen, damit sie nach ihren Begabungen bestmöglich gefördert werden und gleiche Chancen erhalten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Ein zentrales Element dazu ist die Garantie eines gebührenfreien staatlichen Bildungsangebots von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

Wir wollen wohnortnahes Lernen erhalten.

Wir wollen Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens stärken.

Wir stehen für ein durchlässiges Bildungssystem, das in den verschiedenen Phasen der Bildungslaufbahn immer wieder neue Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet.

Wir wollen allen jungen Menschen Wege zu einem schulischen Abschluss bieten, der ihnen eine eigenverantwortliche Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie hohe Leistungsfähigkeit der Bildungsangebote gehören für uns zusammen.

Dabei ist und bleibt die Maxime, dass Bildung ein öffentliches Gut ist und als solches durch eine öffentlich getragene Infrastruktur abgesichert wird. Die Privatisierung von Bildungsangeboten ist kein geeigneter Weg und steht im Widerspruch zum Ziel, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen.

Kindertagesstätten: Für starke Kinder und starke Eltern

Wir wollen allen Kindern den besten Start ins Leben ermöglichen. Dafür ist der Zugang zu und die Qualität von frühkindlicher Bildung entscheidend. Die Kitas sind wichtige Orte für das soziale Zusammenleben der Kinder, der Erzieherinnen und Erzieher und auch der Eltern.

Unser Kita Plus-Programm

Wir werden mit einem neuen Förderprogramm „Kita plus: für starke Kinder und starke Eltern“ vielfältige pädagogische Konzepte unterstützen, die alle Kinder in die Lage versetzen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und hierbei den Aspekt der Altersmischung, der Inklusion, der Sprachförderung, der Familienbildung und die besondere Situation des Übergangs in die Schule berücksichtigen.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertagesstätten ist ein wichtiger Baustein für den Bildungserfolg und damit die Lebenschance der Kleinsten. Wir wollen daher mit dem Förderprogramm „Kita plus“ Kindertagesstätten zu Familienzentren mit

sozialpädagogischer Kompetenz ausbauen und dabei die Erziehungspartnerschaft in den Vordergrund stellen. Erziehungsberatung soll genauso angeboten werden wie Elemente zur Stärkung der Erziehungskompetenz und niedrigschwellige Angebote für soziale Kontakte und den Austausch aller Erziehenden.

Mit dem Förderprogramm „Kita plus“ werden wir Kindertageseinrichtungen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, in die Lage versetzen, durch neue, innovative Projekte und zusätzliche personelle Ressourcen diese konzeptionellen Überlegungen voran zu treiben.

Auf den Anfang kommt es an

Kinder sind unsere Zukunft. Wir investieren deshalb weiterhin in eine gute frühkindliche Bildung und setzen uns für den verstärkten Ausbau von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder ein. Bundesweit soll ab dem Jahr 2013 für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gelten. Wir wollen die bundesweite Zielvorgabe, für 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren ein Angebot vorzuhalten, übertreffen. Beim weiteren Ausbau erfordert dies insbesondere zusätzliche Krippenplätze.

Für uns gilt: Bildung darf dabei nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Deshalb halten wir an der Beitragsfreiheit des Kindergartens ab dem zweiten Lebensjahr fest.

Ein erfolgreicher Bildungsweg setzt insbesondere das Beherrschen von Sprache voraus. Wir stehen deshalb für den weiteren Ausbau von Sprachförderangeboten in Kindergarten und Schule. Dabei müssen die Qualität und die Qualifikation der Sprachförderkräfte erhalten bzw. ausgebaut werden.

Wir werden ein Sprachenportfolio entwickeln, in dem unter anderem die Teilnahme an den Sprachförderangeboten in Kita und Schule dokumentiert werden kann.

Die pädagogischen Angebote in Kindertagesstätten und Schule müssen noch enger aufeinander abgestimmt werden. Um für einen Bildungsweg aus einem Guss zu sorgen, sollen die bereits angelaufenen Verbesserungen des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Schule weiterentwickelt werden.

Wir streben eine noch stärkere Vernetzung der Angebote im Kita- und Schulbereich an, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Dazu wollen wir in dieser Legislaturperiode die bestehenden Modelle anschauen und prüfen, wie eine Weiterentwicklung möglich ist. In diesem Zusammenhang wollen wir die Betreuungszeiten der Einrichtungen weiter flexibilisieren.

Wir wollen darauf hinwirken, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz entsprechend den Wünschen der Eltern auch in Form eines verlängerten Vormittagsangebotes in Anspruch genommen werden kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherstellung der Betreuungsmöglichkeiten in den Ferien in der Praxis wohnortnah und den Bedürfnissen der Familien und Kindern entsprechend umgesetzt wird. (Paragraf 22 a Absatz 2 Sozialgesetzbuch VIII)

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Auftrag und Verpflichtung für alle Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Hochschule. Wir werden die Betreuung von Kindern mit Behinderungen in Regelkindertagesstätten oder in integrativen Gruppen mit sonderpädagogischer und therapeutischer Unterstützung umsetzen.

Ein Element der frühen Förderung ist auch, schon in der Kita sehr frühzeitig über eine geeignete Diagnostik festzustellen, wo und welcher spezielle Förderbedarf bei einem Kind besteht. Dazu wollen wir in der Aus- und Fortbildung die Kompetenzen von Erzieherinnen und Erziehern in der Entwicklungsdiagnostik stärken. Außerdem werden wir in diesem Zusammenhang Netzwerkstrukturen/Kooperationen mit Expertinnen und Experten und Fachstellen ausbauen.

Wir wollen das Bewusstsein für die Bedeutung der gesunden Ernährung stärken und für die Verwendung regionaler und biologischer Produkte in den Kitas werben. Dazu werden wir eine Kampagne starten.

Die Vielfalt der Träger im Kita-Bereich begrüßen wir. Sie ist Ausdruck der Subsidiarität. Wir wollen Freie gemeinnützige Träger im Rahmen des Kita-Gesetzes unterstützen.

Erzieherinnen und Erzieher stärken

Um die Erziehungsarbeit weiterhin zu unterstützen, werden wir auch künftig für gute qualitative Rahmenbedingungen sorgen.

Wir wissen: Eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung braucht besonders gut ausgebildetes Personal, um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Wir wollen Erzieherinnen und Erzieher und Tagespflegepersonen daher verstärkt weiterqualifizieren. Neben dem Fernkurs Erzieherin/Erzieher, der auf die Nichtschülerprüfung an der Fachschule Sozialwesen vorbereitet, soll die reguläre Teilzeitausbildung in den Fachschulen ausgeweitet werden. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sich mehr junge Menschen, insbesondere Männer, für die Erzieherausbildung interessieren. Wir wollen zudem mehr pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund gewinnen und setzen uns für die verstärkte, aktive Einbindung verschiedener Professionalitäten in der Erziehungsarbeit ein.

Wir wollen ausreichend Qualifizierungsangebote gerade auch für Führungskräfte schaffen. Dabei wollen wir auch das Thema der „Leitungsfreistellung“ gemeinsam mit allen Beteiligten in den Blick nehmen.

Der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher ist anspruchsvoll und erfordert eine dauernde Weiterentwicklung der pädagogischen Kompetenz. Wir streben an, dass mehr Frauen und Männer mit akademischer Qualifizierung in Kitas tätig sind. Wir wollen eine Vielfalt der Qualifikationen und Kompetenzen in den Kitas. Zu diesem Zweck wollen wir auch die akademischen Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und einen zusätzlichen Studiengang im Süden des Landes einrichten.

Gute Schulen – Gute Chancen

Wir stehen ein für ein qualitätsvolles und sozial gerechtes Bildungssystem, das allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln und das niemanden zurücklässt. Deshalb ist es Aufgabe aller Schularten, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern, sie zu einem möglichst guten Abschluss zu führen und so Aufstiegsorientierung und Durchlässigkeit zu leben. Wir wollen die Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten. Wir werden Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen (IGS) und Gymnasien in ihrer wichtigen pädagogischen Arbeit fördern. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung fußt auch auf der engagierten Arbeit der berufsbildenden Schulen, die gleichermaßen unsere Unterstützung haben.

Wir wollen die demografische Rendite nutzen, um die Qualität in den Schulen zu erhöhen und die pädagogischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir wollen Lehrkräfte entlasten, Schülerinnen und Schüler noch besser individuell fördern und dem Elternwillen Rechnung tragen. Wir werden die Klassengrößen schrittweise verkleinern und damit in den Grundschulen beginnen. Auch die Klassenmessenzahl in den Orientierungsstufen in den Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien soll reduziert werden.

Wir werden auch bei zurückgehenden Schülerzahlen Lehrkräfte einstellen, um so eine gute Unterrichtsversorgung in allen Schularten zu sichern. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Berufsbildenden Schulen legen. Dazu soll das Quer- und Seiteneinsteigerprogramm ausgeweitet werden. Durch eine Imagekampagne für das Lehramt an berufsbildenden Schulen wollen wir erreichen, dass sich mehr Menschen für ein entsprechendes Studium entscheiden.

Wir werden die kostenfreie Schülerbeförderung bis zur 10. Klasse auch auf Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen ausweiten und leisten somit einen weiteren Beitrag zur Entlastung von Familien.

Wir wollen die Bildungsangebote in der Fläche erhalten und uns für den Fortbestand der rund 400 kleinen einzügigen Grundschulen im Land einsetzen.

Der landesweite Ausbau der Schulsozialarbeit soll fortgesetzt werden. Die zusätzlichen Mittel über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes zur Förderung der Schulsozialarbeit helfen insbesondere Schulen, die bislang keine Schulsozialarbeit hatten, zu unterstützen. Wir werden die Landkreise und kreisfreien Städte – als Hauptverantwortliche für die Umsetzung des Bildungspaketes und der Schulsozialarbeit – in der Umsetzung unterstützen.

Wir schätzen die Professionalität der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Sie sind wichtige Partner für unsere Schulen. Wir werden den Schulpsychologischen Dienst ausbauen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das Verhältnis von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zu Schülerinnen und Schülern von 1:12.000 auf 1:10.000 verbessern.

Das Pädagogische Landesinstitut muss „das Ohr an den Schulen haben“. Die regionalen und nachfrageorientierten Angebote müssen verstärkt werden. Wir werden eine Evaluation zur Zielerreichung drei Jahre nach Gründung durchführen.

Bedürftige Kinder, deren Mittagessenskosten in der Kindertagesstätte oder Ganztagschule nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes abgesichert sind, erhalten weiterhin Leistungen über landesweite Sozialfonds.

Wir stellen sicher, dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens im Schuljahr 2012/2013 die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen System der Schulbuchausleihe geprüft werden und auf der Basis dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden eine ggf. erforderliche Anpassung der Verwaltungspauschale erfolgt.

Eine geschlechtergerechte Pädagogik ist in unseren Schulen von großer Bedeutung. Auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen muss Rücksicht genommen werden. Daher werden entsprechende Projekte für Mädchen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich (MINT) und für spezielle Leseförderung für Jungen weitergeführt und ausgeweitet.

Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Ganztagschulen ein. Bis 2016 soll in Rheinland-Pfalz jede zweite Schule ein Ganztagsangebot machen.

Gleichzeitig wollen wir den schon jetzt hohen Anteil an Ganztagschulen von über 50 Prozent, die rhythmisiert arbeiten, ausbauen. Der pädagogisch gestaltete Wechsel von Lern-, Übungs- und Erholungsphasen ermöglicht es, auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen und den Schultag mit ihrem Bio- und Lernrhythmus in Einklang zu bringen.

Die zwischen Ganztagschule und außerschulischen Partnern gelebte Kooperation wollen wir weiter ausbauen. Eine noch engere Kooperation von Jugendhilfe und Schule soll erweiterte Angebote, auch in den Ferien, ermöglichen. Dabei geht es vor allem um eine bessere Verzahnung mit Horten und den Angeboten der betreuenden Grundschulen.

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verstärkt ermöglichen, wo es vor Ort gewünscht wird. Wir wollen die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen unter Sicherung des Qualitätsniveaus unterstützen und erleichtern; bei zukünftigen Neuerrichtungen soll deshalb bereits die reduzierte Klassenmessenzahl von 25 für die Orientierungsstufe zugrunde gelegt werden. Wir wollen Realschulen Plus ermutigen, verstärkt integrative Angebote zu machen. Realschulen Plus können weiterhin mit einer Fachoberschule verbunden werden.

Wir werden einen Modellversuch für mehr Selbstständigkeit von Schulen starten, in den die Erfahrungen aus bisherigen Schulversuchen einfließen. Auf Antrag der Schule und mit Zustimmung der Eltern und des Schulträgers erhalten die Schulen in diesem Rahmen die Möglichkeit, die Noten durch Lernentwicklungsberichte zu ergänzen, Sitzenbleiben überflüssig zu machen und auf Abschulung zu verzichten. Im Rahmen dieses Modellversuches soll den Schulen zudem mehr Budgetverantwortung übertragen und stärkere Mitsprache bei der Personalauswahl gewährt werden.

Wir wollen in allen Schulen dafür sorgen, dass die Zahl der Klassenwiederholungen weiter sinkt.

Wir wollen, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen über die Schulform für ihre Kinder selbst entscheiden können. Dazu werden wir im Schulgesetz als weiteren Schritt auf dem Weg zur Inklusion ein Wahlrecht zwischen Förderschulen und integrativen / inklusiven Angeboten in der Regelschule verankern. Wir wollen dabei verstärkt Regelschulen in die Lage versetzen, mit sonderpädagogischer Unterstützung solche Angebote vorzuhalten, wie dies bei den Schwerpunktschulen bereits der Fall ist.

Eine gesunde Ernährung ist für Kinder und Jugendliche sehr wichtig. Deshalb sollen die Vernetzungsstellen „Schulverpflegung“ die Schulträger verstärkt bei ihrer Aufgabe unterstützen, in den Ganztagschulen für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen zu sorgen. Außerdem wollen wir alle Akteure und Institutionen rund um die Schulverpflegung vernetzen. Das Schulobstprogramm soll fortgesetzt werden.

Eltern unterstützen – Rechte von Schülerinnen und Schülern stärken

Eltern sind unverzichtbare Partner im Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen von Elternvertretungen stärken und entsprechende Fortbildungsangebote ausbauen. Dies gilt insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund.

Bei einer anstehenden Schulgesetznovelle soll geprüft werden, wie die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern und Eltern gestärkt werden können.

Berufliche Bildung

Berufsbildende Schulen sind bedeutende Partner der dualen Ausbildung. Sie bieten vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten bis hin zur allgemeinen Hochschulreife. Wir werden die berufsbildenden Schulen noch stärker zu regionalen Zentren der Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln. Auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung und den sich verändernden Ausbildungsmarkt, wollen wir eine noch bessere Abstimmung zwischen Schule und Ausbildung fördern; dabei werden wir insbesondere die Ausgestaltung der Berufsfachschule I evaluieren und die pädagogischen Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler verbessern.

Starke Lehrerinnen und Lehrer, starke Kinder

Die wichtigste Voraussetzung für guten Unterricht sind gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen durch eine hervorragende Ausbildung auf ihren Beruf vorbereitet werden und ihnen muss ein breites, qualifiziertes Fortbildungsangebot zur Verfügung stehen. Deswegen werden wir die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Studienseminaren auch zukünftig bedarfsgerecht zur Verfügung stellen.

Wir wollen, wo sinnvoll umsetzbar, die Möglichkeit schaffen, in der Lehrerausbildung die Lehrbefähigung für mehr als eine Schulart bzw. Schulstufe zu erwerben. Als nächsten Schritt werden wir die Möglichkeit schaffen, im Lehramtsstudium der Realschule plus durch Studienleistungen im Umfang eines zusätzlichen Semesters im Master-Studium auch die Befähigung für das Lehramt an Gymnasien zu erwerben. Diese Veränderung werden wir zusammen mit Regelungen zur Fort- und Weiterbildung in einem neuen Lehrerbildungsgesetz verankern.

Neue Impulse im Schulbau

Wir wollen die Schulbaurichtlinie um Empfehlungen für energetische und ökologische Gestaltungskriterien erweitern und Anreize für eine pädagogisch ansprechende, barrierefreie Architektur schaffen. Bei der Prüfung der Förderfähigkeit von Schulbauten durch das Land sollen nicht nur die reinen Neubaukosten, sondern auch die zukünftigen Bauunterhalts- und Energiekosten berücksichtigt werden.

Sprache – der Schlüssel für schulischen Erfolg und Integration

Rheinland-Pfalz ist wie alle westdeutschen Länder über Jahrzehnte durch Zuwanderung geprägt. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund hat stetig zugenommen und wird weiter wachsen. Gute Bildungs- und damit Lebenschancen auch für diese Kinder setzen eine gezielte Sprachförderung in Kindergarten und Schule voraus. Diese wollen wir weiter stärken.

Neben der Beherrschung der deutschen Sprache als zentraler Voraussetzung für gelingende Integration ist das Beherrschen der Muttersprache wichtige Grundlage. Auf dieser Basis ist das Erlernen der deutschen Sprache optimal möglich. Deshalb werden wir den muttersprachlichen Unterricht erhalten. Außerdem ist die Mehrsprachigkeit eine wichtige Qualifikation für den Einzelnen und eine wichtige Ressource für die Gesellschaft.

Neben der Sprachkompetenz wollen wir die interkulturellen Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen und beim pädagogischen Personal fördern. Wir streben eine deutliche Erhöhung des Anteils von pädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund an.

Außerdem wollen wir für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens einen entsprechenden Religionsunterricht anbieten. Unser Ziel ist ein islamischer Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften. Wir werden die vorhandenen Angebote stufenweise weiter ausbauen.

Kooperationen mit Bundeswehr und Friedensgruppen in der Schule

Wir wollen sicherstellen, dass das Wissen um unterschiedliche Methoden der zivilen und gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung in den Schulen vermittelt wird. Bezüglich der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und der Bundeswehr zum Thema „Friedens- und Sicherheitspolitik“ werden wir präzisieren, dass Schule kein Ort für Rekrutierungsversuche sein darf.

Darüber hinaus werden wir eine gleichberechtigte Vereinbarung mit Organisationen und Institutionen der Friedensarbeit und Konfliktforschung abschließen und diesen Institutionen dafür finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Offene und starke Hochschulen

Wir wollen alle Bildungspotentiale erschließen – wir wollen offene Hochschulen. In Rheinland-Pfalz soll jeder, der dazu Eignung und Motivation mitbringt, ein Hochschulstudium aufnehmen können.

Über die Aufnahme eines Studiums darf nicht die finanzielle Situation im Elternhaus entscheiden. Wir werden den Weg der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums konsequent weiter beschreiten. Aufgrund der bundesweiten Entwicklung – insbesondere im Zusammenhang mit der Abschaffung allgemeiner Studiengebühren durch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in benachbarten Ländern – werden wir das Studienkontenmodell so schnell wie möglich abschaffen.

Wir wollen die Öffnung der Hochschulen für Menschen, die sich über eine Berufsausbildung statt über ein Abitur entsprechend qualifiziert haben, weiter voran treiben. Studierende, die aus einer beruflichen Qualifikation und Tätigkeit kommen, wollen wir deshalb durch entsprechende Programme besonders unterstützen. Das mit dem novellierten Hochschulgesetz geschaffene Modellprojekt, mit der ein Studium direkt nach einer Berufsausbildung ermöglicht wird, werden wir bei erfolgreichem Verlauf ausweiten. Wir werden das Angebot an berufsbegleitenden und dualen Studiengängen konsequent erweitern und mit den Hochschulen Wege finden, damit ein Studium auch in Teilzeit absolviert werden kann.

Die Hochschulen stehen angesichts steigender Studierendenzahlen in den kommenden Jahren vor gewaltigen Herausforderungen. Dem Ausbau der Studienplätze und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre kommt deshalb eine ganz besonders große Bedeutung zu. Daher führen wir den Hochschulpakt von Bund und Ländern bei hälftiger Kofinanzierung des Landes ebenso fort, wie das Hochschulsonderprogramm Wissen schafft Zukunft. Gemeinsam mit der gesetzlichen Weiterführung des Sondervermögens gewinnen die Hochschulen ein hohes Maß an Planungssicherheit für diese Legislaturperiode.

Auch die Bauinvestitionen werden wir auf einem hohen Niveau weiterführen. Aufgrund der zunehmenden Zahl der Studierenden wird der Bedarf an Wohnheimplätzen steigen. Das Land ist bereit, Investitionen im Wohnheimbau in den kommenden Jahren verstärkt finanziell zu fördern.

Die Entwicklung der Universitätsmedizin in Mainz in den letzten Jahren hat gezeigt, dass hochqualifizierte Lehre und Forschung, gute Krankenversorgung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in öffentlicher Verantwortung möglich sind. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg der Mainzer Universitätsmedizin sichern. Eine Privatisierung der Universitätsmedizin lehnen wir entschieden ab.

Kinderuni, Schnupperkurse und entsprechende Ferienangebote an Hochschulen wollen wir weiter fördern, um bei Schülerinnen und Schülern die Neugierde auf Wissenschaft und Forschung zu wecken.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass an Hochschulen die Belange von Studierenden mit Behinderung stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Studium und Familie weiter verbessern. Dafür werden wir die Kinderbetreuung an den Hochschulen weiter verbessern.

Den Anteil von Frauen in der Wissenschaft wollen wir weiter steigern und das auf allen Qualifikationsstufen. Entsprechende Förderprogramme werden wir fortführen und intensivieren. Wir wollen mit den Hochschulen konkrete Zielvereinbarungen entwickeln, um entsprechend einem Kaskadenmodell in den einzelnen Fachbereichen darauf hinzuwirken, dass bei Unterrepräsentanz von Frauen der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen mindestens dem Anteil der Absolventinnen (erster Studienabschluss), der Anteil der Frauen in der PostDoc-Phase mindestens dem Anteil von Frauen an den Promotionen und der Anteil von Frauen an Professuren mindestens dem Anteil von Frauen in der PostDoc-Phase entspricht. Unsere Zielperspektive ist eine Quote von 40 Prozent Frauenanteil.

Wir wollen im Bund darauf hinwirken, dass das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bedarfsgerecht weiterentwickelt wird und mehr Studierende eine Förderung erfahren. Wir setzen uns ein für eine Entbürokratisierung und Vereinfachung des Verfahrens.

Gute Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre

Wir werden auch in Zukunft die Hochschulen dabei unterstützen, die Bachelor- und Masterstudiengänge im Interesse eines selbstbestimmten und flexiblen Studiums weiterzuentwickeln. Dort wo es zu einer Verschulung und unverhältnismäßig hoher Prüfungsdichte gekommen ist, werden wir das zurückführen. Mit der letzten Novellierung des Hochschulgesetzes ist der Zugang zum Masterstudium bereits deutlich flexibilisiert worden. Nach Ablauf von zwei Jahren werden wir die Praxis des Masterzugangs überprüfen und klären, welche Veränderungen des Zugangs auch im Hinblick auf die bundesweite Mobilität möglich sind. Rheinland-Pfalz setzt sich auf der Ebene der Kultusministerkonferenz dafür ein, den Masterzugang zu verbreitern.

Wir unterstützen die rheinland-pfälzischen Universitäten bei der Exzellenzinitiative. In der aktuell laufenden zweiten Runde der Exzellenzinitiative haben die rheinland-pfälzischen Universitäten in Mainz und Kaiserslautern in der ersten Phase erfolgreich abgeschnitten. Erfolge in der Exzellenzinitiative sind für die Attraktivität und das Profil unserer Universitäten

und den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung. Deshalb werden wir die antragstellenden Universitäten auf dem Weg zum Vollantrag auch weiter unterstützen.

Wir sind uns einig, dass Exzellenzförderung nicht dazu führen darf, dass Forschung und Lehre in der Breite vernachlässigt werden. Dabei ist uns bewusst, dass Exzellenz aus einer guten Förderung in der Breite in Forschung und Lehre erwächst.

Das Verhältnis von Land und Hochschulen ist ein Verhältnis auf Augenhöhe. Die Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre ist für uns unantastbar. Im Rahmen der staatlichen Gesamtverantwortung und der gesellschaftlichen Verantwortung der Hochschulen stehen wir zur Autonomie von Hochschulen. Wir wollen sie sachgerecht weiterentwickeln. Das gilt insbesondere für die Eigenverantwortung in Haushalts- und Personalfragen. Wir bekennen uns zur demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen. Hochschulräte sollen grundsätzlich hochschulöffentlich tagen, es sei denn, es handelt sich um Personal- und sonstige vertrauliche Angelegenheiten.

Mit den Hochschulen soll das Ziel vereinbart werden, Personalentwicklungskonzepte für die Qualität der Lehre, für die Stärkung des Mittelbaus und für die Eröffnung wissenschaftlicher Perspektiven für den Nachwuchs zu erarbeiten.

Die Vergütung von wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften sollte zukünftig durch einen Tarifvertrag geregelt werden. Dieser Gruppe werden wir durch Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes auch die Möglichkeit geben, den Personalrat mitwählen zu können.

Auf die steigende Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren und den sich damit erhöhten Anforderungen an die soziale Betreuung, insbesondere durch die Studierendenwerke, wird das Land mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Bestehende Hochschulkooperationen gilt es zu stärken und nach Möglichkeit weitere Hochschulen in die internationalen Partnerschaften des Landes zu integrieren. Wir werden die Hochschulen bestärken, internationale Kooperationen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen zu pflegen. In diesem Zusammenhang kommt dem Thema „Kultur und Entwicklung“ im Sinne der UNESCO-Konvention für die kulturelle Vielfalt eine besondere Bedeutung zu.

Forschungsstandort Rheinland-Pfalz

Die Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz, mit der die Hochschulen deutlich höhere Mittel und größere Freiräume bei der Finanzierung ihrer Forschungsaktivitäten erlangt haben, wollen wir ebenso fortsetzen wie den Ausbau der Forschungsinfrastruktur.

Wir wollen weitere Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz ansiedeln und nach Möglichkeit in Finanzierungsprogramme des Bundes überführen.

Die Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Schaffung weiterer Netzwerke und Cluster wollen wir weiter verbessern. Durch Forschung und Entwicklung in diesen Netzwerken können wir die Wirtschaftskraft und die Zahl der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz nachhaltig erhöhen.

Dabei kommt der Zusammenarbeit und dem Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft eine zentrale Bedeutung zu. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zur nachhaltigen Entwicklung.

Die Verwertung der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung soll künftig durch die Anmeldung von Patenten vermehrt den Hochschulen zugute kommen.

Die Leistungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Wissenschaftslandschaft wollen wir auch durch eine grenzüberschreitende europäische Kooperation weiter stärken. Dafür und für den gesamten Bildungsbereich wollen wir verstärkt europäische Programme wie Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nutzen.

Es darf kein Hindernis auf dem Weg zu einem Studienabschluss darstellen, wenn Studierende sich gegen eine Teilnahme an Tierversuchen oder Lehrveranstaltungen mit Tierverbrauch entscheiden.

Bildung – ein lebenslanger Prozess

Wir haben die gesamte Bildungskette im Blick. Lebenslanges Lernen, allgemeine und berufliche Weiterbildung sind wesentliche Bestandteile unseres Bildungswesens, die in unserer Gesellschaft weiter an Bedeutung gewinnen. Gesellschaftliche und technologische Veränderungen fordern uns sowohl im betrieblichen als auch im privaten Umfeld heraus. Weiterbildung dient somit der persönlichen und beruflichen Entwicklung gleichermaßen. Dieser wachsenden Bedeutung der Weiterbildung wollen wir Rechnung tragen und entsprechende Angebote möglichst vielen Menschen zugänglich machen und so Perspektiven eröffnen und sichern.

Die Volkshochschulen und die anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung, die zusammen ein flächendeckendes und inhaltlich reichhaltiges Weiterbildungsangebot sicherstellen, wollen wir weiter unterstützen und stärken. Das rheinland-pfälzische Weiterbildungsgesetz ist auch dafür eine gute Grundlage.

Wir wollen gerade jene Menschen erreichen, die unterdurchschnittlich von Bildung profitiert haben.

Wir wollen die Weiterbildungsberatung stärken, insbesondere in dem wir die Beratungskompetenz bei den anerkannten Trägern der Weiterbildung fördern. Dazu dienen auch der Ausbau regionaler Weiterbildungsnetzwerke und die Unterstützung der Weiterbildungsträger.

Die Transparenz von Weiterbildungsangebot und -anbietern vergrößern wir durch die nachhaltige Pflege des Weiterbildungsportals.

Die Bedeutung der Weiterbildung nimmt zu, sie wird sich auch in der Unterstützung der vielfältigen Weiterbildungsangebote abbilden. Der gewachsenen Bedeutung der Weiterbildung wollen wir in den kommenden Haushalten Rechnung tragen. Wir wollen dazu auch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) verwenden.

Von besonderer Bedeutung ist die Fortführung der Alphabetisierungsprogramme und der Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen. Beides schafft eine „Kultur der zweiten und dritten Chance“. Wir wollen eine Initiative starten, um auf die Angebote hinzuweisen und die Angebote zur Grundbildung zu stärken.

Wir streben an, dass die berufsbezogene und die betriebliche Weiterbildung fester Bestandteil der Unternehmenskultur aller rheinland-pfälzischen Unternehmen wird. Das stärkt die individuellen Bildungs- und Lebenschancen der Beschäftigten und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen werden wir dabei besonders unterstützen. Wir wollen Brücken schlagen zwischen allgemeiner und betrieblicher Weiter-

bildung und streben dabei die Zusammenarbeit mit Kammern, Unternehmen und allen anderen verantwortlichen Akteuren an.

Den Anspruch auf Bildungsfreistellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir erhalten. Wir werden durch Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes den Anspruch für Auszubildende erhöhen.

Wir wollen Menschen und Betriebe bei der Qualifizierung weiter unterstützen, zum Beispiel durch QualiSchecks.

Politische Bildung

Politische Bildung ist ein wirksamer Schutz gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechts-extremismus und stärkt Zivilcourage und Solidarität. Sie ist wichtig für die Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in unserer Gesellschaft. Wir werden deshalb die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiter unterstützen und die Förderung für den Ring politischer Jugend ausbauen.

Kulturelles Erbe erhalten – kulturelle Vielfalt fördern

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit einem reichen kulturellen Erbe und einer vielfältigen kulturellen Landschaft. Die Kulturförderung und die Pflege der Vielfalt an Angeboten, sei es nun im Bereich der Museen, Theater und Orchester oder aber bei den Kulturdenkmälern und Gedenkstätten, gehören zu den wichtigen Aufgaben der Landespolitik. Deshalb werden wir die Förderung der Kultur finanziell verstärken.

Unser Hauptziel ist es, jedem Menschen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, die eigene Kreativität entwickelt sowie ihn befähigt und motiviert, am kulturellen Leben der Gesellschaft aktiv teilzunehmen.

Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken sind unverzichtbare Einrichtungen der Leseförderung und der Informationsversorgung, die für alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten wichtige Angebote und Serviceleistungen für Bildung und Kultur in Stadt und Land anbieten. Die Landesregierung wird im Einvernehmen mit den Kommunen und mit anderen Bildungseinrichtungen den Erhalt und gegebenenfalls weiteren Ausbau eines zeitgemäßen Bibliotheksnetzes fördern. Dabei werden wir prüfen, ob die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes ein geeigneter Weg ist, diese Ziele zu erreichen.

Die finanzielle Förderung von Projekten und Initiativen der Jugendkultur, der freien Szene und soziokulturellen Initiativen sowie die weitere Stärkung der schulischen und außerschulischen kulturellen Bildung werden fester Bestandteil unserer Kulturpolitik sein.

Das erfolgreiche Projekt des jährlichen Kultursommers Rheinland-Pfalz wollen wir fortführen und damit sowie mit weiteren Maßnahmen den Kulturtourismus innerhalb des Landes und ins Land fördern. Leitmotiv der Kulturpolitik soll dabei sein: Demokratische Kultur stärken und kulturelle Demokratie ausbauen.

Attraktive Kulturlandschaften sind auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen institutioneller und projektorientierter Förderung angewiesen, damit Bestehendes erhalten bleibt und Neues ausprobiert werden kann.

Institutionen und Einrichtungen und neue Initiativen der schulischen und außerschulischen kulturellen Bildung wie Jugendkunstschulen, Musikschulen und soziokulturelle Zentren sollen

gesichert und gemäß aktueller bildungs-, sozial- und kulturpolitischer Herausforderungen weiterentwickelt und finanziell unterstützt werden.

Das Feld der Kultur ist besonders geeignet, um interkommunale Zusammenarbeit zu stärken und auch kulturelles Profil zu entwickeln und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure in den Regionen zu fördern.

Kunst und Kultur müssen sich unabhängig von ökonomischer Verwertbarkeit entfalten können. Gleichwohl haben kulturelle und kreative Güter und Dienstleistungen eine ökonomische, arbeitsmarktpolitische, soziale und infrastrukturelle Dimension. Die Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft hat in den vergangenen Jahren auch in Rheinland-Pfalz erheblich an Bedeutung gewonnen. Rund 35.000 Menschen sind in unserem Land in diesem Wirtschaftszweig tätig. Damit ist dieser Teilbereich mittlerweile ein bedeutender Teil unserer Gesamtwirtschaft und hat das Potential, ihr weitere innovative Anstöße zu geben.

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche schon früh an Kunst und Kultur heranzuführen, wollen wir in einer Region ein Modellprojekt „Jedem Kind seine Kunst“ umsetzen, das beispielhaft neue Wege der intensiven Vernetzung von Kita, Schule, Künstlerinnen und Künstlern, kulturellen Institutionen mit Unterstützung des Landes entwickelt.

Wir wollen jungen Künstlerinnen und Künstlern ein attraktives Umfeld für ihre Arbeit bieten und sie verstärkt fördern. „Junge Kunst“ soll zu einem festen, mit Rheinland-Pfalz verbundenen Begriff werden.

Das ehrenamtliche Engagement hat im kulturellen Bereich einen besonders hohen Stellenwert. Die Vielfalt der Chöre, Musikvereine, Kunst- und Kulturinitiativen und -vereine in Rheinland-Pfalz wollen wir weiterhin erhalten und stärken.

Im Sinne einer Förderung der demokratischen Kultur bekennen wir uns zur weiteren Unterstützung der wichtigen und verdienstvollen Gedenkstättenarbeit und der Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit im Land.

Sichtbares Zeugnis der reichen kulturellen Vergangenheit des Landes sind zahlreiche Baudenkmäler aus den verschiedensten Epochen. Noch stärker auch über die Grenzen des Landes hinaus deutlich gemacht werden soll dies dadurch, dass sich das Land mit Nachdruck für die Aufnahme der mittelalterlichen Zentren der jüdischen Kultur in Europa, der als „SchUM-Städte“ bekannten Städte Speyer, Worms und Mainz, sowie der Dome in Mainz und Worms in die UNESCO-Liste der Weltkulturerbestätten einsetzt. Perspektivisch soll auch die Klosterkirche Maria Laach, die einer der Höhepunkte der rheinischen Romanik ist, für diese Liste nominiert werden.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wollen wir zudem den Denkmalschutz weiterentwickeln und ihn durch Veränderungen in rechtlichen Bestimmungen stärker mit den Zielen einer ökologisch orientierten, regenerativen Energieversorgung verknüpfen.

Ja zum Dialog der Religionen – Ja zur religiösen Vielfalt

Unser Leitbild von Gesellschaft ist offen und tolerant, geprägt von weltanschaulicher und gesellschaftlicher Vielfalt. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wertvoll, insbesondere wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen

und damit Tugenden vermitteln, von denen unsere Demokratie lebt. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo gemeinsame Aufgaben bestehen, die Zusammenarbeit. Wir werben für den interreligiösen Dialog unter den Religionsgemeinschaften und werden entsprechende Initiativen unterstützen.

Die christlichen Kirchen sind für uns wichtige Partner. Wir schätzen den intensiven Dialog in vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen und wollen ihn auch zukünftig fortsetzen. Die Kirchen sind zugleich Träger vielfältiger gesellschaftlich wichtiger Einrichtungen. Auf der Grundlage der Subsidiarität werden wir sie dabei weiterhin unterstützen.

Wir wollen auch den Dialog mit den Musliminnen und Muslimen vertiefen. Sie sind heute in Rheinland-Pfalz die größte religiöse Minderheit. Eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft setzt voraus, dass der Staat und der Islam ein konstruktives Miteinander pflegen. Das deutsche Religionsverfassungsrecht verlangt eine bekenntnisförmige und mitgliedschaftliche Organisation der Religionsgemeinschaften. Wir wollen einen institutionalisierten Dialog schaffen, in dem der Staat den Musliminnen und Muslimen organisatorische Hilfe bei der Gründung von Religionsgemeinschaften anbietet.

Wir stehen zu unserer Verantwortung als Land, insbesondere auch gegenüber den jüdischen Gemeinden. Wir streben deswegen die Weiterentwicklung des Staatsvertrags mit den jüdischen Gemeinden im Zusammenwirken mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden an. Dabei sollen alle Strömungen im Judentum angemessene Berücksichtigung finden.

Jugendarbeit ausbauen, Teilhabechancen verbessern und für Jugendliche mehr Demokratie wagen

Eine lebendige Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu unterstützen, sich zu informierten und engagierten Mitgliedern der Gesellschaft zu entwickeln, ist ein wichtiges Ziel der Regierungskoalition.

Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit muss als eigenständiges Angebot abgesichert und in ihren Strukturen gestärkt werden.

Wir stehen für ein klares Bekenntnis zu den Kinderrechten, wie sie die UN-Kinderrechtskonvention formuliert, und machen uns für deren Durchsetzung stark. Kinderrechte sind in Rheinland-Pfalz daher bereits in der Landesverfassung verankert. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass dies auch im Grundgesetz erfolgt.

Wir wollen zudem die Mitwirkungschancen für Kinder und Jugendliche auf der kommunalen Ebene, aber auch in den Schulen erweitern. Sie sollen an Entscheidungen, die sie unmittelbar oder mittelbar betreffen, stärker mitwirken. Die Unterstützung von Kinder- und Jugendparlamenten über das Netzwerk Partizipation soll dafür verstärkt fortgeführt werden. Wir wollen aber auch in den Schulen neue Wege zur Mitsprache und Beteiligung eröffnen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulausschüsse, in denen Schülerinnen, Schüler und Eltern gleichberechtigt vertreten sind, deutlich erweitern.

Im Sinne einer umfassenden Demokratieerziehung wollen wir die Öffnung der Schule weiter vorantreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass bereits 16-Jährige künftig an Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen können.

Um Jugendlichen in ihrem Umfeld ein attraktives außerschulisches Bildungs- und Freizeitangebot zu machen, unterstützt das Land Jugendorganisationen, insbesondere den Landesjugendring, Vereine und Verbände und fördert das Ehrenamt. Wir wollen den Jugendverbänden dabei helfen, ihre Angebote weiter auszubauen.

Jugendverbände leisten wertvolle Beiträge für die Entwicklung sozialer Kompetenzen bei jungen Menschen. Die Zuschüsse für die Maßnahmen der sozialen Bildung in der Jugendverbandsarbeit wollen wir erhöhen und im Laufe dieser Legislaturperiode von einem Euro pro Tag und Teilnehmendem auf zwei Euro pro Tag steigern. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die Teilnahme an deren Angeboten nicht von der finanziellen Leistungskraft der Eltern abhängt.

Freie Jugendarbeit braucht auch feste Strukturen und ein Fundament. Deshalb ist der Landesjugendring für uns von besonderer Bedeutung. Wir werden die institutionelle Förderung des Landesjugendrings ausbauen und regelmäßig den gestiegenen Personal- und Sachkosten anpassen.

3. Energiewende vollenden und Klima schützen

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit geeigneten Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz eine Energieversorgung sicherstellen, die den Zielen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Innovation, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, bezahlbaren Preisen und funktionierendem Wettbewerb verpflichtet ist. Wir setzen dabei auf Energieeffizienz und Energieeinsparung, den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Eigenerzeugung und eine Dezentralisierung der Versorgungsstrukturen.

Die Koalitionspartner lehnen die Nutzung der Atomenergie ab und setzen sich für einen schnellstmöglichen Ausstieg auf der Grundlage des von den Ländern vorgelegten Gesetzesentwurfs ein. Dabei werden wir uns nicht nur für eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen bei der Restlaufzeit deutscher Atomkraftwerke einsetzen, sondern auch den Weiterbetrieb der umliegenden ausländischen Atomkraftwerke wie Fessenheim und Cattenom problematisieren.

Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Die Koalitionspartner bekennen sich zum Ziel, weltweit den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dies bedeutet, dass bundesweit und in Rheinland-Pfalz die CO₂-Emissionen bis 2050 um 90 Prozent (gegenüber 1990) reduziert werden müssen. Unser Nahziel sind dabei 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2020. Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ein Energiekonzept vorlegt, das diesen Zielen gerecht wird. Unsere Klimaschutzziele und -maßnahmen wollen wir in einem Klimaschutzgesetz verankern.

Wir haben das Ziel, bis 2030 den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Wir sehen keine Notwendigkeit für Kohlekraftwerke in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz setzt auf Kraft-Wärme-Kopplung, der im industriellen Bereich und beim Umstieg auf die erneuerbaren Energien eine bedeutende Rolle zukommt. Auf dieser Grundlage soll Rheinland-Pfalz bis 2030 zum Stromexportland werden. Bis zum Jahr 2020 streben wir an, die Stromerzeugung aus Windkraft zu verfünffachen und aus Photovoltaik auf über zwei Terrawattstunden zu steigern. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland-Pfalz und die sozialen Aspekte bezahlbarer Energiepreise sind uns wichtige Anliegen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte für den Umbau unserer Energiewirtschaft. Vor dem Hintergrund der anstehenden EEG-Novelle auf Bundesebene wird sich Rheinland-Pfalz dafür einsetzen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien verlässliche und stetige Rahmenbedingungen erhält. Dazu zählen die Beibehaltung des Vorrangs der Erneuerbaren Energien bei der Netzeinspeisung und die Wiederaufnahme der Förderung von Freiflächen-Photovoltaik auf sinnvollen und geeigneten Standorten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufstockung des Marktanzreizprogramms für Investitionen in Erneuerbare Energien und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kraft-Wärme-Kopplung ein.

Kommunen wollen wir zur besseren Förderung der Erneuerbaren Energien neue Möglichkeiten wie die Aufstellung von Solarsatzungen an die Hand geben. Die Erzeugung von Biomasse muss durch geeignete Instrumente so reguliert werden, dass negative Folgen

für die Umwelt wie der Umbruch von Grünland und die Ausbreitung von Monokulturen vermieden werden. Um die Partizipation der Bevölkerung am Ausbau der Erneuerbaren Energien zu fördern, wollen wir Konzepte von Bürgerkraftwerken und -energieparks, Eigentümerge nossenschaften und ähnliches unterstützen.

Oberflächennahe Erdwärmennutzung über Wärmepumpen bietet große Potentiale für die Gebäudebeheizung und die Warmwasserbereitung. Die Tiefengeothermie soll nur genutzt werden, wenn Risiken für Menschen, Natur und Siedlungsräume weitgehend ausgeschlossen werden können.

Energieeffizienz, Energieeinsparung und Energieberatung

Ein zentraler Baustein einer zukunftsgerechten Energieversorgung ist die Energieeinsparung. Große Potentiale sehen wir vor allem in der Wärmeversorgung von Gebäuden. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene für ein Erneuerbare-Energien-Gesetz einsetzen. Um die Sanierung im Altbaubestand erheblich zu steigern, fordern wir den Bund auf, nicht nur die Kürzungen zurückzunehmen, sondern die Förder- und Finanzierungsinstrumente (Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Städtebauförderung etc.) so aufzustocken, dass eine Sanierungsquote von drei Prozent pro Jahr erreicht wird.

Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern wollen wir eine Mobilisierungsoffensive zur Beseitigung von Hemmnissen u. a. durch eine Novellierung des Baugesetzbuchs und der Baunutzungsverordnung auf den Weg bringen. Ziel ist eine vereinfachte Zulassung von Anlagen der Erneuerbaren Energien und die Privilegierung der Erneuerbaren Energien im Außen- und Innenbereich.

Wir wollen eine starke Energieagentur Rheinland-Pfalz. Aufbauend auf den bisherigen Strukturen und durch die Förderung kommunaler bzw. regionaler Energieagenturen wollen wir die Beratungsaktivitäten erheblich ausbauen, die Verbreitung der Erneuerbaren Energien fördern, die Wohnungsbausanierung verstärken und die Anstrengungen von Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen bei Energieeinsparung und effizientem Energieeinsatz unterstützen.

Gleichzeitig werden wir die Verbraucherzentralen bei der kostenlosen Energieerstberatung für Privathaushalte unterstützen. Unser Ziel ist es, auf diesem Wege die Fördermittel und Finanzierungsinstrumente des Bundes und der Europäischen Union besser für Rheinland-Pfalz auszuschöpfen. Darüber hinaus wollen wir die Vernetzung der Wirtschaftsakteure (Unternehmen, Forschungsinstitute, Verbände) in den Bereichen Wind, Solar, Wasserkraft, Biomasse, Bauen und Wohnen, Intelligente Stromnetze (smart grids), Kraft-Wärme-Kopplung, Speichertechnologien und Elektromobilität fördern. Dabei geht es insbesondere um Know-how-Entwicklung und den Technologietransfer. Kleine und mittelständische Unternehmen wollen wir in ihren Anstrengungen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz unterstützen.

Dezentralisierung und Energienetze

Das Land unterstützt aktiv den Prozess der Dezentralisierung der Energieversorgung. Dezentrale Energien brauchen den Energiemanager vor Ort. Dabei spielt die Rekommunalisierung eine wichtige Rolle. Dazu gehört auch eine weitere Öffnung des Gemeindefinanzierungsrechtes für die energiewirtschaftliche Betätigung der Kommunen in Rheinland-

Pfalz. Zur Erhöhung der Akzeptanz vor Ort sollen Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen an Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung auf ihrem Gebiet oder dem Gebiet einer benachbarten Kommune erleichtert werden.

Gemeinsam mit der Investitions- und Strukturbank wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente wie zum Beispiel Revolvierende Fonds, Venture Capital und Contracting zur Förderung von Energieeinsparung und Energieeffizienz entwickeln.

Als Land wollen wir beim Neubau eigener Gebäude den Passivhausstandard zugrunde legen und bis zum Jahr 2030 die klimaneutrale Landesverwaltung durchsetzen. Zur Verbesserung von Forschung und Lehre im Bereich von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien wollen wir die vorhandenen Kapazitäten ausbauen und stärken. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir eine Fachkräfteinitiative Erneuerbare Energien auf den Weg bringen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien stellt neue Anforderungen an die Innovation der Stromnetze. Dabei geht es bei dem von den Koalitionspartnern angestrebten dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien weniger um den Ausbau der Übertragungsnetze, sondern vor allem um eine Modernisierung und informationstechnologische Aufrüstung der Verteilnetze. Wir wollen deshalb gemeinsam mit den Kommunen, den Verteilnetzbetreibern und der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz eine Zukunftsinitiative Smart Grids auf den Weg bringen, um die Chancen der Umstrukturierung der Energieversorgung für Verbraucher, Wirtschaft und Kommunen zu nutzen.

Raumordnung und Landesplanung, Atomtransporte

Die Koalitionspartner vereinbaren, zur Umsetzung der Ausbauzielvorgaben für Erneuerbare Energien in der Raumordnung und Landesplanung unverzüglich eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans IV (LEP) auf den Weg zu bringen, damit die Ziele noch bei der Aufstellung der Regionalpläne berücksichtigt werden können. Dabei sollen zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftgebiete genutzt werden. Hierzu wollen wir in den Regionalplänen Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausweisen. Die übrigen Flächen sollen als Vorbehaltsgebiete gelten, über deren Nutzung im Rahmen der Abwägung auf der Ebene der Flächennutzungsplanung entschieden wird. Ausschlussgebiete werden durch das Land entsprechend klar definierter Kriterien festgelegt. Im Denkmalschutzgesetz werden wir die Möglichkeit der Abwägung zwischen Belangen des Klimaschutzes und des Denkmalschutzes geben.

Bei Gefahrguttransporten wie von Uranhexafluorid (UF-6) wollen wir sicherstellen, dass die vor Ort zuständigen Sicherheitskräfte und der Katastrophenschutz rechtzeitig über genaue Routen und Zeitfenster solcher Transporte informiert werden. Dafür werden wir landesrechtliche Möglichkeiten prüfen und ggf. auf Bundesebene entsprechend initiativ werden. Das Land wird auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan die Notfallpläne für schwere Unfälle in grenznahen Atomanlagen überprüfen und überarbeiten.

4. Starke Wirtschaft

Die rot-grüne Landesregierung verfolgt eine sozial gerechte, innovative und ökologische Wirtschaftspolitik. Wir werden wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischem Innovations-schub und Guter Arbeit verbinden.

Wir wollen den Produktions- und Innovationsstandort Rheinland-Pfalz stärken. Dazu werden wir die wirtschaftliche Entwicklung fördern und mit neuen Technologien und ressourcen-effizienten Techniken Wegbereiter – auch im Export – werden.

Eine innovative, wissensbasierte Ausrichtung hat Rheinland-Pfalz zu einem der attraktivsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland gemacht. Die Landesregierung zielt mit ihrer Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen und auf ein nachhaltiges, qualitatives Wachstum.

Im Dialog mit den Unternehmen, Verbänden und Kammern, mit Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten wollen wir den Industriestandort Rheinland-Pfalz investitions- und innovationsfreundlich weiterentwickeln. Das schafft Beschäftigung, fördert Innovationen und sichert die Zukunftschancen in Handwerk, Mittelstand und Industrie.

Die Koalitionspartner betrachten die kulturelle Vielfalt und den demografischen Wandel als Herausforderung und Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmerinnen und Unternehmer in Rheinland-Pfalz.

Wir wollen für eine gesellschaftliche Verbreitung der Grundsätze ethischer Unternehmensführung werben und gezielt eine breitere gesellschaftliche Debatte dazu anregen.

Mittelstand und Wirtschaftsförderung

Der Mittelstand ist die tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Er sorgt für gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze und hat damit zu der besonders positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Rheinland-Pfalz deutlich beigetragen. Eine entschiedene Förderung des Mittelstands werden wir fortsetzen.

Die Energiewende von der Atomenergie hin zu Erneuerbaren Energien, die Verknappung von Rohstoffen und die Klimaproblematik sind für uns zentrale Herausforderungen, für die wir Lösungen finden wollen. Gerade für den Mittelstand unterstützt die rot-grüne Wirtschaftspolitik die Förderung von Erneuerbaren Energien, von energie-, ressourcen- sowie materialeffizienten Produktionsweisen und Produkten. Dafür wollen wir die Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stärker auf die Wachstumsfelder der Zukunft fokussieren und damit beispielsweise Umwelttechnologien, Ressourceneffizienz, nachhaltige Mobilität oder auch die Sanierung von Gebäuden finanzieren.

Den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zur Forschungs- und Entwicklungsförderung sowie zum Technologietransfer wollen wir verbessern.

Bei Investitions- und größeren Sanierungsprojekten im Land und in den Kommunen wollen wir Handwerk und Mittelstand noch stärker die Chance geben, sich beim Betrieb und der Instandhaltung von Infrastruktur zu engagieren.

Mit schnellen, unbürokratischen Genehmigungsverfahren bei gleichzeitig hoher Rechtssicherheit ist Rheinland-Pfalz erfolgreich im Standortwettbewerb positioniert. Durch den

weiteren Ausbau der Servicegarantien und der Genehmigungsfiktion werden wir Unternehmen weiter von bürokratischen Hemmnissen entlasten und diese auf ein Minimum reduzieren. Materielle Standards werden wir erhalten.

Wir halten an der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft fest. Deshalb unterstützen wir ein modernes und transparentes Kammerwesen.

Eine hochleistungsfähige Breitbandversorgung ist für mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe gerade im ländlichen Raum von großer Bedeutung. Wir wollen den Ausbau entsprechender Netze forcieren.

Zukunftsgerichtete Industriepolitik

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einem starken Industriestandort Rheinland-Pfalz, der sich auf die Schwerpunkte in der Chemieindustrie, in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und auf neue Anwendungstechnologien stützt.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft besteht aus einer gesunden Mischung von klassischer Industrie und neuen Branchen, von großen Unternehmen und einem leistungsfähigen Mittelstand. Unsere Wirtschaft wandelt sich. Wir werden starke Impulse besonders für nachhaltige Zukunftstechnologien setzen.

Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes durch eine langfristige, auf Nachhaltigkeit angelegte Strukturpolitik sichern. Dazu entwickeln wir gemeinsam mit den Unternehmen, deren Beschäftigten und der Wissenschaft einen „Masterplan Industrieentwicklung“. Hier werden wir Antworten auf die Herausforderungen des verarbeitenden Gewerbes und der unternehmensnahen Dienstleistung formulieren. Gemeinsam mit den Akteuren wollen wir ressourcenschonendes, ressourceneffizientes und zukunftsgerichtetes Wirtschaften in Rheinland-Pfalz nachhaltig stärken.

Die rot-grüne Landesregierung begleitet Mittelstand und Industrie aktiv auf dem Weg zu mehr Energie- und Rohstoffeffizienz. In den kommenden Jahren werden die Koalitionspartner auf Bundesebene darauf hinwirken, dass keine falschen Anreize gesetzt werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten bleibt.

Technologie, Innovation und Clusterpolitik

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen für innovative und umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren verstärken. Ein zentrales Instrument hierfür sind Netzwerke und Cluster.

Die Koalitionspartner wollen durch eine Schwerpunktsetzung unter anderem auf die zukunftsfähigen Bereiche Erneuerbare Energien, Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz das Land Rheinland-Pfalz und seine Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb stärken. Wir werden die vorhandenen Instrumente der unternehmensnahen Technologieförderung dazu nutzen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Unterstützung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Wir werden die Unterstützung von Clustern und Netzwerken sowie des Innovationstransfers stärken, bestehende Projekte fortführen und gegebenenfalls um neue Branchen in dem Bereich der Umwelttechnologien ergänzen. So soll zum Beispiel der Innovationscluster Metall, Keramik, Kunststoff ausgebaut und der Bereich E-Mobilität im Rahmen des

Commercial Vehicle Cluster (CVC) verstärkt werden. Die Koalitionspartner streben Initiativen in den Bereichen „Alternativen zum Erdöl“ und „Dezentrale Energieerzeugung und Speichertechnologie“ sowie Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft und produktnahe Dienstleistungen an.

Wir streben die Bildung spezieller Netzwerke in dem Bereich der grünen Zukunftsmärkte an und unterstützen die dezentrale Energieproduktion und Stromspeichertechnologie.

Mit einem Rohstoffsicherungskonzept werden wir die Frage heimischer Lagerstätten beleuchten und Möglichkeiten schaffen, um gerade die mittelständischen Betriebe bei ihrer Rohstoffsicherung zu unterstützen. Hierbei werden wir vor allem die Forschung zu neuen Recyclingtechnologien, nachwachsenden Rohstoffen und im Bereich der Energieforschung forcieren. Besonderes Augenmerk legen die Koalitionspartner auf die Zukunftsfragen, die sich aus der erwarteten exponentiellen Verteuerung und Verknappung von Erdöl und anderen endlichen Rohstoffen stellen werden. In Kooperation mit Unternehmen und Wissenschaft soll die Forschung nach Ersatzstoffen für Erdöl als Rohstoff unterstützt werden.

Als Forum der Perspektivenentwicklung für Innovationen in der Wirtschaft ist die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) ein geeigneter Ort.

Fachkräftebedarf sichern

Rheinland-pfälzische Unternehmen benötigen qualifizierte Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs wird damit immer wichtiger, dem ausreichenden Fachkräfteangebot für alle Branchen kommt eine Schlüsselstellung für nachhaltiges Wachstum zu. Dies gilt besonders für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für die Dienstleistungsbranche und Industrie in Rheinland-Pfalz.

Die Koalitionspartner verabreden die Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie auch und gerade im Hinblick auf die Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikationen und unter Integrationsaspekten. Dabei kooperieren wir eng mit den Partnern des „Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung“.

Um beim Wettbewerb um die Talente erfolgreich zu sein, können sich mittelständische rheinland-pfälzische Unternehmen mit dem Ansatz einer lebensphasenorientierten Personalpolitik auf dem Markt als innovative Arbeitgeber mit hervorragenden Angeboten für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positionieren (Dual Career, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Alternsgerechte Arbeit, Wissenstransfer). Hier sollen auch gezielte Strategien im Diversity Management verfolgt werden. Die rot-grüne Landesregierung wird sich für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Nach- und Zusatzqualifizierung gering qualifizierter junger Menschen und die Weiterbeschäftigung Älterer engagieren. Die Steigerung der Karrierechancen und der Erwerbstätigkeit von Frauen ist den Koalitionspartnern ein besonderes Anliegen.

Für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir als einen Baustein der Wirtschaftspolitik eine Anlaufstelle für Diversity Management schaffen.

Programme für Qualifizierung und Innovation zur Fachkräfteabsicherung sollen auf den Mittelstand zugeschnitten sein. Programme, um ältere Fachkräfte im Beruf zu halten bzw. wieder in Betriebe zu integrieren, sollen auf Betriebe unter 20 Beschäftigte erweitert werden.

Die Koalitionspartner streben darüber hinaus im Dialog mit den Partnern auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite eine umfassende Verbesserung des Fachkräfteangebots in den Feldern Umwelttechnik, Energie- und Ressourceneffizienz und Erneuerbare Energien an.

Vergabepolitik: sozial und ökologisch

Die Vergaben des Landes wollen wir gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber transparenter und nachvollziehbarer machen. Das neu organisierte Beschaffungsmanagement wollen wir zwei Jahre nach seiner Einführung grundlegend evaluieren, insbesondere den Einsatz elektronischer Vergabemöglichkeiten (e-procurement) wollen wir vorantreiben. Bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen werden wir im Rahmen der Vergaberechtsordnung die Einführung ökologischer und sozialer Vergabekriterien wie die Berücksichtigung von Frauenfördermaßnahmen, umweltverträglicher, energieeffizienter und fair gehandelter Produkte/Dienstleistungen und den Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit sowie die Auswahl von Produkten/Dienstleistungen unter bestmöglicher Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) prüfen. Ebenso wollen wir bei Vergaben den Ansatz der Lebenszykluskosten stärker betonen.

Landesplanung

Wir streben für die laufende Legislaturperiode eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans IV (LEP) an, um insbesondere den gewachsenen Anforderungen im Energiebereich, bei der Flächeninanspruchnahme, der Entwicklung und Umsetzung einer landesweiten Biodiversitätsstrategie und im Bereich des Gesteinsabbaus Rechnung zu tragen.

Die Eigenentwicklung soll sich auf den Siedlungsbestand konzentrieren. Innenentwicklung vor Außenentwicklung ist vordringlichstes Ziel, damit die Flächeninanspruchnahme kurzfristig auf niedrigstem Niveau von unter einem Hektar pro Tag stabilisiert werden kann. Diese Grundsatzaussagen dürfen nicht von Großprojekten unterlaufen werden.

Wir wollen touristische Investitionen im Bestand favorisieren und landespolitisch fördern.

Beim Gesteinsabbau wollen wir die landespolitischen Spielräume zur Verbesserung der Situation der Anwohnerinnen und Anwohner, des Natur-, Tier-, Wasser- und Landschaftsschutzes und der Umweltwirkungen nutzen und eine Bundesratsinitiative zur Neugestaltung des Bergrechts starten.

Wir werden eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV (LEP) vornehmen mit dem Ziel, insbesondere in den Natura 2000-Gebieten die Vorrangflächen für die Rohstoffsicherung zu reduzieren. Dazu werden einheitlich die rechtlichen Spielräume für klare Vorgaben für die Regionalen Raumordnungspläne zur besseren Berücksichtigung von Umwelt- und Gemeinwohlinteressen im Bereich Bergbau genutzt. Gleichzeitig finden die Gedanken einer Rohstoffrückgewinnung und einer gezielten Kreislaufführung der mineralischen Rohstoffe in der Landesplanung durch entsprechende Vorgaben und Förderprogramme eine stärkere Berücksichtigung. Im Landes-Rohstoffbericht werden die Anstrengungen im Hinblick auf die regionalen Stoffstrommanagementsysteme zum Ausbau der Kreislaufführung dokumentiert.

Die Welt ist gern bei uns zu Gast

Der Tourismus ist ein hoher wirtschaftlicher Faktor unseres Landes. Die Tourismusstrategie 2015 werden wir gemeinsam mit den bisherigen Partnern fortführen und weiter entwickeln. Wir wollen den Tourismus in Rheinland-Pfalz nachhaltig und barrierefrei gestalten. Zentrale Maßgaben sind für uns sozial gerechte, innovative und ökologische Kriterien.

Wir wollen die vorhandenen regionalen Strukturen stärken und innovativ insbesondere im Rahmen des Sanften Tourismus weiterentwickeln.

Die Zusammenarbeit mit den Regionalinitiativen und Kommunen vor Ort wollen wir intensivieren. Der Vernetzung von touristischen Angeboten räumen wir einen hohen Stellenwert ein. Der touristische Verkehr auf der Schiene ist ein wichtiger Bestandteil unseres touristischen Engagements.

5. Unsere Umwelt – nachhaltige Landwirtschaft – Verbraucher wirksam schützen

Unsere Umweltpolitik steht unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit.

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, das Klima und endliche Ressourcen schonen, auch im Sinne von Generationengerechtigkeit.

Sie ist Motor für Innovation und nachhaltiges Wirtschaften in Rheinland-Pfalz. Sie ist kooperativ und bezieht die Akteure der Zivilgesellschaft mit ein.

Natur schützen

Rheinland-Pfalz verfügt über eine Vielfalt von Kulturlandschaften. Sie haben landestypische Lebensräume hervorgebracht, für die wir eine besondere Verantwortung haben. Diese Lebensräume mit ihrer Artenvielfalt gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die biologische Vielfalt ist unser Naturkapital.

Das Biodiversitätskonzept für Rheinland-Pfalz soll auf der Basis des nationalen Aktionsprogramms zu einer Biodiversitätsstrategie weiter entwickelt werden. Diese soll anhand von Indikatoren konkrete Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung enthalten, die gemeinsam verfolgt werden.

Wir wollen dem Artenrückgang und der Bedrohung von Lebensräumen durch gezielte Programme zum Schutz, zur Wiederansiedlung bedrohter Arten und zur Entwicklung von Lebensräumen entgegenwirken. Dies bezieht die Arten ein, für die wir besondere Verantwortung haben. Für alte Haustierrassen und Nutzpflanzensorten soll eine Inventarisierung des Landesbestands vorgenommen werden.

Die Belange des Naturschutzes müssen auf der ganzen Fläche berücksichtigt werden. Dies soll im Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern geschehen. Das landestypische Artenspektrum, für das wir besondere Verantwortung tragen, ist auch an bestimmte Nutzungen gebunden. Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter im Vertragsnaturschutz, mit dem wir Natur- und Artenschutz durch landwirtschaftliche Nutzung angemessen honorieren. Die europäische Agrarpolitik 2013 soll die Leistungen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für Natur und Umwelt stärker unterstützen.

Der gute Erhaltungszustand der Natura 2000-Gebiete und die anspruchsvolle Einstufung von Erhaltungszuständen entsprechend der Ziele der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) sind abzusichern.

Die Bewirtschaftungspläne für Natura 2000-Gebiete sollen bis zum Ende der Legislaturperiode erstellt und zur Grundlage der Bewirtschaftung gemacht werden. Wir wollen die Umsetzung zeitnah erreichen.

Ein Monitoringkonzept begleitet die Umsetzung in den Natura 2000-Gebieten auch im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Biodiversitätsstrategie.

Das Biotopverbundsystem, das sich auf ca. 20 Prozent der Landesfläche erstreckt, soll Lebensräume vernetzen, Wanderungsbewegungen auch in Verbindung mit dem Klima-

wandel zulassen und stabile Populationen fördern. Dazu gehören auch die Entwicklung von Wildkorridoren und der Ausbau von Grünbrücken auf der Grundlage des Landeswildwegeplans.

Wir treten für eine nachhaltige Nutzung der Flächen ein. Dazu gehört der Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Die Flächeninanspruchnahme soll auf dem niedrigen Niveau von unter einem Hektar pro Tag stabilisiert werden.

Eine landesweite Plattform für ein Ausgleichsflächen- und Ökokonto-Kataster soll für Behörden, Verbände und Landnutzer Transparenz herstellen.

Wir werden das Landesnaturschutzgesetz bis Mitte 2012 mit Blick auf die neuen umweltpolitischen Herausforderungen und im Sinne eines starken kooperativen Naturschutzes novellieren. Dabei wird die Länderregelungskompetenz, die das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zuweist, ausgeschöpft. Folgende Inhalte werden unter anderem aufgenommen:

- Unterstützung bei der Wahrnehmung der Beteiligungsrechte des ehrenamtlichen Naturschutzes,
- Schutz vor gentechnischer Kontamination in Naturschutzgebieten,
- Umsetzung des Grünlandsschutzes,
- Weiterentwicklung der Instrumente Biotopkataster, Bewirtschaftungsplan, Landschaftsplan und Biotopverbundplan zu einer integrierten staatlichen Naturschutzfachplanung.

Mit einem „Handlungsprogramm Klimawandel“ sollen Anpassungen für den Naturschutz und die naturgebundene Nutzung in Bezug auf den Klimawandel weiter entwickelt werden.

Wir wollen das breite Angebot an Umweltbildung und Umweltstationen und das Engagement der Ehrenamtlichen in Natur- und Umweltverbänden weiter unterstützen.

Wir wollen eine Weiterentwicklung des Biosphärenreservates Pfälzerwald zu einer ökologisch nachhaltigen Modellregion im Dialog mit den französischen Partnern.

Landwirtschaft und Weinbau – nachhaltig und erfolgreich

Die Landwirtschaft und der Weinbau prägen in besonderer Weise die Wirtschaft und die ländlichen Regionen unseres Landes. Sie sichern Arbeitsplätze und Einkommen, erbringen wertvolle Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer einmaligen Kulturlandschaft und schaffen regionale Identitäten. Mit unserer Politik schärfen wir die Qualitätsprofile, erhöhen die Absatz- und Marktchancen unserer Land- und Weinwirtschaft und stärken das umweltbewusste Wirtschaften. Unsere Politik orientiert sich an allen drei Aspekten der Nachhaltigkeit. Damit erreichen wir die Gleichrangigkeit von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen gerade auch im Bereich der Landwirtschaft und des Weinbaus.

Der Erhalt unserer Kulturlandschaften und die wichtige Aufgabe der qualitativ hochwertigen Lebensmittelerzeugung sollen auch in Zukunft angemessen honoriert werden. Deshalb werden wir weiterhin verlässlich die hochwertige und verantwortungsvolle konventionelle Land- und Weinwirtschaft und den ökologischen Land- und Weinbau ebenso unterstützen wie umweltbezogene Leistungen im Agrarbereich und die Entwicklung der ländlichen Räume. Wir sind Partner für die bäuerliche Landwirtschaft wie für Handwerk und Agrarwirtschaft. Durch eine reformierte Förderung aus erster und zweiter Säule der EU-

Agrarpolitik sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe im Land. Wir wollen Agrar-Förderprogramme wie das Entwicklungsprogramm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL) und das Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULA) im Lichte der großen Herausforderungen Klimaschutz, Artenerhalt, Ernährungssicherheit, Tiergerechtigkeit, Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie Wertschöpfung, Arbeitsplatzertand und zukunftsfähige ländliche Räume überprüfen und auf diese Ziele ausrichten. Die verfügbaren Bundes- und EU-Mittel sollen voll ausgeschöpft werden.

Zur Förderpolitik des Landes gehört auch die besondere Förderung klimaschonender und biodiversitätserhaltender Produktionsformen: Erhalt von Grünland und Beweidung, heimische Eiweißfuttermittelerzeugung, besondere Landschaftspflegeleistungen, regionalspezifische Produkte sowie Bienenhaltung und Bienenschutz. Wir fördern die Streuobstwiesen und unterstützen die heimischen Brennereibetriebe bei betrieblichen Anpassungen im Zuge des Auslaufens des Branntweinmonopols.

Wir werden die ökologische Land- und Weinwirtschaft unterstützen, die Förderung für Umstellung und Beibehaltung, Marketingmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit verbessern und uns zielgerichtet insbesondere für die Entwicklung der regionalen Erzeugung, Vermarktung und Verarbeitung einsetzen.

Bei der Investitionsförderung haben der ökologische Landbau und insbesondere die tiergerechte Haltung für uns einen besonderen Stellenwert. Auch künftig soll für Investitionen, die einer besonders tiergerechten Haltung dienen, ein erhöhter Zuschuss gewährt werden.

Regional ist erste Wahl: Wir unterstützen den Weg einer noch größeren Kunden-, Markt- und Qualitätsorientierung der Landwirtschaft unter Einschluss touristischer Angebote und der Gemeinschaftsverpflegung vor allem im Bereich Landeseinrichtungen, Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen. Erfolgreiche Regionalmarken sollen mit entsprechenden Initiativen dauerhaft etabliert werden. Regionale Dachmarken und Qualitätssiegel wollen wir weiterentwickeln.

Die Mitgestaltung der EU-Agrarpolitik bleibt eine zentrale agrarpolitische Aufgabe: Wir brauchen weiterhin Zahlungen, die die besonderen Anforderungen an die Landwirtschaft im Natur-, Tier- und Umweltschutz honorieren, die ein Basiseinkommen für eine umwelt-, verbraucher- und tiergerechte Produktion sichern und auch die Risiken des Klimawandels und der zunehmend schnellen Veränderungen abfedern, denen die Agrarmärkte unterworfen sind. Die Koalitionspartner unterstützen die Zielsetzung der EU-Kommission, ein „Greening“ der Agrarförderung, Kappungsgrenzen unter Berücksichtigung der Arbeitskräfte und eine Stärkung der zweiten Säule vorzusehen.

Wir brauchen eine besondere Unterstützung der Landwirtschaft in den Mittelgebirgsregionen und für den Weinbau in den Steillagen. Die Zukunft der rheinland-pfälzischen Land- und Weinwirtschaft und des Obst- und Gemüsebaus liegt in der Qualitätserzeugung. Wir brauchen, wo noch nötig, eine Strukturförderung für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume, damit die rheinland-pfälzischen Landwirte und Winzer sich mit Produktivität und Effizienz im Qualitätswettbewerb behaupten können. Wir müssen auch zukünftig bürokratische Belastungen abbauen.

Wir werden die EU-Milchpolitik wie auch die EU-Weinpolitik im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Wein- und Landwirtschaft überprüfen. Wir wollen das Marktstrukturgesetz beibehalten und Erzeugergemeinschaften mit hohen Bündelungs-

möglichkeiten auch auf EU-Ebene ausbauen sowie bessere Strukturen für innovative Verarbeitung, Vermarktung und Verbraucherinformation schaffen.

Wir unterstützen den Ansatz der Europäischen Union, eine klare Produktspezifikation mit der Herkunftsangabe zu verbinden, und lehnen dagegen die Liberalisierung zur Ausdehnung der Rebflächen ab.

Wir werden uns in der Weinwirtschaft daher für niedrigere, aber qualitativ bessere Erträge einsetzen, getreu dem Motto „Klasse statt Masse“. Wir wollen den regionaltypischen Rebsorten einen besonderen Stellenwert einräumen und eine stärkere Verbraucherorientierung durch nachvollziehbare Geschmacks- und Qualitätsprofile unterstützen, die sich auch in einem entsprechenden Bezeichnungsrecht wiederfinden. Am bewährten Förderungssystem der Steil- und Steilstlagen wollen wir festhalten. Wir wollen das Qualitätsweinsystem weiterentwickeln. Je enger die geographische Bezeichnung eines Anbaugebietes (Herkunftsbezeichnung) ist, desto höher sollen die Qualitätsanforderungen sein.

Wir setzen uns auf EU-Ebene für einen Bürokratieabbau ein, insbesondere bei den Landschaftselementen (zum Beispiel Bäumen und Hecken) im Rahmen des EU-Fördersystems.

Für den Anbau von Energiepflanzen müssen die gleichen strengen Regeln für Nachhaltigkeit und Naturverträglichkeit gelten wie für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln. Die Nahrungsmittelproduktion hat Vorrang vor dem Energiepflanzenanbau.

Wir wollen eine Reduzierung der Lebens-, Umwelt- und Gesundheitsbelastung durch chemische Pflanzenschutzmittel erreichen.

Wir unterstützen daher auf Bundesebene die Erstellung des Nationalen Aktionsplans (NAP) mit entsprechenden praxisorientierten Reduktionszielen sowie die Anpassung der Zulassungsverfahren und der Rückstandsbewertung.

Die Agrarforschung wird vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen gestärkt.

In der agrar- und lebensmittelbezogenen Aus- und Weiterbildung werden die Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch stärker und systematisch im Bereich ökologischer Wirtschafts- und Produktionsweisen aus- bzw. fortgebildet. Die Agrarverwaltungsreform von 2003 soll auf ihre Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt werden.

Wir wollen die Gentechnikfreiheit der rheinland-pfälzischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als Marktchance erhalten und nutzen. Die Koalitionspartner wollen daher, dass in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen stattfindet und die gentechnikfreie Erzeugung geschützt wird. Wir sehen aber auch die Chancen bei der Anwendung der Gentechnik außerhalb der Freisetzung von lebenden gentechnisch veränderten Organismen. Das Siegel „Ohne Gentechnik“ werden wir unterstützen. Kommunen und Städte, die selbst gentechnisch freie Regionen gründen wollen, werden wir unterstützen.

Der Schutz vor negativen Auswirkungen der Gentechnikforschung – insbesondere der Auskreuzung gentechnisch veränderter Organismen – wird verbessert. Auf Landesebene werden wir keine anwendungsbezogene Agro-Gentechnik-Forschung fördern.

Jede Verunreinigung von Saatgut, Futtermitteln und Erntegut muss vermieden werden. Wir treten für die Beibehaltung und Wiederherstellung der Null-Toleranz ein.

Wir setzen uns für die deutliche Verbesserung der Zulassungsverfahren ein und sorgen für eine ausreichende Kontrolle und Zertifizierung.

Wir lehnen Patente auf Pflanzen, Tiere oder biologische Züchtungsverfahren sowie das Klonen von Tieren ab.

Naturnaher Waldbau und nachhaltige Nutzung

Mit einem Anteil von 42 Prozent der Fläche ist Rheinland-Pfalz das walddreichste Land. Wir haben mit 57 Prozent den höchsten Laubwaldanteil aller Flächenländer und die größte Eichenwaldfläche Deutschlands. Die Wälder sind vielfältiger, naturnäher und älter geworden. Der naturnahe Waldbau und die nachhaltige Nutzung sind Teil unserer globalen Verantwortung für Rohstoffsicherung, Klimaschutz, Biodiversität und Rohstoffsicherung.

Wälder und die Forstwirtschaft haben eine besondere Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Rheinland-Pfalz (80 Prozent der Natura 2000-Gebiete liegen im Wald). Naturnahe artenreiche Mischwälder mit standortangepassten Baumarten geben Stabilität auch unter sich ändernden klimatischen Bedingungen.

Eine nachhaltige Forstwirtschaft liefert verlässlich den Rohstoff für eine Wertschöpfung, die ca. 50.000 Arbeitsplätze in unserem Land sichert. Wir wollen die Clusterpolitik Forst und Holz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Wirtschaftszweigs für den ländlichen Raum fortsetzen.

Für uns hat die stoffliche Verwertung von Holz Vorrang vor der energetischen Nutzung.

Wir halten an der öffentlichen Verantwortung für Landesforsten fest und werden den Staatswald nicht privatisieren. Der Staatswald soll nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden.

Ziel ist es, den Staatswald wirtschaftlich erfolgreich zu betreiben. Die Waldbesitzer werden in diese Richtung beraten. Wir halten am Gemeinschaftsforstamt fest. Wir wollen den Anteil der Prozessschutzflächen im Staatswald steigern.

Die Suche nach einem geeigneten Gebiet für einen Nationalpark wird wieder mit dem Ziel aufgenommen, innerhalb der Legislaturperiode eine geeignete Region zu finden und die notwendigen Schritte auf den Weg zu bringen. Mögliche Gebiete werden innerhalb der nächsten zwei Jahre unter wirtschaftlichen, naturschutzfachlichen und unter Aspekten der regionalen Entwicklung und der Akzeptanz untersucht. Dies erfolgt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen vor Ort.

Die Wirkung der neuen Regelungen im Landesjagdgesetz zum Tierschutz (zum Beispiel Hunde, Katzen, Einsatz von Fallen) und zur Waldökologie sollen während der Legislaturperiode überprüft werden.

Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, den Bergbau am Nauberg im Westerwald nicht auszuweiten. Dafür wird es keinen Pachtvertrag mit den an Bergbau Interessierten geben. Das bergrechtliche Verfahren bleibt allerdings abzuwarten.

Hochwasserschutz und Renaturierung

Wir wollen unser integriertes Hochwasserschutzkonzept durch Förderung des natürlichen Rückhalts in der Fläche (zum Beispiel Renaturierung/Aktion Blau), sichere Deiche, Rück-

halteräume, örtliche Schutzmaßnahmen sowie Stärkung der Eigenvorsorge zügig weiter umsetzen.

Am Oberrhein sollen alle Maßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite für einen 200-jährlichen Hochwasserschutz realisiert werden. 2012 sollen die Rückhalteräume – soweit nicht beklagt – einsatzbereit und die Deichertüchtigung abgeschlossen sein. Wegen seiner hohen Kosten und der technischen Anforderungen werden wir den Polder Altrip/Waldsee/Neuhofen noch einmal auf den Prüfstand stellen.

Örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen am Rhein und den Einzugsgebieten seiner Nebenflüsse wollen wir realisieren, auch in Kombination mit Renaturierung und ökologischer Gewässerentwicklung. Wir werden uns im Rahmen des Hochwasserschutzes insbesondere für Deichrückverlegungen und für die Entwicklung von Auen einsetzen. Wir werden uns für eine Verringerung der Kiesgewinnung in sensiblen Auenbereichen einsetzen.

Die Entwicklung der Hochwasserrisikomanagementpläne und die Bildung von Hochwasserparterschaften werden weiter gefördert (Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie).

Unsere Flüsse sind Lebensadern für Artenvielfalt an und in den Gewässern. Deshalb werden wir:

- zur Verbesserung der Durchgängigkeit der Bäche und Flüsse, des Struktureichtums und der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer
- als wichtigen Baustein zur Bewahrung und Verbesserung der Artenvielfalt
- zur Vergrößerung und Wiederherstellung von Fluss- und Bachauen sowie
- zur Ausweitung des Hochwasserschutzes in der Fläche

die erfolgreiche „Aktion Blau“ fortsetzen.

Wir werden die nächsten Schritte der Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und die Bewirtschaftungspläne in Zusammenarbeit mit Kommunen, Landwirtschaft, Verbänden und Industrie entwickeln. Wir wollen mit einer Erfolgskontrolle den effizienten Mitteleinsatz sicherstellen und darauf aufbauend entsprechende Prioritäten für die Gewässer setzen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie unter Beachtung der Zuständigkeiten zu erreichen.

Mit der Novelle des Landeswassergesetzes wollen wir das neue bundesweite Wasserrecht umsetzen und dabei landesrechtliche Handlungsspielräume zur Verbesserung der Gewässerqualität nutzen. Insbesondere wollen wir, wo erforderlich, ausreichend breite Gewässerrandstreifen ausweisen, um eine positive Gewässerentwicklung zu ermöglichen und um Nährstoff- und Pestizideinträge zu verringern.

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) wird ein Wärmelastplan für den Rhein bzw. die Mosel erstellt.

Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln

Wir verfolgen das Ziel einer konsequenten Kreislaufwirtschaft, die den Abfallbegriff überwindet und die Abfallwirtschaft zur Rohstoffwirtschaft entwickelt.

Die EU-Abfallrahmenrichtlinie wird umgesetzt. Bei der anstehenden Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes soll die Position der kommunalen Entsorger insbesondere bei der Erfassung der Abfälle und Wertstoffe gestärkt werden.

Wir werden die Entwicklung von innovativen Recyclingtechnologien und deren Markteinführung in Pilotprojekten unterstützen.

Die getrennte Erfassung der Bioabfallfraktion soll vorangetrieben werden. Bioabfall soll verstärkt energetisch genutzt werden, insbesondere in Biogasanlagen.

Das Altlastenkataster soll auf kommunaler Ebene vervollständigt und aktualisiert werden sowie die Einstufung der Flächen hinsichtlich erforderlicher Sanierungsmaßnahmen überprüft werden. Bei der Altlastensanierung im Land haben Flächen Vorrang, von denen eine besondere Gefahr für Luft, Wasser und Boden ausgeht oder die für eine neue Nutzung („zivile Konversion“) in Frage kommen.

Wir setzen uns für eine weitere Reduzierung von Umweltschadstoffen ein, die sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken, wie zum Beispiel Polychlorierte Biphenyle (PCB), Perfluorierte Tenside (PFT), Dioxine und Furane, und werden die spezifischen Monitoringprogramme weiterentwickeln.

Verbraucherschutz stärken

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe und Teil einer modernen Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik.

Wir treten für eine Stärkung der Verbraucherinformation ein und werden uns deshalb auf Bundesebene für eine anspruchsvolle Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzen.

Wir werden die unabhängige Beratung durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. weiter auf hohem Niveau fördern.

Wir wollen die Verbraucherrechte und das Beratungsangebot zu Ernährung, Finanzprodukten und -dienstleistungen, Telekommunikationsdiensten und Internet, Datenschutz sowie im Energiebereich stärken. Wir wollen auch die Flug- und Fahrgastrechte weiter verbessern.

Wir treten für eine Stärkung der Verbraucherrechte bei Vertragsabschlüssen am Telefon durch eine Bestätigungslösung und im Internet durch eine Buttonlösung ein.

Auf nationaler bzw. europäischer Ebene fordern wir eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, so zum Beispiel ein Ampelkennzeichen für den Nährstoffgehalt von Lebensmitteln.

Wir wollen aktiv über Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung informieren und treten für die Einführung eines „Smiley-Systems“ zunächst für den Gastronomiebereich ein.

Wir wollen die Sicherheit von Spielzeug und Produkten durch anspruchsvolle Grenzwerte und qualitätsgesicherte Zertifizierung erhöhen.

Die Kontrolle von Lebensmitteln und Produkten ist eine wichtige Säule des Verbraucherschutzes. Wir wollen sicherstellen, dass diese Aufgabe unter Beachtung eines Ländervergleichs ihrer Bedeutung entsprechend angemessen wahrgenommen wird.

Wir wollen, dass gesundes, regional und möglichst ökologisch produziertes Essen in möglichst vielen Mensen, Kindergärten und Schulen angeboten wird. Die qualitätsvolle Kindergarten- und Schulverpflegung werden wir weiterführen und stärken, auch durch eine

verstetigte Unterstützung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung. Ebenso setzen wir uns für die Qualitätsverbesserung der Ernährung im Seniorenbereich ein.

Nanotechnologie bietet Chancen, aber auch Risiken. Sie hat aber in sensiblen Produkten wie Lebensmitteln nichts zu suchen. Die Entwicklung der Nanotechnologie muss durch eine Risikoforschung begleitet werden. Wir schaffen Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher über den Einsatz von Nanotechnologie und setzen uns für einen verbraucher-schützenden Umgang mit den Produkten ein.

Rheinland-Pfalz: Beim Tierschutz vorne

Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für hohe Tierschutzstandards bei Haltung, Transport und Schlachtung von Nutztieren ein und werden die artgerechte Tierhaltung sowie die vorhandenen Beratungsangebote im Land stärken. Wir lehnen tierquälerische Massentierhaltung ab und werden uns auf Bundesrats-Ebene für verbesserte Regelungen im Bau-, Raumplanungs- und Immissionsrecht einsetzen.

Wir treten ein für eine Tierschutzkennzeichnung für tierische Lebensmittel, die Auskunft über Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren gibt, auch für verarbeitete Produkte, die tierische Lebensmittel enthalten.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Tierrechte und ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände ein.

Wir fordern einen Verzicht auf betäubungslose Kastration, ein Verbot von Qualzuchten, ein Verbot der Pelztierzucht und ein Verbot von Großwildtieren in mobilen Zirkusbetrieben.

Tierversuche sollen weiter reduziert werden, insbesondere durch die Förderung der Entwicklung von Alternativen.

Wir werden eine Heimtierschutzverordnung erlassen zur Verbesserung der Haltungsbedingungen und mit Einschränkungen für die Haltung von Exoten, zum Beispiel durch eine Positiv-Liste.

Wir werden die finanzielle Unterstützung der Tierheime fortsetzen.

Im Sinne des Klima- und Tierschutzes unterstützen wir den „Veggie Day“, einen fleischlosen Tag in der Woche.

6. Gute Arbeit

Soziale Gerechtigkeit, ökologische Modernisierung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind die Maßstäbe unserer Politik. Sie sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wir wollen ein ökologisches, soziales und wirtschaftlich florierendes Rheinland-Pfalz. Wir gestalten das Land als umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Einheit.

Wir stehen für eine Kultur der Fairness und der Solidarität. Mit unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stärken wir Gute Arbeit, das heißt gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für alle, eine zukunftsfähige Ausbildung, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, die kontinuierliche Weiterbildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir stärken soziale Gerechtigkeit, denn nur in einer als gerecht empfundenen Gesellschaft stehen Menschen füreinander ein.

Um den sozial-ökologischen Umbau zu sichern, werden wir unsere Förderprogramme regelmäßig überprüfen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Fairness auf dem Arbeitsmarkt für alle

Erwerbsarbeit ist für uns mehr als Existenzsicherung: Wir stehen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und nach Tarifvertrag bezahlte Arbeitsverhältnisse. Wir wollen die Eindämmung prekärer Beschäftigung.

Wir setzen uns ein für flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne und dafür, dass Beschäftigte in Leiharbeit so bezahlt und so behandelt werden (Equal Pay und Equal Treatment), wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Unternehmens, in dem sie beschäftigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gleichberechtigung im Berufsleben erreicht und die Schere der Einkommen zwischen Frauen und Männern geschlossen wird.

Wir wollen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken. Wir wenden uns entschieden gegen Missbräuche durch Praktikumsplätze, den überzogenen Einsatz von Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs, befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachliche Begründung und die ausufernde Zahl von Minijobs. Den Beschäftigtendatenschutz und die soziale Absicherung von Flexibilisierungsstrategien wollen wir im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitgestalten.

Wir wollen zusätzliche und zukunftssichere Beschäftigung durch die kluge Verknüpfung von Sozialpolitik mit Wirtschaftspolitik, in der Gesundheitswirtschaft und in der „grünen Wirtschaft“ erschließen.

Mit dem Tariftreuegesetz des Landes sorgen wir dafür, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe Tariftreue und ein Mindestbruttostundenlohn für Bieter verbindlich vorgeschrieben werden können und sollen. Wir schützen damit Beschäftigte und Unternehmen vor Lohn-dumping und Niedriglohnkonkurrenz. Wir werden das Landstariftreuegesetz zügig etablieren und für eine breite Akzeptanz sorgen.

Wir stehen zu dem Ziel, allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten die Chance auf Erwerbstätigkeit, ein Leben in Würde und die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen Leben zu gewährleisten. Für uns bleiben Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Höhe des Regelsatzes im Sozialgesetzbuch II (SGB) bestehen.

Wir werden uns auf Bundesebene für eine Verbesserung der gesetzlichen Leistungen im SGB II einsetzen. Die Umsetzung des Teilhabe und Bildungspakets wird durch die Novellierung des Landesausführungsgesetzes begleitet.

Wir halten an der Unterstützung von arbeitslosen und arbeitssuchenden Menschen nach dem Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ fest. Der Service in den Jobcentern muss durch ausreichendes und qualifiziertes Personal, gute Arbeitsbedingungen, personelle Kontinuität und eine bessere Abstimmung der Träger verbessert werden.

Die Koalition würdigt die wichtige Arbeit der freien Träger für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Sie unterstützt daher das Subsidiaritätsprinzip in diesem Bereich.

Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung

Wir wollen Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung in den Betrieben weiter stärken. Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifverträge sind für uns unverzichtbare Arbeitnehmerrechte, für die wir uns stark machen.

Handlungsfähige Personalräte sind für uns unverzichtbare Partner einer modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Verwaltung im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger.

Wir stehen zur Tarifautonomie. Beim Thema Tarifeinheit werden wir uns konstruktiv in die Diskussion einbringen. Wir wollen eine Zersplitterung des Tarifvertragssystems, eine Spaltung der Belegschaften und eine Vervielfachung kollektiver Konflikte verhindern.

Wir sind der Auffassung, dass es die Verantwortung der Tarifvertragsparteien notwendig macht, die Gesamtheit der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu berücksichtigen. Die Interessen der Gesamtbelegschaften dürfen nicht von Einzelinteressen verdrängt werden. Einzelne Beschäftigtengruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir sind der Überzeugung, dass Tarifpartnerschaft nur dann gelingen kann, wenn sie von dem gemeinsamen Willen zur Regelung der Arbeitsbedingungen getragen ist.

Am 1. Mai 2011 ist für die meisten neuen osteuropäischen EU-Länder die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft getreten. Wir begrüßen klare und einheitliche Regelungen für ein global handelndes Europa. Wir wissen, dass in der aktuellen Diskussion um die Fachkräfteentwicklung klare Weichenstellungen wichtig sind.

Wir wollen alle politischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um Entwicklungen in Richtung Lohndumping und Verdrängung am Arbeitsmarkt entgegen zu wirken. Wir setzen uns ein für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, für die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, die Vereinbarung flächendeckender Mindestlöhne, die Verhinderung von Scheinselbstständigkeit und die effektive Bekämpfung von Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG).

Starke Gewerkschaften sind für uns unverzichtbare Partner einer lebendigen Demokratie. Wir werden den Dialog und die enge Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Betriebsräten und Gewerkschaften weiter fortsetzen. Wir halten fest an den Betriebs- und Personalrätekonferenzen und an der engen Zusammenarbeit und Finanzierung der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zur Stärkung, Beratung und Qualifizierung von Betriebs- und Personalrätinnen und -räten und Betrieben.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Wir stehen auch zukünftig für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz. Wir sichern ihre Finanzierung auch für die Zukunft. Wir setzen die Mittel bedarfsgerecht und zielgenau zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und zur Sicherung und Erweiterung des Fachkräftepotentials ein.

Durch die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Konzepte sichern wir die Chancen auf Erwerbstätigkeit für alle, die arbeiten können und wollen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen junger Menschen, der Beschäftigungssituation von Menschen mit Migrationshintergrund, auf den Verbleib älterer Menschen in altersgerechter Arbeit sowie die Stärkung der Beschäftigung von Frauen und Alleinerziehenden. Wir geben mit unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik auch langzeitarbeitslosen Menschen die Chance auf Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Wir treten ein für den Aus- und Aufbau öffentlich geförderter Beschäftigung für arbeitslose Menschen, die ansonsten kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hätten.

Wir legen in unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik besonderen Wert auf Praxisnähe, setzen regionale Schwerpunkte und kooperieren eng mit allen Akteuren des Arbeitsmarktes. Wir setzen uns ein für eine noch bessere Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung haben und die Chance haben, den Einstieg in ein qualifiziertes Berufsleben zu schaffen.

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven von Migrantinnen und Migranten arbeiten wir aktiv an der Erleichterung und Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen mit. Maßnahmen wie die „Aktionspartnerschaft Vielfalt bewegt“, die Impulse für mehr Beschäftigungschancen setzen und die interkulturelle Öffnung von Betrieben forcieren, wollen wir stärken.

Bei der Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden wir eng mit der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland und den Agenturen vor Ort zusammenarbeiten. Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland und die Agenturen für Arbeit sollen gesichert werden. Die Wiedereinführung der Selbstverwaltung auf der Ebene der Regionaldirektionen halten wir für sinnvoll. Zur Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik streben wir eine Zielvereinbarung zwischen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland und dem Land an (Paragraf 367 Absatz 3 Sozialgesetzbuch III).

Wir werden die Instrumentenreform des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kritisch begleiten, um die Interessen der Menschen ohne Arbeit in unserem Land zu wahren. Wir wehren uns gegen die Kürzungen des Bundes bei der Bundesagentur für Arbeit, denn sie treffen vor allem die Schwächsten.

Wir werden dafür sorgen, dass unsere aktive Arbeitsmarktpolitik und der Einsatz der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zielgenau und individuell wirken können. Dafür werden wir die Maßnahmen und Projekte zusammen mit Partnern und Partnerinnen und den Netzwerken vor Ort überprüfen und evaluieren. Mit Blick auf die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden wir bedarfsgerecht neue Politikfelder und Schwerpunkte festlegen und die Förderung neu ausrichten.

Fachkräftesicherung und Steigerung des Fachkräfteangebots

Wir werden die Fachkräftestrategie „Gute Leute – Gute Aussichten“ zu einer umfassenden Landesstrategie fortentwickeln. Die Strategie soll die Aktivitäten zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung, zur Fachkräftemobilisierung, zum alternsgerechten Arbeiten, zum Wissenstransfer und zur Fairness auf dem Arbeitsmarkt ausbauen und eng miteinander verknüpfen.

Wir wollen die Ziele der Landesstrategie am Ovalen Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung des Ministerpräsidenten beraten und festlegen. Im Zentrum stehen für uns dabei:

- Recht auf Ausbildung für Alle
- Verringerung der Schul-, Ausbildungs- und Studiumsabbrecherquote
- Verbesserung der Übernahmechancen nach der Ausbildung
- Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten in den Betrieben für die Zukunft
- Einstellen auf älter werdende Belegschaften
- Zuwanderung von Fachkräften bedarfsgerecht steuern
- und Gute Arbeit für Alle.

Ergänzend dazu werden wir mit den Mitteln des Landes die Erwerbsspartizipation von Menschen über 55 Jahren, von Frauen und von Migrantinnen und Migranten erhöhen. Alle relevanten Akteure sollen sich einbringen und beteiligen.

Wir halten fest am Pakt für Ausbildung und Fachkräftesicherung Rheinland-Pfalz.

Wir wollen die duale Ausbildung weiter stärken, zum Beispiel durch die Verbesserung der Beruorientierung, die Stärkung der fachlichen und persönlichen Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen und eine attraktive Gestaltung der Anschlussmöglichkeiten.

Wir werden die berufliche und betriebliche Weiterbildung als wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung stärken.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Integration Arbeitsuchender in den allgemeinen Arbeitsmarkt und damit auch zur Erhöhung der Erwerbsquote spielen. Wir streben vor allem die (Nach-)Qualifizierung der hier lebenden Menschen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit an (Erleichterung bzw. Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie usw.). Ergänzend dazu setzen wir uns für eine gesteuerte Neuzuwanderung ein.

Den Wissens- und Technologietransfer – der für die Sicherung und Entwicklung des Wirtschafts- und Technologiestandorts Rheinland-Pfalz elementar ist – werden wir verstärken. Dabei haben wir auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick.

Arbeit zukunftsfähig gestalten – mit den Menschen, für die Menschen

Wir wollen Anreize schaffen, die Lebens- und Berufserfahrung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wertzuschätzen und in den Unternehmen eine Kultur der Weiterbildung und Gesundheitsförderung zu etablieren. Beides sind auch wesentliche Beiträge für die Fachkräftesicherung der Zukunft.

Berufliche und betriebliche Weiterbildung sichert die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, trägt maßgeblich zur Sicherheit des Arbeitsplatzes, zu beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und zur Erhöhung der Erwerbschancen von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen bei. Deshalb werden wir die berufliche und betriebliche Weiterbildung stärken. Wir wollen, dass Weiterbildung zu einer Selbstverständlichkeit für Unternehmen und Beschäftigte wird.

Wir werden mit unserem Weiterbildungsportal die Transparenz über bestehende Angebote erhöhen und damit den Zugang zu passenden Angeboten für alle verbessern. Das Programm QualiScheck wird fortgeführt. Wir werden die Angebote zur Qualifizierung und Beratung von Personal- und Betriebsrätinnen und -räten im Themenfeld beruflicher und betrieblicher Weiterbildung ausbauen. Wir kümmern uns um neue Lernformen wie E-Learning oder Lerntandems und den Umgang mit neuen Technologien, gesellschaftlichen Entwicklungen und neue Arbeitsformen.

Wir setzen uns ein für flexible Übergänge in den Ruhestand, die die unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen in den Berufen berücksichtigen. Wir stärken die Maßnahmen für Gute Arbeit für Ältere, für alternsgerechtes Arbeiten, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung. Wir werden die Arbeit des Kompetenzzentrums „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ optimieren und mit Blick auf Fachkräftesicherung, neue Personalentwicklungskonzepte, Weiterbildung, Diversity, altersgerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen, Gesundheitsmanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz weiterentwickeln.

Die Einhaltung des Arbeitsschutzes hat für uns eine wichtige Bedeutung. Das soll sich auch in der Schwerpunktsetzung der Arbeit der Gewerbeaufsicht widerspiegeln.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglichen. Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen. Wir werden besonders den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen forcieren.

Wir unterstützen auch in Zukunft familiengerechte, flexible Arbeitszeiten und setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer den Wunsch, Kinder zu haben, durch mehr Familienfreundlichkeit in Unternehmen, in der Öffentlichen Verwaltung und der ganzen Gesellschaft tatsächlich leben können. Wir werden Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen fortführen und weiterentwickeln und die Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege stärken.

7. Soziale Verantwortung

Jeder Mensch hat das Recht auf individuelle Selbstbestimmung und gleiche Teilhabechancen. Wir werden unsere Sozialpolitik nachhaltig und zukunftsfest ausrichten. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Toleranz stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und schaffen die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe.

Wir werden soziale Ausgrenzung bekämpfen und durch eine sozial gerechte Landespolitik dafür sorgen, dass es Teilhabechancen gibt und dass sie auch wahrgenommen werden können. Wir wollen, dass allen Menschen die Zugänge zu Leben und Arbeiten in unserer Gesellschaft offen stehen und sorgen dort für individuelle Unterstützung, wo sie gebraucht wird.

Zu den Schwerpunkten unserer Sozialpolitik gehört die Bekämpfung und Vermeidung von Armut, die Förderung von Familien in ihrer Vielfalt, das Zusammenleben der Generationen, ein gutes Leben im Alter, gleiche Chancen von Frauen und Männern, Schritt für Schritt mehr Inklusion für Menschen mit Behinderungen, die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des Lebens und Arbeitens und die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben.

Armut vermeiden und bekämpfen

Wir wollen Armut vermeiden und verringern. Armutsvermeidung heißt für uns: ungehinderter Zugang zu Bildung, die Chance auf Ausbildung und Arbeit, die Zahlung angemessener Löhne und eine kinder- und familiengerechte soziale Infrastruktur. Damit lassen wir die Menschen, die ein erhöhtes Armutsrisiko haben, nicht alleine.

Wir wollen eine auskömmliche Höhe der Grundsicherung, um den betroffenen Menschen die soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Armut darf sich nicht verfestigen. Menschen, die in Armut geraten, brauchen ein breit gefächertes Unterstützungs- und Beratungsangebot von der Erziehungs-, Gesundheits-, Sucht- bis zur Schuldnerberatung.

Um Chancengleichheit und Teilhabe an Bildung, Arbeit und gesellschaftlichem Leben zu ermöglichen, ist Armutsbekämpfung eine wichtige Aufgabe aller Politikfelder und aller Ministerien.

Die Landesregierung wird unter Einbeziehung der Kommunen einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut erstellen, der Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut auf allen Ebenen, auch auf der kommunalen Ebene, enthält.

Dabei konzentrieren wir uns zum einen auf die Vermeidung und Bekämpfung der Armut von Eltern durch die Förderung von Ausbildung und Arbeit, durch Mindestlöhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, durch Schuldnerberatung sowie besondere Maßnahmen für Alleinerziehende. Zum anderen liegt unser besonderes Augenmerk auf der Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut. Hier sorgen wir für einen guten Start ins Kinderleben, für Kinderschutz und Kindergesundheit, für bessere Bildung und einen guten Übergang von der Schule in den Beruf. Kein Kind darf aufgegeben werden.

Wir werden die Kommunen stärken, denn auf kommunaler Ebene werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt.

Wir beabsichtigen, die ArmutBerichterstattung unter Beteiligung der LIGA der Wohlfahrtsverbände und des DGB fortzuführen und die neu gegründete Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz einzubeziehen. Die Anliegen der Landesarmutskonferenz und der Forderungen der „Mainzer Erklärung“ unterstützen wir.

Wir werden junge Familien begleiten und unterstützen, denn auf den Anfang kommt es an.

Wir werden eine soziale Infrastruktur etablieren, die dazu beiträgt, Armut zu vermeiden und Ausgrenzung zu verhindern. Dazu gehören die Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumförderung, kinder- und familienfreundliche Kommunen, Barrierefreiheit und die umfassende Inklusion für Menschen mit Behinderungen.

Wir werden das Teilhabe- und Bildungspaket durch die Novellierung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch II (SGB) umsetzen. Damit möglichst viele anspruchsberechtigte Familien das Bildungs- und Teilhabepaket auch nutzen, werden wir mit den Partnern der Familien- und Sozialpolitik, aber auch mit den Anbietern von freizeitleichen und kulturellen Angeboten als Multiplikatoren zusammenarbeiten.

Wir werden Maßnahmen zur Schaffung und zum Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die Jugendlichen in unserem Land durchführen.

Wir werden uns für auskömmliche Mindestlöhne und die Verringerung von prekären Beschäftigungsverhältnissen einsetzen, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz gut von ihrem Arbeitseinkommen leben können. Wir stehen zu dem Ziel, dass alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten die Chance auf Erwerbstätigkeit, ein Leben in Würde und die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben haben sollen.

Wir streben eine Verbesserung der gesetzlichen Leistungen im SGB II auf Bundesebene an, da für uns Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Höhe des Regelsatzes bleiben.

Wir werden das breite Angebot in der Schuldnerberatung absichern, das einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung und Überwindung von Armut leistet. Dabei setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass diejenigen, die eine Schuldnerberatung benötigen, sie auch sehr zeitnah erhalten. Wir werden die Länge der Wartezeiten evaluieren.

Wir wollen die Hilfen für Wohnungslose durch landesweite Angebote stärken, um den betroffenen Menschen die Zugänge zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erleichtern.

Wir werden ehrenamtlich aktive Menschen beteiligen und einbinden sowie die Arbeit der Initiativen, Selbsthilfegruppen, sozialen Vereine und Gruppen unterstützen.

Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass die notwendige soziale Sicherung aller Kinder durch gut ausgebaute öffentliche Infrastrukturangebote und ausreichende staatliche Transferleistungen garantiert wird.

Damit es Familien gut geht

Die Menschen in Rheinland-Pfalz sollen ihre individuellen Vorstellungen von Familie leben können, ob als traditionelle Familie, als alleinerziehender Elternteil, als unverheiratetes Paar mit Kindern, als Patchwork- oder als Regenbogenfamilie.

Wir unterstützen und fördern alle Formen des familiären Miteinanders, in denen Menschen Verantwortungsgemeinschaften bilden. Wir haben dabei alle Generationen im Blick und achten die familiären Bindungen. Wir setzen uns ein für Lebenswelten, die familienfreundlich gestaltet sind und die einzelnen Familienmitglieder respektieren. Wir wollen Familien in ihrer Vielfalt stärken.

Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter, Väter und pflegende Angehörige durch die Förderung des bedarfsgerechten ganztägigen Angebots für Kinder, Schülerinnen und Schüler und für die Entwicklung einer familienfreundlichen Arbeitswelt einsetzen. Der Öffentliche Dienst wird dabei Vorbild sein.

Wir werden alle Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung von Anfang an durch Angebote in der Familienbildung unterstützen und ihre Elternkompetenz stärken. Dies gilt besonders für Familien in schwierigen Lebenslagen. Wir stellen frühe Hilfen vor Ort bereit und fördern den Ausbau kommunaler Netzwerke als einen Beitrag zum Kinderschutz. Wir fördern Hilfen für das Wohnen im Altern und die Beratung und Entlastung von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen.

Durch ein vernetztes System von verschiedenen Bausteinen werden wir die frühe Förderung von Familien von der Geburt bis zum Übergang ins Bildungssystem sichern. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen die frühen Hilfen ausbauen, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung des Programms „Guter Start ins Kinderleben“ mit allen Geburtskliniken. Unser Ziel ist, dass sich noch mehr Kliniken beteiligen. Zum Ausbau der frühen Hilfen gehört für uns auch die Weiterführung des Projekts „Hebammen unterstützen und beraten Familien“ und die bessere Vernetzung vorgeburtlicher Hilfen, der Frauenarztpraxen und Schwangerenberatungsstellen mit den nachgeburtlichen Hilfen der Hebammen und den Angeboten der freien Jugendhilfe. Dabei werden wir die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen stärken.

Wir wollen das dichte Angebot an sozialen Beratungs- und Anlaufstellen ausbauen und vernetzen, damit Familien in allen Lebenslagen Begleitung und Unterstützung erhalten. Die Beratungsstellen werden zukünftig noch stärker auf die Familien zugehen. Wir setzen uns für eine Vielfalt in der Beratungslandschaft ein.

Ein wichtiger Treffpunkt für Familien sind die „Häuser der Familien“ in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, die wir unterstützen werden. Verknüpft mit dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ werden wir sie gemeinsam mit den Kommunen, mit Kindertagesstätten, Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten, Familienzentren und anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe vernetzen. Sie sollen zu einem generationenübergreifenden und integrierten Angebot in den Kommunen werden.

Die bestehenden Beratungsdienste, die Schwangeren-, Schuldner-, Sucht-, Familien- und Lebensberatung werden wir noch stärker miteinander verbinden. Dabei sollen die „Häuser der Familien“ eine Bündelfunktion übernehmen, entweder bis hin zu einer Beratung aus einer Hand oder zu einer Begleitung von Beratung zu Beratung (Hand in Hand). Das differenzierte Angebot der Schwangerenkonfliktberatung werden wir erhalten.

Wir werden die Beratungsstellen dabei unterstützen, ihre Angebote auch auf Familien mit Migrationshintergrund auszurichten und ihre eigene interkulturelle Öffnung weiterzuentwickeln.

Die Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen ist uns besonders wichtig. Mit dem Programm „Guter Start ins Kinderleben“ tragen wir zum gesunden Aufwachsen der Kinder bei. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Geburts- und Kinderkliniken durch bundesgesetzliche Regelungen finanziell abgesichert wird. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Familien in Zukunft die Begleitung und Unterstützung von Hebammen bis zu sechs Monaten nutzen können. Die aufsuchende Tätigkeit der Hebammen kann für die Familien den Kontakt zu anderen Hilfsmöglichkeiten wie Kinder- und Jugendhilfe, familienentlastenden Angeboten oder Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen erleichtern.

Wir werden die Erfahrungen mit dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit auswerten und die Jugendämter auf der Grundlage der Evaluationsberichte beim Aus- und Aufbau der lokalen Netzwerke unterstützen. Wir werden Netzwerkpartner vor Ort stärken und Ehrenamtliche noch stärker in professionelle Strukturen des Kinderschutzes einbeziehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass beim geplanten Bundeskinderschutzgesetz die Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen auch in finanzieller Hinsicht geklärt werden. Dazu gehört auch, dass freiberuflich Tätige im Gesundheitswesen adäquat mit eingebunden und auch angemessen entschädigt werden.

Wir werden das verbindliche Einladungswesen zu den Kindervorsorgeuntersuchungen optimieren (Paragraf 26 Sozialgesetzbuch V), denn die Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiges Instrument zur Förderung der Kindergesundheit. Sie bieten Kinderärztinnen und Kinderärzten und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst die Möglichkeit zur präventiven Arbeit.

Eltern mit behinderten Kindern brauchen besondere Förderung, Unterstützung und Hilfen. Wir wollen die Vernetzung verschiedener Leistungen verbessern und ein wohnortnäheres Angebot der sozialmedizinischen Nachsorge in Rheinland-Pfalz unterstützen. Wir wollen Eltern, die ein Kind mit Behinderungen erwarten, ermutigen und befähigen, sich dieser Aufgabe zu stellen. Sie brauchen vor und nach der Geburt eine gute Beratung und die Kinder eine gute Förderung von Anfang an. Das kann durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Schwangerenberatungsstellen, gynäkologischen und humangenetischen Praxen, Elternselbsthilfe, Geburts- und Kinderkliniken, Hebammen und Kinderärztinnen und -ärzten, Sozialpädiatrischen Zentren und weitere Angebote der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe geschehen.

Um das gesunde Aufwachsen der Kinder zu fördern und um das Wohl unserer Kinder zu schützen, werden wir die Arbeit der Jugendämter im Kinderschutz mit geeigneten Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen.

Wir werden das Berichtswesen zu den Hilfen der Erziehung fortsetzen und verstärkt für die Weiterentwicklung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nutzen. Wir werden prüfen, ob und wie in die bestehenden Berichte Aspekte zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Rheinland Pfalz integriert werden können.

Wir werden mit allen Beteiligten in der Kinder- und Jugendhilfe die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung der 50er und 60er Jahre aufarbeiten und gemeinsam mit Bund, Ländern und Kirchen unsere Landesverantwortung für das begangene Unrecht übernehmen.

Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, die heute in Heimen leben, ein. Wir werden für diesen Beteiligungsprozess ein Forum schaffen, in dem die Kinder und Jugendlichen, die Beschäftigten in den Heimen und die Heimträger miteinander ins Gespräch kommen.

Wir setzen uns für eine Stärkung der offenen Jugendarbeit ein und setzen die Förderung der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit fort.

Wir halten unser hohes Niveau in der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe aufrecht und wollen Schule und Jugendhilfe noch stärker miteinander vernetzen. Die Angebote der Jugendsozialarbeit sollen Armutsrisiken, besonders unter Kindern und Jugendlichen, verringern und den Kreislauf von Armutskarrieren durchbrechen. Wir werden die Jugendberufshilfe stärken, indem wir die Eingliederungsleistungen in Arbeit und Ausbildung bei integrationsgefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Vorrang der Jugendsozialarbeit flexibilisieren, Projekte für schulmüde Jugendliche bzw. Schulverweigerer entwickeln und spezielle Förder- und Qualifizierungsprogramme für auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligte Jugendliche initiieren. Wir werden die Kooperation von Jugendhilfe und Schule durch die Integration von erzieherischen Hilfen an Ganztagschulen und durch Schulsozialarbeit stärken.

Wir werden die Angebote zum besseren Übergang von der Schule in den Beruf konsolidieren und verstetigen.

Wir werden in die bestehenden Berichte, zum Beispiel in den zweiten Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung, Aspekte zur Situation und zu den Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland Pfalz integrieren.

Damit Familie möglich wird, brauchen Frauen und Männer Zeit für ihre Kinder und zunehmend auch Zeit für ihre pflegebedürftigen Eltern. Deswegen werden wir die Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fortführen. Wir werden uns dabei besonders um das Thema Ausbildung und Familie kümmern, damit besonders junge Eltern eine Berufsausbildung erfolgreich abschließen können.

Wir lehnen das Bundesmodell zur Familienpflegezeit ab und werden gemeinsam eine tragfähige Alternative dazu entwickeln.

Wir werden bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Familien, wie zum Beispiel die Lokalen Bündnisse für Familien, auch in Zukunft fördern und unterstützen. Die Initiative VIVA FAMILIA setzen wir mit dem Schwerpunkt "Familien stärken" fort.

Für ein gutes Leben im Alter – Wir werden Rheinland Pfalz generationengerecht gestalten

Grundlage unserer Politik für ältere Menschen ist das Alter in all seinen Facetten, es umfasst heute mehr als eine Generation. Gerade die jüngeren Älteren fühlen sich oft noch voller Energie, sie wollen aktiv bleiben und ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen. Sie sind bereit, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen haben den Wunsch, so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben. Sie wünschen sich ein gutes Miteinander der Generationen und eine gute Nachbarschaft.

Neben bedarfsgerechten Unterstützungsleistungen bei Hilfebedürftigkeit werden wir deshalb die Erfahrungen, die Potentiale und das Wissen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbeziehen.

Wir setzen bewusst auf die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens. Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ soll weitergeführt werden. Gemeinsam mit den älteren Menschen in Rheinland-Pfalz, den Interessenvertretungen älterer Menschen, den Kommunen und allen anderen Betroffenen und Interessierten werden wir daraus einen Landesaktionsplan entwickeln und offensiv umsetzen. Zur Umsetzung des Aktionsplans "Für ein gutes Leben im Alter" werden wir eine Servicestelle einrichten.

Wir wollen selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter fördern. Wir werden das barrierefreie Wohnen sowie neue Wohnformen, zum Beispiel gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen, unterstützen und ein breites, differenziertes und flexibles Angebot für unterschiedliche Zielgruppen entwickeln, das auch dazu beiträgt, schrittweise die konventionellen Alteneinrichtungen zu ersetzen. Wir werden auch das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen, pflegebedürftiger volljähriger Menschen und von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, fördern. Ihr Kontakt ins Wohnumfeld ist uns wichtig.

Wir werden darauf hinwirken, dass alternative Wohnformen – auch für Menschen mit Demenz – und Formen des generationenübergreifenden Wohnens immer mehr die Regel werden. Bei der Wohnungsbauförderung des Landes setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf neue gemeinschaftliche generationenübergreifende Wohnformen. Dabei sollen Umwelt- und energetische Aspekte berücksichtigt werden. Die Entwicklung eines Qualitätssiegels für alternative Wohnformen bzw. für selbstbestimmtes Wohnen im Alter werden wir prüfen. In ländlichen Räumen werden wir Initiativen für eine wohnortnahe Nahversorgungsstruktur unterstützen, zum Beispiel Dorfläden.

Durch die Unterstützung des barrierefreien Umbaus von selbstgenutztem und von Mietwohnraum im Rahmen des Landesprogramms Sozialer Wohnungsbau werden wir die Möglichkeiten der eigenverantwortlichen Lebensführung älterer Menschen stärken. Dazu gehört auch, den Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen und Pflegediensten zu erleichtern und die Vermittlung dieser Dienstleistungen über die auszubauenden Pflegestützpunkte zu sichern. Auch die Förderung von Projekten wie Seniorenpatinnen und -paten oder Nachbarschaftshilfen gilt es zu verstetigen, um Zukunftsperspektiven für das Wohnen und Leben im Alter in kleinen sozialen Netzwerken mit bedarfsgerechten Hilfsangeboten und einer verlässlichen Versorgung vor Ort zu eröffnen.

Um Gesundheit und Mobilität im Alter zu stärken, werden wir dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich auf den speziellen Bedarf älterer Menschen einzustellen.

Wir werden uns für eine Dorf- und Stadtteilentwicklung einsetzen, die die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt, das heißt ein flächendeckendes barrierefreies Mobilitätsangebot, barrierefreie Läden und Dienstleistungen, Hol- und Bringdienste und eine unabhängige stadtteil- und wohnortnahe Wohn- und Pflegeberatung.

Wir werden die barrierefreien Zugänge zu Informationen und Teilhabe verbessern.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Umbau- und Neubaumaßnahmen des Landes und auch die öffentliche Infrastruktur (Öffentlicher Personennahverkehr, Dorf- und Stadtumbau-

programm etc.) generationengerecht geplant und barrierefrei gestaltet werden.

Die soziale Sicherheit im Alter muss gesichert und ausgebaut werden, das heißt gute Arbeit, gute Rente und die Prävention und Bekämpfung von Altersarmut. Zur Vermeidung von Altersarmut ist die Teilnahme am Arbeitsleben entscheidend. Deshalb ist es unser Ziel, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen möglichst lange gesund und motiviert bei fairer Entlohnung erwerbstätig sein können.

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Menschen in Rheinland-Pfalz, gerade auch die älteren Menschen, sicher fühlen und sicher leben können. Wir wollen auch die Seniorinnen und Senioren als selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher stärken.

Wir wollen die Solidarität der Generationen stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen der jüngeren und der älteren Generation nicht als Gegensätze gesehen werden. Wir fördern ein Klima des Verständnisses und der Solidarität. Wir wollen Erfahrung und Innovation verbinden. Da die verschiedenen Generationen einer Familie heute oft nicht mehr beieinander leben, wollen wir dazu beitragen, dass neue Wege des Miteinanders der Generationen gefunden und beschritten werden.

Die demografische Herausforderung gestalten

Die Veränderung der Altersstruktur stellt uns vor große Aufgaben, birgt aber auch viele Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen die Chancen nutzen und den demografischen Wandel intensiv und nachhaltig so gestalten, dass auch in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger gerne in Rheinland Pfalz wohnen und sich hier wohl und sicher fühlen. Wir haben dabei alle Politikfelder gleichermaßen im Blick. Wir schauen dabei auf die Städte in unserem Land ebenso wie auf die ländlichen Regionen. Wir wissen um unsere landespolitische Verantwortung und werden sie gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren – Wirtschaft, Sozialverbänden, Bildungsinstitutionen, Behörden, Kommunen – entsprechend wahrnehmen.

Deshalb werden wir das Thema Demografie auch zukünftig in allen Politikfeldern als Querschnittsaufgabe fest verankern. Wegen seiner besonderen Bedeutung wird das Thema an einer herausgehobenen Stelle gebündelt. Wir werden über eine interministerielle Arbeitsgruppe neue Impulse setzen, um Rheinland-Pfalz und seine Regionen demografiefest zu machen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurden bei allen landespolitischen Entscheidungen auch die Auswirkungen des demografischen Wandels berücksichtigt. Das werden wir in Zukunft fest institutionalisieren und im Gesetzesvorblatt entsprechend verankern. Damit werden künftig alle Landesgesetze darauf überprüft, in wieweit sie die Bevölkerungs- und Altersentwicklung berücksichtigen und ob sie demografiefest sind, das heißt ob sie auf den demografischen Wandel in angemessener Art und Weise reagieren.

Schritt für Schritt mehr Inklusion

Unser Ziel ist ein Gemeinwesen, zu dem alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken, Schwächen und Bedürfnissen gleichberechtigt dazugehören. Deshalb werden wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Rheinland-Pfalz forcieren.

Unsere Leitlinie ist „Leben wie alle – mittendrin von Anfang an“. Orientiert an dieser Leitlinie werden wir Schritt für Schritt mehr Inklusion verwirklichen. Gemeinsames Lernen von Anfang

an, der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt und das Wohnen im Quartier müssen auch für Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf der Normalfall sein. Dazu brauchen wir eine umfassende Barrierefreiheit, die Förderung von "Persönlicher Assistenz", ein breites Spektrum inklusiver Wohnformen und die Weiterentwicklung des "Persönlichen Budgets". Wir werden die Integrationsbetriebe und das "Budget für Arbeit" ausbauen, damit mehr Menschen mit Behinderungen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufnehmen können.

Wir brauchen eine Infrastruktur, die Menschen mit Behinderungen gerecht wird. Es muss eine Selbstverständlichkeit bei allen Planungen werden, dass die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen adäquat berücksichtigt werden. Beratung und ambulante Hilfe müssen da angeboten werden, wo Menschen mit Behinderungen leben.

Wir werden die Selbsthilfeinitiativen und eine kraftvolle, auf Inklusion ausgerichtete Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen unterstützen, auch beim Abschluss von Zielvereinbarungen für Barrierefreiheit und Inklusion.

Alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen schrittweise barrierefrei werden. Barrierefreiheit bedeutet Nutzbarkeit für alle Menschen mit und ohne Behinderung, unabhängig von der Art und Ausprägung ihrer Beeinträchtigung.

Wir werden den Aktionsplan der Landesregierung zusammen mit den Kommunen und mit vielen Partnerinnen und Partnern im Land konsequent umsetzen und fortschreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf kommunaler Ebene kommunale Aktionspläne eingeführt werden. Wir werden die Umsetzung von Maßnahmen aus vorhandenen kommunalen Aktionsplänen fördern.

Wir wollen die Ambulantisierung und Dezentralisierung im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen voranbringen: Wir unterstützen gemeindeintegrierte kleinere Wohnangebote für Menschen mit und ohne Behinderung.

Wir respektieren das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen und ihrer Angehörigen. Eventuell bestehende Ängste und Verunsicherungen Beteiligter nehmen wir sehr ernst. Oberstes Prinzip ist die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Unterstützung und Betreuung. Wir wollen die Kompetenz von spezialisierten Einrichtungen für die aufsuchende und ambulante Unterstützung und Assistenz für alle Menschen, die darauf angewiesen sind, sichern.

Wir werden uns aktiv beteiligen an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Reform der Eingliederungshilfe auf Bundesebene.

Wir wollen die Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen an ihren individuellen Bedürfnissen orientieren, das heißt die personenorientierte, partizipative Einzelfall- und Globalsteuerung durch das Land und die Kommunen.

Wir werden die Sonderprogramme zur Eingliederung von behinderten Menschen auf dem regulären Arbeitsmarkt fortsetzen. Wir wollen die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen stärken. Der Ausbau der Integrationsfirmen wird finanziell gesichert. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine nachhaltige Finanzierung von Integrationsbetrieben durch die Bundesagentur für Arbeit ein. Menschen mit Behinderungen müssen so behandelt werden wie Menschen mit anderen sog. Vermittlungshemmnissen.

Wir wollen die Weiterentwicklung persönlicher, trägerübergreifender Budgets forcieren. Eine besondere Rolle spielt dabei das „Budget für Arbeit“.

Wir wollen notwendige spezialisierte Beratungsangebote und Kompetenzen bündeln und an bestehende Beratungsstrukturen anbinden, damit sie allen Betroffenen und den beteiligten Stellen überall im Land zu Gute kommen können.

Wir wollen die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ermöglichen durch:

- Stärkung der Zusammenarbeit aller Berufsgruppen, die an der Betreuung, Förderung und Behandlung von Kindern mit Behinderungen beteiligt sein müssen. Dabei muss auch die Selbsthilfe mit einbezogen werden.
- Sicherstellung der Versorgungsqualität auf dem bisherigen Niveau auch für Kinder mit hohen Unterstützungsbedarfen.
- Intensivierung des gesellschaftlichen Diskurses über das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen in unserer Gesellschaft und die Inklusion von Kindern mit Behinderungen.
- Mehr Hilfen für Eltern (vor und nach der Geburt), Verknüpfung der frühen Hilfen mit der Frühförderung, Maßnahmen zum Erhalt von Kindergesundheit.
- Verbesserung der ambulanten Kinderkrankenpflege durch die Stärkung der vorhandenen Kompetenzzentren und Verknüpfung mit ambulanten und stationären Angeboten für Kinder mit lebensverkürzenden Erkrankungen.
- Berücksichtigung der Inklusion in der Jugendhilfe.
- Stärkung der Elternarbeit/Elternselbsthilfe.

Wir werden die Verbindung und Finanzierung von Frühförderung und Sozialpädiatrischen Zentren fortsetzen.

Wir werden die zukünftige Ausgestaltung der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe nach Auswertung der Modellprojekte klären.

Wir wollen, dass Unterstützungsmaßnahmen transparent sind und für alle Kinder gleichermaßen gelten, egal ob es sich um Kinder mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten handelt oder nicht. Deshalb werden wir den bundesweiten Prozess mit dem Ziel, die Zuständigkeit für die Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zusammenzuführen und in der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern politisch in geeigneter Weise stärken, zum Beispiel durch Bundesratsinitiativen, Tagungen, Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Kommunen.

Wir werden spezielle Angebote für ältere behinderte Menschen entwickeln.

Wir werden auch unsere Unterstützungs- und Beratungsangebote für Eltern, die ein Kind mit Behinderungen erwarten, stärken. Wir werden auch spezielle Angebote für ältere Menschen mit Behinderungen entwickeln.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Einrichtung von weiteren kommunalen Behindertenbeauftragten und kommunalen Behindertenbeiräten.

8. Gute Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist ein hohes Gut. Sozialer Status, Herkunft, Alter, Geschlecht oder sexuelle Identität dürfen nicht über die Gesundheit und den Zugang zu gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung entscheiden. Alle Menschen in Rheinland-Pfalz sollen gleichermaßen Zugang zum Gesundheitssystem und zu qualitativ hochwertigen Leistungen haben und am medizinisch-technischen Fortschritt teilhaben. Dafür setzen wir uns ein.

Gute, solidarische und patientenorientierte Versorgung im ganzen Land

In unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientin und der Patient im Vordergrund. Auch wenn wesentliche Rahmenbedingungen für Gesundheitspolitik auf Bundesebene gesetzt werden, nehmen wir unsere Verantwortung für eine bedarfsgerechte, patientenorientierte, wohnortnahe, hochwertige, ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger wahr. Dabei setzen wir auch in der Gesundheitspolitik auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir werden die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten verantwortungsvoll nutzen und uns auf Bundesebene für den Ausbau der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der Gesundheitspolitik einsetzen.

Gesundheit muss für alle bezahlbar sein. Wir treten auf Bundesebene für den Erhalt der solidarischen Krankenversicherung ein, mit einer Finanzierung, die alle Einkommensarten einbezieht, die sich an der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit der Einzelnen orientiert und bei der Arbeitnehmer und Arbeitgeber den gleichen Anteil tragen. Wir wollen die gesetzliche Krankenversicherung weiterentwickeln zu einer Bürgerversicherung. Mit ihr wird sichergestellt, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Wir werden Gesundheitsförderung und Prävention als eigenständige Säule des Gesundheitswesens stärken. Dazu gehört die gesundheitsfördernde Gestaltung der Arbeitswelt, ebenso wie die Förderung individueller gesundheitsfördernder Lebensführung, mit Bewegung, gesunder Ernährung und Vermeidung von gesundheitlichen Risiken. Wir setzen uns ein für ein Bundespräventionsgesetz. Für das Land werden wir Zielvorgaben für den Bereich Prävention und Gesundheitsförderung formulieren und gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Umsetzungswege entwickeln. Wir werden die vor Ort bestehenden Strukturen stärken und in Richtung einer dauerhaften regionalen themenübergreifenden Zusammenarbeit weiterentwickeln (zum Beispiel Netzwerke Kindeswohl).

Die Koalitionspartner vereinbaren eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Arbeitsstättenverordnung mit dem Ziel, den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gastronomie dem in anderen Gewerben gleichzustellen und deswegen die Ausnahmeregelung beim Nichtraucherschutz für Beschäftigte der Gastronomie zu streichen.

Wir setzen uns für die Prävention von Suchtkrankheiten wie Alkohol- und Spielsucht und einen konsequenten Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern ein.

Wir werden regelmäßig die Zahl der HIV-Neuinfektionen erheben. Sofern daraus Bedarfe für eine Stärkung in der HIV-Präventionsarbeit abzuleiten sind, werden wir entsprechende Maßnahmen einleiten.

Uns ist das Engagement und die Partizipation aller Beteiligten und die Entwicklung und Stärkung regionaler, dauerhafter Strukturen der Gesundheitsförderung ein wichtiges Anliegen. Deshalb werden wir die Selbsthilfe-Kontaktstellen sichern und den Ausbau eines

funktionierenden Netzes in der Selbsthilfe fördern. Zur Stärkung der landes- und zielgruppenspezifischen Angebote wird die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung weiterentwickelt.

Wir wollen die Rechte der Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen stärken. Es ist unser gemeinsamer Wunsch, die unabhängige Beratung von Betroffenen im Gesundheitswesen zu stärken. Dabei sollen die bestehenden Kompetenzen und Angebote zum Beispiel in Krankenhäusern, in Pflegestützpunkten und im Verbraucherschutz miteinander verbunden werden. Im Rahmen der Beteiligung am Nationalen Impfplan wirken wir darauf hin, dass eine interessenunabhängige Forschung und Beratung im Nationalen Impfplan Berücksichtigung findet.

Wir streben eine Novelle des Maßregelvollzugsgesetzes an, das aus dem Jahr 1986 stammt, um die Patientenrechte auch im Maßregelvollzug zu stärken. Dabei werden wir gleichzeitig die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung wahren.

Wir setzen uns ein für die Sicherstellung der bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung von Menschen mit besonderen Bedarfen, zum Beispiel Wohnsitzlose, Menschen mit Behinderungen, vor allem mit kognitiven und schweren mehrfachen Behinderungen, Migrantinnen und Migranten, auch mit ungesichertem Aufenthaltsstatus.

Patientenorientierung ist auch Basis und Antrieb für unsere Initiative Gesundheitswirtschaft Rheinland-Pfalz, mit der wir Beschäftigung, moderne gesundheitliche Versorgung und Innovationen voranbringen wollen.

Die umfassende medizinische Versorgung muss auch in Zukunft flächendeckend und wohnortnah sichergestellt werden. Im stationären Bereich ist der Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum ein Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik. In der ambulanten Versorgung geht es darum, gemeinsam mit den Ärztinnen und Ärzten, den Kommunen und allen anderen Verantwortlichen die (haus)ärztliche Versorgung auch in den ländlichen Regionen zu sichern. Mit der kassenärztlichen Vereinigung, die den gesetzlichen Auftrag hat, wollen wir Maßnahmen für eine gute ambulante Versorgung verbindlich vereinbaren.

Der Einsatz von Notärztinnen und Notärzten ist ein nicht wegzudenkender und zugleich wesentlicher Bestandteil des rheinland-pfälzischen Rettungsdienstes. Die demographische Entwicklung der Bevölkerung, aber auch die Personalknappheit bei Ärztinnen und Ärzten mit entsprechender notfallmedizinischer Zusatzausbildung, führt vermehrt zu Problemen in der flächendeckenden Notarztversorgung, insbesondere in den ländlichen Bereichen unseres Landes.

Die Landesregierung sieht es als dringend erforderlich an, den aus den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammenden Aufbau des rheinland-pfälzischen Notarztwesens sowie seine Struktur wissenschaftlich untersuchen zu lassen und an die neuen Herausforderungen anzupassen.

Mit dem Landeskrankenhausplan schaffen wir für die Zukunft die Voraussetzung für unsere wohnortnahen, leistungsfähigen Krankenhäuser und damit für eine bedarfsgerechte stationäre medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau. Wir sichern die notwendigen Hygienestandards in den medizinischen Einrichtungen. Wir unterstützen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser durch Verbünde und modellhafte interdisziplinäre Versorgungsstrukturen. Wir sichern den bedarfsgerechten Ausbau der stationären palliativmedizinischen Versorgung und verknüpfen sie mit der ambulanten Hospizarbeit. Wir unterstützen flächen-

deckende Vertragsabschlüsse zur ambulanten Palliativversorgung zwischen Kassen und Leistungsanbietern.

Mit der Umsetzung des Geriatriekonzeptes stellen wir die Versorgung älterer Patientinnen und Patienten sicher, ermöglichen weitestgehende Selbstbestimmung und entwickeln die ambulanten, stationären, akutgeriatrischen und rehabilitativen Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht weiter.

Gleichzeitig werden wir daran arbeiten, dass die immer noch zu starren Grenzen zwischen Krankenhäusern auf der einen Seite und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten auf der anderen Seite durchlässiger werden. Zur Optimierung der Versorgung streben wir die Weiterentwicklung der integrierten Versorgung und qualitätssteigernder und kostensenkender Versorgungsformen wie zum Beispiel medizinische beziehungsweise regionale Versorgungszentren an. Die Tendenz zur Privatisierung im Krankenhauswesen lehnen wir ab.

Die Möglichkeiten für eine stärkere sektorübergreifende Planung und Zusammenarbeit, zum Beispiel in Versorgungsketten sowie der Aufbau einer eigenständigen Versorgungsforschung zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und der Gestaltungsmöglichkeiten des Landes, sollen geprüft werden. Bei der Erstellung des nächsten Landeskrankenhausplans werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die sektorübergreifende Versorgung legen.

Eine gute hausärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes kann nur mit qualifizierten und motivierten Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften, Praxispersonal und allen anderen beteiligten Gesundheitsberufen gesichert werden. Hausärztinnen und Hausärzte haben durch ihre Nähe zu den Menschen und ihrem Lebensraum eine hervorgehobene Stellung in der ganzheitlichen Vorsorge und Versorgung. Zur Optimierung des Zusammenwirkens in den Praxen, Ärztehäusern, Medizinischen Versorgungszentren und Krankenhäusern brauchen wir neue Formen der Arbeitsteilung zwischen den Gesundheitsberufen. Wir wollen erproben, wie bestimmte Aufgaben von den Ärztinnen und Ärzten zum Beispiel auf qualifiziertes Pflege- und Praxispersonal übertragen werden können und wir wollen das sog. Gemeindegewest-Modell für Rheinland-Pfalz prüfen. Die Zusammenarbeit der im Gesundheitswesen akademisch und nicht akademisch Tätigen soll schon von der Ausbildung an gestärkt werden.

Zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachärztinnen und Fachärzte in allen Regionen werden wir den 2007 gemeinsam mit den Verantwortlichen der Gesundheitsversorgung entwickelten „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung“ umsetzen und durch die Implementierung von Zielvorgaben fortentwickeln. Wir werden den Masterplan mit Blick auf Zielerreichung und Verbindlichkeit regelmäßig überprüfen. Einen besonderen Blick wollen wir dabei auf die Stärkung der Motivation von Studierenden legen. Wir wollen speziell für ländliche Regionen – entsprechend der regionalen Bedarfe – die Nachwuchsförderung verstärken und Anreizsysteme entwickeln. Das neue „Programm zur Förderung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen“ wird konsequent umgesetzt und nach zwei Jahren auf seine Zielgenauigkeit hin überprüft. Moderne Konzepte zur Sicherung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung werden wir mit den Entwicklungsstrategien für die ländlichen Räume und unserer Politik für ein gutes Leben im Alter verbinden.

Auch auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessert werden, um eine an den Bedarfen der Patientinnen und Patienten orientierte Versorgung sicher stellen zu können.

Wir werden die Umsetzung der neuen Bereitschaftsdienstordnung zur Sicherstellung der Notdienste in den Regionen (Bereitschaftsdienstzentralen) durch die Kassenärztliche Vereinigung aktiv begleiten und dabei besonders darauf achten, dass die KV die betroffenen Kommunen vor Ort frühzeitig und aktiv einbezieht.

Wir wollen die Möglichkeiten der Telemedizin in den Praxen und Krankenhäusern unseres Landes nutzen. Dabei legen wir allergrößten Wert auf einen umfassenden Datenschutz.

Wir stehen für die gleichwertige Versorgung psychisch kranker Menschen mit anderen Erkrankten. Deshalb werden wir die Psychiatriereform konsequent fortsetzen und die gemeindenahere psychiatrische Versorgung ausbauen. Die generationenspezifische und wohnortnahe Versorgung in den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendpsychotherapie sowie Gerontopsychiatrie wird bedarfsdeckend sichergestellt. Dafür werden wir auch die Vernetzung aller Hilfesysteme, zum Beispiel Jugend- und Kinderpsychiatrie mit der Kinder- und Jugendhilfe, verbessern und den ambulanten Bereich stärken. Die Gerontopsychiatrie als Teil der allgemeinen Psychiatrie soll gestärkt und mit anderen Hilfe- und Unterstützungsangeboten, wie Altenhilfe und Angeboten im Bereich Demenz, vernetzt werden.

Die zunehmende Belastung in Ausbildung und Arbeitswelt führt auch zu einer Zunahme von psychischen und somatischen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir setzen uns neben der Stärkung der seelischen Gesundheit und der betrieblichen Gesundheitsförderung auch dafür ein, dass ein ausreichend hohes Angebot an qualifizierten psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten bereitgestellt werden kann. Wir wollen die Gesundheitsförderung am Arbeits- und Ausbildungsplatz stärken und Tabus bezüglich seelischer Erkrankungen und Suchtkrankheiten abbauen. Das Land als Arbeitgeber soll in diesen Bereichen für die Betriebe in Rheinland-Pfalz eine Vorbildfunktion entwickeln.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um über das Thema der lebensrettenden Organspende aufzuklären und für die Bereitschaft zu einer Organspende zu werben.

Wir streben zudem eine Verbesserung der länder- und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der gesundheitlichen Versorgung an.

Pflege zu Hause stärken

Die meisten Menschen haben den Wunsch, daheim alt zu werden und so lange wie möglich selbstbestimmt leben zu können. Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf und die sie betreuenden Angehörigen und Fachkräfte stehen im Zentrum unserer Pflegepolitik. Pflege im Alter oder nach Krankheit wird von der Familie und/oder von ambulanten und stationären Einrichtungen geleistet, wobei für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gilt. Wir wollen besonders dafür sorgen, dass die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige ausgebaut werden. Familiäre und professionelle Betreuungsangebote sind uns gleichermaßen wichtig. Die Berücksichtigung kultureller und religiöser sowie geschlechterspezifischer Aspekte gehört für uns dabei ebenso zu einer menschenwürdigen Pflege, wie weitest mögliche Selbstbestimmung. Durch eine verbesserte Gesundheitsprävention wollen wir Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich vermeiden helfen.

Auch in der Pflege setzen wir uns ein für eine solidarische Finanzierung, die allen Menschen, die Unterstützung brauchen, Hilfe und Pflege auf qualitativ hohem Niveau sichert. Um die notwendige Finanzierung der Pflege zu sichern, setzen wir uns im Bund für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung ein.

Dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ folgend, werden wir innovative Angebote in der Pflege unterstützen. Dazu werden wir die Modelle zur Einführung der kommunalen Pflegestrukturplanung auswerten und daraus gemeinsam mit den Kommunen neue landesweit geltende Regeln ableiten. Ein Ziel ist der Abbau von Fehlanreizen in der Finanzierung.

Wir setzen uns für kleinräumige Strukturen und gemeindenahere Angebote ein, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Wir werden auf der Grundlage unseres Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPflegeASG) den Aufbau einer kommunalen Pflegestrukturplanung, als Teil einer integrierten Sozialplanung, in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes fördern und die Infrastruktur für selbstbestimmtes Wohnen älterer Menschen mit Pflegebedarf stärken. Wir unterstützen die Kommunen dabei, zu kleineren sozialräumlichen integrierten Angeboten zu kommen.

Damit pflegebedürftige Menschen dort leben und versorgt werden können, wo sie wohnen, gibt es in Rheinland-Pfalz ein gut ausgebautes System von Pflege- und Betreuungsangeboten. Wir wollen aber auch hier noch besser werden. Die Landesregierung steht auch in Zukunft zur verlässlichen Mitfinanzierung der 135 Pflegestützpunkte. Sie werden inhaltlich weiterentwickelt zu Kompetenzzentren für ein gutes Leben im Alter.

Wir stellen uns auch in der Zukunft der Herausforderung einer Transparenz in der Pflege, um die Qualität in der Pflege auf hohem Niveau zu halten. Die Initiative des Landes „Menschen pflegen“ und die „Demenzkampagne Rheinland-Pfalz“ werden wir fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir wollen die ambulante Pflege stärken und treten dafür ein, dass auch Menschen mit Demenz in die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung einbezogen werden und so bessere Leistungen erhalten.

Wir werden Initiativen auf der Bundesebene starten, damit der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich umgesetzt wird mit entsprechenden Folgen für Leistungsrecht und Begutachtungspraxis.

Wir wollen die häusliche Pflege stärken. Dazu gehören für uns vor allem noch mehr Unterstützung von pflegenden Angehörigen, der Ausbau der persönlichen Budgets und Assistenz und die Stärkung der aufsuchenden Betreuungs- und Begleitdienste. Der Hilfe-Mix aus beruflich in der Pflege oder Unterstützung Tätigen, pflegenden Angehörigen und bürgerschaftlich engagierten Menschen ist dabei von besonderer Bedeutung.

Wir werden uns auf Bundesebene für die regelhafte Einführung eines trägerübergreifenden persönlichen Budgets, auch für ältere Menschen, einsetzen.

Wir werden die niedrigschwelligen Betreuungsangebote, die Selbsthilfe und Angehörigenarbeit sowie die ehrenamtlichen Besuchs- und Begleitdienste stärken.

Um ein möglichst langes Wohnen zu Hause auch bei Pflegebedarf zu ermöglichen, wollen wir die Angebote für neue Formen von Wohnen und Zusammenleben, persönliche Assistenz und familienentlastende Hilfen fortführen. Wir werden diese Aktivitäten verbinden mit dem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit in Rheinland-Pfalz, unserer Politik für ein gutes Leben im Alter und unseren Initiativen zur Stärkung des generationenübergreifenden Wohnen.

Nicht in jedem Fall wird jedoch ein Verbleib in der gewohnten Umgebung möglich sein. Das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe unterstützt und fördert das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen, pflegebedürftiger Erwachsener und von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben. Das Gesetz stärkt auch die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher, die bei der Auswahl des Wohnangebotes unterstützt und über ihre Rechte und Möglichkeiten beraten werden. Wir werden die Wirkungen des Gesetzes überprüfen und weiterentwickeln. Für Menschen mit hohem Pflegebedarf werden wir neue Wohn-, Pflege- und Unterstützungsformen ausbauen und die bestehenden stationären Einrichtungen dabei unterstützen, dass sie zu kleinen sozialräumlich integrierten Einheiten weiterentwickelt werden können.

Fachkräfte im Gesundheitswesen

Damit die Versorgung der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Zukunft gesichert ist, werden wir die Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Studienmöglichkeiten bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Deshalb werden wir das laufende Branchenmonitoring für alle Gesundheitsberufe auswerten und die Aus- und Weiterbildungsangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau der Teilakademisierung in den Gesundheitsberufen und die Stärkung der Umlagefinanzierung in der Pflege. Die Mitwirkung an der Umsetzung einer gemeinsamen Ausbildung in der Pflege und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen haben für uns hohe Priorität. Dabei ist uns die Unterstützung von Pflegekräften mit nichtdeutscher Muttersprache ein Anliegen, denn das persönliche Gespräch ist wichtiger Bestandteil der Pflege. Zudem prüfen wir die Möglichkeiten für ein Landesprogramm „Umschulung und Nachqualifizierung in der Pflege“.

Wir wollen die Akzeptanz und die gesellschaftliche Anerkennung der pflegerischen Tätigkeit stärken. Deswegen werden wir Modelle zur Stärkung der Eigenverantwortung und neue Modelle der Aufgabenteilung und Zusammenarbeit in den Gesundheitsberufen unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Tätigkeit von Hebammen durch gute Rahmenbedingungen und ausreichende Vergütung gesichert ist, die Einkommen, Kosten und rechtliche Absicherung deckt.

Wir setzen uns auch in den Pflegeberufen für Gute Arbeit ein: Für faire Löhne, gute Weiterentwicklungsmöglichkeiten und qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen. Wir werden die Zusammenarbeit mit Institutionen der Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe zur Verbreitung neuer Behandlungsmethoden und den Transfer von Know-How auch zur adäquaten und patientenorientierten Nutzung neuer Technologien stärken.

Drogenpolitik

Wir setzen in der rheinland-pfälzischen Drogenpolitik vor allem auf Prävention, Vermeidung der Kriminalisierung von Konsumenten sowie Teilhabe und Hilfe für Suchtkranke. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Genuss- und Suchtmitteln setzt eine ganzheitliche und objektive Aufklärung über deren Wirkung und Risiken voraus. Wir werden die Prävention in der Suchthilfe sicherstellen. Dabei werden wir alle Formen von Suchtgefährdungen im Blick behalten, wie Spiel- oder Alkoholsucht. Ambulante Strukturen sollen erhalten bleiben. Im

Angebot stationärer Therapieangebote soll stärker getrennt werden zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Wir werden die Drogensatztherapie in der Fläche sicherstellen. Wenn aus der Drogenhilfe konkrete Bedarfe für Konsumräume angemeldet werden, werden wir auf die Kommunen zugehen, um mit ihnen gemeinsam Lösungswege zu entwickeln. Wie werden die Modellversuche zu Präventions- und Behandlungsstrategien im Strafvollzug auswerten und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

9. Zukunftsfähige Infrastruktur

Die Landesregierung wird eine Infrastrukturpolitik verfolgen, die eine nachhaltige Mobilität sichert und den öffentlichen Verkehr stärkt. Wir wollen den aktiven Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern ausbauen. Dörfer und kleine Städte wollen wir auch in Zukunft als attraktive Wohn-, Arbeits- und Lebensstandorte erhalten.

Nachhaltige Mobilität

Wir wollen ein Verkehrssystem, das die Mobilität aller Menschen flächendeckend, umweltverträglich, sozialverträglich und barrierefrei gewährleistet. Für uns ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein wesentlicher Bestandteil eines solchen nachhaltigen Verkehrssystems. Der Erhalt und die Erweiterung des Angebotes, insbesondere im schienengebundenen Regionalverkehr durch den Rheinland-Pfalz-Takt 2015 (RPT 2015), sowie die Stärkung der Wasserstraßen stehen daher im Zentrum unserer Politik. Die Mobilitätsbedürfnisse, insbesondere in den ländlichen Räumen, werden sich in den kommenden Jahren – auch wegen des demographischen Wandels – verändern. Unser Ziel ist es, den ÖPNV sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche zu erhalten und den Menschen ergänzend durch alternative Bedienangebote eine bequeme, umweltverträgliche und kostengünstige Fortbewegung zu sichern. Wesentliche Grundvoraussetzung auch für einen leistungsfähigen ÖPNV ist der Erhalt des vorhandenen Straßennetzes. Unser Ziel ist es, die verschiedenen Verkehrssysteme intelligent zu kombinieren und zu verknüpfen.

Stärkung des straßengebundenen Öffentlichen Verkehrs

In Folge der Änderung des europäischen Rechtsrahmens und der anstehenden Änderung des Personenbeförderungsgesetzes werden wir die landesrechtlichen Rahmenbedingungen fortentwickeln. In diesem Zusammenhang wollen wir die kommunalen Aufgabenträger unter anderem durch verbindliche Nahverkehrspläne stärken. Auch die rheinland-pfälzischen Verbundorganisationen werden an die Vorschriften der EU-Verordnung 1370/07 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Strasse angepasst.

Rheinland-Pfalz-Takt 2015 – Erfolgsmodell für Rheinland-Pfalz stärken

Mit dem Zukunftsprojekt Rheinland-Pfalz-Takt 2015 werden wir den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) fortsetzen. Zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Vergabe der Betriebsleistungen im Rahmen transparenter, diskriminierungsfrei ausgestalteter wettbewerblicher Verfahren. Ziel ist es, die Angebote der zur Vergabe anstehenden Netze weiter zu verbessern und deren Qualität zu erhöhen.

Wir werden die wettbewerblichen Ausschreibungen im Rheinland-Pfalz-Takt 2015 weiter dazu nutzen, Effizienzgewinne zu erzielen und diese im Sinne einer Verbesserung und Ausweitung der Verkehrsangebote und einer Attraktivitätssteigerung zu nutzen. Dabei steht für uns ein fairer und sozial ausgewogener Wettbewerb unter Berücksichtigung der Tariftreue im Vordergrund. Bei der Vergabe grenzüberschreitender Strecken werden wir auf Tariftreue-regelungen bestehen. Generell werden wir uns in diesem Bereich für eine weitere Harmonisierung mit den Nachbarstaaten einsetzen.

Die Reaktivierung von Schienenstrecken ist ein wichtiger Bestandteil des Zukunftskonzeptes Rheinland-Pfalz-Takt 2015. Bei der Reaktivierung der Hunsrückbahn von Langenlonsheim zum Flughafen Hahn werden wir die Verbesserung der regionalen Erschließungsfunktion prüfen. Die derzeitige Umsetzung wird fortgesetzt. Die Strecke Homburg/Saar - Zweibrücken wollen wir gemeinsam mit dem Saarland ertüchtigen und in das Netz der S-Bahn Rhein-Neckar einbeziehen. Um die Option zur Reaktivierung von Strecken auch in Zukunft zu erhalten, gilt der Grundsatz: „Trassensicherung vor Entwidmung“.

Wir werden mit einer Reihe von Maßnahmen die Serviceorientierung und Attraktivität des ÖPNV weiter erhöhen. Dazu gehören für uns unter anderem weitere Anstrengungen im Bereich der Bahnhofsanierungen, eine weitere Stärkung der Fahrgastrechte, eine möglichst durchgängige Barrierefreiheit und der erhöhte Einsatz von Zugbegleitern. Wir verfolgen das Ziel einer Mobilitätsgarantie. Mit der Fortsetzung der Echtzeitinitiative und zusätzlichen Bemühungen zur Anschlusssicherung entwickeln wir den ÖPNV qualitativ weiter.

Wir setzen uns für ein verlässliches Angebot im Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) in Rheinland-Pfalz ein. Zudem wollen wir auf Bundesebene mit einer Initiative für ein Fernverkehrs-Sicherstellungs-Gesetz den Bund verpflichten, auf der Grundlage seiner grundgesetzlichen Allgemeinwohlverpflichtung mindestens ein Grundangebot im SPFV zu garantieren. Die Zielsetzung des „Deutschland-Taktes“ soll umgesetzt werden. Auf Bundesebene werden wir weiterhin Initiativen zur Sicherstellung der Qualität der Eisenbahninfrastruktur und des Angebotes im Fernverkehr unterstützen.

Um die Weiterentwicklung und den Ausbau der Angebote im SPNV abzusichern, werden wir beim Bund, auch mit Blick auf die zu erwartenden Kostensteigerungen bei der Infrastruktur und der Energie, auf eine angemessene Mittelausstattung drängen. Hierzu gehören die Rücknahme der Kürzungen der Regionalisierungsmittel sowie deren Dynamisierung über das Jahr 2013 hinaus. Ebenso muss die Neugestaltung der Stations- und Trassenpreise aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz finanzierungsneutral verlaufen.

Eine Privatisierung der Deutsche Bahn AG lehnen wir ebenso entschieden ab wie die so genannte Bahndividende, die das Unternehmen in seiner Zukunftsfähigkeit gefährdet. Diese Mittel müssen vielmehr zielgerichtet für Investitionen der Bahn eingesetzt werden. Wir setzen uns im Dialog mit dem Bund und den Ländern für eine Umsatzsteuerfreiheit der ÖPNV-Leistungen ein.

Mobil im ganzen Land – Nahverkehr in den ländlichen Räumen

In den ländlichen Räumen und Stadtrandgebieten werden wir auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung flexible Instrumente, wie beispielsweise Anrufsammeltaxen, Rufbusse, Jugendtaxen oder Bürgerbusse auf- bzw. ausbauen. Durch eine intelligente Vernetzung mit den herkömmlichen ÖPNV-Angeboten werden Doppelstrukturen vermieden.

Ländliche Räume, Dorf- und Stadtentwicklung

Die ländlichen Räume sind bereits heute von einem starken strukturellen Wandel erfasst. Hierzu zählen nicht nur der demografische Wandel, sondern auch sich verändernde Familien- und Versorgungsstrukturen, oft einhergehend mit weniger Arbeitsplätzen am Wohnort. Wir wollen auch in der Zukunft unsere Dörfer und kleinen Städte als attraktive

Wohn-, Arbeits- und Lebensstandorte erhalten. Wir sind den Zielen einer ganzheitlichen und nachhaltigen Förderung des ländlichen Raums verpflichtet.

Wir werden deshalb im Rahmen bestehender Programme eine Landesinitiative „Dorf- und Stadtbau vor den Hintergrund des demographischen Wandels“ mit einer zeitgemäßen und nachhaltigen Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente und einer zielgenauen Schwerpunktsetzung starten. Mit der geplanten Neujustierung der Instrumente werden wir die Wiedernutzung von altem Gebäudebestand und von Brachflächen in Dörfern und in Klein- und Mittelstädten auf breiter Front anstoßen und das Flächenrecycling über ein strukturiertes Flächenmonitoring in breitem Umfang vorantreiben. Zentrale Planungsprämisse ist weiterhin eine konsequente Innen- vor Außenentwicklung, damit dauerhaft der Nettoflächenverbrauch auf niedrigstem Niveau von unter einem Hektar gehalten werden kann.

Im Bereich des Denkmalschutzes wirkt die Landesregierung darauf hin, die Belange des Denkmalschutzes mit der Förderung von erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Solarthermie) konzeptionell in Einklang zu bringen.

Die bisherigen Aktivitäten im Bereich der Daseinsvorsorge werden verstärkt fortgesetzt. Die Verwendung ökologischer Baustoffe, regionaler Produkte, die Fragen der Ressourcenschonung, der Gedanke des Mehrgenerationenwohnens und der Barrierefreiheit oder etwa einer aufsuchenden Verwaltung sind hierbei zu berücksichtigen. Das bestehende Projekt des Landes „Bürgerbusse RLP“ werden wir durch die Initiative „Mobil im ländlichen Raum“ weiterentwickeln.

Die integrierte ländliche Entwicklung ist ein wichtiger Ansatz, um die Eigenpotentiale der Regionen zu heben und so Wertschöpfung und Lebensqualität dauerhaft zu verbessern. Rheinland-Pfalz setzt den Ansatz des EU-Förderprogramms LEADER heute schon ambitioniert um, dies werden wir weiter ausbauen. Wir werden das gesamte Potential, das die ELER-Verordnung (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) bietet, ausschöpfen und uns für eine Entbürokratisierung bei der Umsetzung und Verwaltung von EU-Programmen (zum Beispiel LEADER) einsetzen. Modellvorhaben zum nachhaltigen Einsatz regenerativer Energien in der Landwirtschaft, dem Angebot von touristischen Maßnahmen sowie den Möglichkeiten einer Direktvermarktung sind zu fördern.

Mit Blick auf die städtischen Bereiche wollen wir uns bei der Städtebauförderung gegen die bereits erfolgte, ganz erhebliche Kürzung der Fördermittel durch den Bund wenden. Insbesondere mit Blick auf die Teilprogramme „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadt“ werden wir uns mittels Bundesratsinitiativen für eine Wiederaufstockung der Förderprogramme und für ein Programm „Grüne Stadt“ einsetzen.

Kommunen werden im Zusammenspiel von Regionalplanung und Flächennutzungsplan zur Erstellung einer ökologischen und solaren Bauleitplanung angeregt. Entsprechend wird die Landesbauordnung überprüft und angepasst.

Mehr Güter auf Schiene und Schiff verlagern

Zur Schonung der Umwelt und zur Entlastung der Straßen streben wir eine weitere Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser an. Mit Blick auf die Schiene steht weiterhin die Frage der Lärmvermeidung – gerade des Schienenlärms im Mittelrheintal und an der Mosel – an vorderster Stelle. Mit dem Bund und unseren Partnerländern werden wir

die Wasserstraßen modernisieren, etwa durch den bedarfsgerechten Ausbau der Moselschleusen. Bei entsprechenden Baumaßnahmen zur Modernisierung der Wasserstraßen werden wir gemeinsam mit dem Bund darauf hinwirken, die Schadstoffbelastungen in den Bundeswasserstraßen zu reduzieren. Die Koalitionspartner betonen die Notwendigkeit, die Einhaltung schiffsbezogener Emissionsgrenzwerte wasserpolizeilich zu überwachen.

Wir setzen uns für die Sicherung der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen als Aufgabe der Öffentlichen Hand ein. Daher wenden wir uns entschieden gegen Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, die Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu privatisieren. Für uns ist klar: das Personal einer modernen Wasser- und Schifffahrtsverwaltung muss schwerpunktmäßig dort vertreten sein, wo die stark frequentierten Wasserstraßen verlaufen. Die Lahn muss als eine Bundeswasserstraße mit dem Schwerpunkt touristische Verkehre erhalten bleiben.

Der „Masterplan Logistik“ des Landes wird im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik fortgeschrieben.

Im vereinigten Europa macht der Verkehr nicht an der Grenze halt. Die Landesregierung wird sich deshalb für weitere Harmonisierungsschritte und Angebotsverbesserungen im Schienenverkehr mit den Nachbarstaaten Frankreich und Luxemburg einsetzen. Hierzu gehört auch die uneingeschränkte Interoperabilität der Schienenfahrzeuge.

Aktiver und passiver Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern

Ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik ist der aktive und passive Lärmschutz bei allen Verkehrsträgern. Lärm macht krank, dies belegt die Lärmwirkungsforschung. Die Verminderung der Lärmbelastung ist eine Frage der Lebensqualität. Die Anstrengungen im Bereich des Lärmschutzes werden wir daher bei allen Verkehrsträgern intensivieren.

So werden die Mittel für den Lärmschutz an Straßen weiter gestärkt. Die strengeren Lärmvorsorgewerte für Bundesstraßen werden für die Landesstraßen übernommen. Lärmreduzierende Beläge und Verfahren werden wir bei Straßensanierungen weiter bevorzugt einsetzen. Wir wollen die Möglichkeiten der Kommunen stärken, innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzungen anzuordnen. Der Bund soll zudem aufgefordert werden, endlich ein Konzept gegen LKW-Maut-Ausweichstrecken, wie zum Beispiel die B9 in Speyer, gerade im Hinblick auf die Lärmbelastung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner vorzulegen und umzusetzen.

Die Koalitionspartner fordern den Bund auf, alle notwendigen Schritte für die Umsetzung einer alternativen Güterverkehrsstreckenführung zur Entlastung des Mittelrheintals zu ergreifen. Das gemeinsame 10-Punkte-Programm mit Hessen bleibt dabei Grundlage unserer Politik. Darüber hinaus werden wir weitere innovative Konzepte zur Reduzierung des Bahnlärms prüfen. Im Bereich des Schienenverkehrs fordern wir die Umrüstung der Bestandsgüterwagen auf lärmarme Verbundstoffbremsen, die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise mit dem Ziel, zu einem generellen Verbot von altem und lautem Zugmaterial bei Güterzügen zu kommen. Wir setzen uns für die Streichung des Schienenbonus in der Nacht und für eine Absenkung der Lärmsanierungsgrenzwerte an Schienenwegen ein.

Die Koalitionspartner sind sich einig, Feldversuche von Gigalinern in Rheinland-Pfalz nicht zuzulassen.

Zudem werden wir auf Bundesebene Initiativen verfolgen, die dem Lärmschutz und den Belangen der Bürgerinnen und Bürger bei der Festlegung von Flugrouten mehr Bedeutung einräumen.

Die Koalitionspartner werden gegenüber allen Verantwortlichen auf Bundesebene, gegenüber dem Land Hessen, der Deutschen Flugsicherung und dem Bundesamt für Flugsicherung dafür eintreten, dass alle technischen Möglichkeiten der Lärmentlastung, insbesondere lärmindernde An- und Abflugverfahren am Flughafen Frankfurt/Main, schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Koalitionspartner werden kommunale Bestrebungen unterstützen, ein Fluglärm-Monitoring bezüglich der Flugbewegungen am Flughafen Frankfurt/Main durchzuführen.

Landesstraßenbau: Erhalt vor Neubau

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, die Zielsetzung, verstärkt in den Unterhalt von Landesstraßen und Brücken statt in den Neubau zu investieren, fortzusetzen und zu intensivieren.

Dabei steht für uns im Vordergrund, dass die regionale mittelständische Bauwirtschaft vorrangig profitiert. Die Mittel des Entflechtungsgesetzes wollen wir auch über 2013 hinaus für verkehrliche Zwecke im Bereich des kommunalen Straßenbaus und der Förderung des ÖPNV nutzen. Hierbei wollen wir die Mittel für den ÖPNV verdoppeln.

Die Stellungnahmen zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans und des Investitionsrahmenplans des Bundes sowie die Anmeldung von zusätzlichen Projekten für Neubaumaßnahmen beim Bund erfolgen im Einvernehmen der Koalitionspartner.

Alle Straßenbaumaßnahmen, die sich im Bau befinden, werden planmäßig zu Ende geführt.

Die Koalitionspartner verständigen sich darauf, zu gegebener Zeit einen neuen Aufgabenzuschnitt für den Landesbetrieb Mobilität mit Blick auf die gemeinsamen verkehrspolitischen Schwerpunktsetzungen der Koalition zu erörtern.

Wir werden weiterhin die vielfältigen Projekte im Bereich der Verkehrserziehung und Mobilitätsschulung in Schulen und Kindergärten unterstützen und das Forum Verkehrssicherheit fortsetzen. Die Koalitionspartner sind dem Leitgedanken der „Vision Zero“, also einer deutlichen Reduzierung von Verkehrstoten verpflichtet. Konzepte zur Förderung von betrieblichem und schulischem Mobilitätsmanagement werden wir weiter begleiten.

Das Land wird modellhafte Shared-Space-Projekte beratend unterstützen. Die Initiative muss dabei von den Kommunen ausgehen.

Fahrradland Rheinland-Pfalz

Das Radwegenetz in Rheinland-Pfalz soll weiter ausgebaut und die Verknüpfung zwischen ÖPNV und Radverkehr intensiviert werden. Wir wollen Rheinland-Pfalz fahrrad- und fußgängerfreundlicher machen.

Mit der fortlaufenden Aktualisierung des Radwegeverkehrsplan Rheinland-Pfalz werden wir den Alltagsradverkehr verstärkt berücksichtigen.

Luftverkehr: Zukunft gestalten und Interessenausgleich herstellen

Ziel der Koalitionspartner ist die Entwicklung zu einer wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Konversionsprojekte Flughafen Frankfurt/Hahn und Flughafen Zweibrücken. Es wird angestrebt, die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt schnellstmöglich zurückzuführen.

Die Koalitionspartner wollen die Belastungen durch Fluglärm für die Menschen im Hunsrück verringern und verabreden daher für den Flughafen Frankfurt/Hahn ein aktuelles Lärmgutachten erstellen zu lassen und über das bisherige Lärmschutzmaßnahmenpaket hinausgehende, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen insbesondere die Prüfung der Einführung einer Bonusliste und eine Anpassung der Start- und Landegebühren nach Lärmwerten.

In Bezug auf den Flugplatz Zweibrücken ist unser Ziel die enge Kooperation mit dem Saarland und dem Flughafen Saarbrücken.

Der Verkehrslandesplatz Speyer wird nicht zu einem Regionalflughafen ausgebaut. Das Land unterstützt keine Bestrebungen in diese Richtung.

Die Koalitionspartner halten die geplante Entwicklung des Flughafens Bitburg für wirtschafts- und verkehrspolitisch nicht vertretbar und werden entsprechende Planungen nicht unterstützen.

Bezüglich des Ausbaus des Flughafen Frankfurt/Main werden die Koalitionspartner alle rechtlichen und politischen Einflussmöglichkeiten nutzen, um sowohl die Vorgabe eines strikten Nachtflugverbots als auch die Umsetzung der weiteren Ergebnisse des Mediationsverfahrens im Interesse der betroffenen Menschen durchzusetzen. Dazu gehört für uns insbesondere die Veränderung der aktuell von der Deutschen Flugsicherung (DFS) vorgeschlagenen neuen Flugrouten. Bislang stellt sich die geplante Verteilung der Belastungen durch die neuen Abflugrouten als völlig ungleich gewichtet dar. Dazu wurden Alternativen vorgelegt, die umgesetzt werden müssen. Weiterhin prüfen wir eine Klage des Landes gegen die geltenden Flugrouten ebenso wie die Unterstützung klagender Kommunen.

Eine Vernetzung der Flughafenstandorte Frankfurt/Main und Frankfurt/Hahn ist angestrebt.

Die Vermeidung von Fluglärm ist ein zentrales Ziel der Koalition. Auf Bundesebene werden wir daher alle Versuche der Bundesregierung ablehnen, das Luftverkehrsgesetz zu Lasten des Lärmschutzes zu verändern. Wir wollen durch entsprechende gesetzgeberische Initiativen die DFS verpflichten, dem Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen und betrieblichen Belangen einzuräumen. Wir setzen uns für klare rechtliche Vorgaben ein, damit zukünftig den betroffenen Menschen ein stärkeres Mitwirkungsrecht bei der Festlegung von Flugrouten eingeräumt wird und deren Interessen stärker berücksichtigt werden.

Elektromobilität

Für uns bietet die Zukunftstechnologie Elektromobilität eine Reihe von Vorteilen wie zum Beispiel die lokale Emissionsfreiheit, der leise Antrieb, die Nutzung Erneuerbarer Energien, so dass wir diese Technologie für Rheinland-Pfalz in noch größerem Umfang nutzbar machen wollen. In Rheinland-Pfalz stellt sich dabei gerade die Frage, wie Elektromobilität das Mobilitätsverhalten in den ländlichen Räumen prägen kann. Unter anderem diese Fragestellung werden wir mit den Partnern des bestehenden „Kompetenznetzwerks Elektromobilität“ erörtern und gegenüber dem Bund entsprechende Initiativen einfordern.

Einzelne Verkehrsinfrastrukturprojekte

B 50neu - Hochmoselübergang: Der Bau des Hochmoselübergangs wird abgeschlossen. Das Land wird nicht mehr als die zugesagten Mittel für das Projekt bereitstellen.

Mittelrheinquerung: Die Pläne zum Bau einer Mittelrheinbrücke werden von der Landesregierung nicht weiter verfolgt. Es wird ein ausgeweiteter Fährbetrieb bis 2016 erprobt.

Zweite Rheinbrücke Wörth: Wir halten eine leistungsfähige Rheinquerung zwischen Wörth und Karlsruhe für notwendig. Die weiteren notwendigen Schritte werden wir eng mit Baden-Württemberg abstimmen.

B 10: Die Koalitionspartner sehen den guten Anschluss der Westpfalz und der Südwestpfalz an das Straßen- und Schienennetz als wichtigen Faktor für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Region. Gleichzeitig muss der europäische Transitgüterverkehr weiträumig umgeleitet werden. Das Mediationsverfahren zum Ausbau der B 10 aus dem Jahr 2004 wird wieder aufgenommen. Ziel ist die Klärung, ob unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse und Entwicklungen im Bereich moderner Verkehrsleitsysteme zwischen Hauenstein und Landau ein verkehrssicherer dreistreifiger Ausbau oder ein vierstreifiger Ausbau bei deutlicher Verringerung des Straßenquerschnitts (von RQ 26 auf RQ 20) und damit des Flächenverbrauchs erfolgen soll. Bis zum Abschluss des Verfahrens werden die Planfeststellungsverfahren nicht weiter betrieben und keine neuen eingeleitet.

Lückenschluss A 1: Der Lückenschluss der A 1 zwischen Kelberg und Lommersdorf in Nordrhein-Westfalen ist im Bundesverkehrswegeplan als neues Vorhaben mit besonderem naturschutzfachlichem Planungsauftrag festgelegt. Die naturschutzfachlichen Planungen sind daher mit besonderer Untersuchungstiefe parallel mit einer Nullvariantenuntersuchung durchzuführen. Sie werden unter Einbeziehung von Naturschutzbehörden auf Bundesebene einer Überprüfung vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens unterzogen.

Ausbau der A 643: Bei dem Ausbau der A 643 zwischen der Anschlussstelle Mombach und dem Autobahndreieck Mainz verabreden die Koalitionspartner die Untersuchung einer Ausbauvariante auf vier Spuren und zwei Standspuren, die bei Bedarf zu Fahrspuren werden können. Zielsetzung der Partner ist es, dieses Modell umzusetzen.

Verkehrssituation im Raum Trier: Die in der Region geplanten Infrastrukturvorhaben werden unter Einbeziehung der Potentiale eines Ausbaus des ÖPNV/SPNV zur Entlastung der Straßeninfrastruktur bewertet. Auf dieser Grundlage wird gemeinsam mit der Stadt Trier und der Region Trier/Luxemburg ein nachhaltiges Verkehrskonzept im Sinne einer alle Verkehrsträger übergreifenden Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Verkehrssituation entwickelt. Ziel ist, auf den Bau des Moselaufstiegs und der Meulenwaldautobahn zu verzichten.

B 8 / B 414: Die Koalitionspartner verabreden den zügigen und bedarfsgerechten Ausbau dieser beiden Bundesstraßen.

B 9 - Bienwaldautobahn: Die beim Bund zur Linienbestimmung eingereichte Hagenbachvariante wird nicht weiter verfolgt. An der bestehenden B 9 zwischen Scheibenhard und der A 65 erfolgen lediglich Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Rheinquerung bei Altrip: Wir lehnen den Bau einer Rheinquerung bei Altrip ab.

B 272: Wir lehnen den dreispurigen Ausbau der B 272 zwischen Landau und Speyer ab.

Nürburgring

Der Nürburgring hat eine wichtige strukturpolitische Bedeutung für die Region. Er bietet vielen Menschen einen zukunftsfähigen Arbeitsplatz.

Durch die Trennung von Besitz (Staat) und Betrieb (Privat) am Nürburgring wurde mit einer langfristigen Finanzierung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz eine Neuordnung vorgenommen. Durch die Verschmelzung mehrerer Gesellschaften wurden wichtige Schritte auf dem Weg hin zu mehr Transparenz geschaffen.

Mit dem neuen Geschäftsmodell der Verpachtung von Rennstrecke, Gastronomie- und Freizeitparkanlagen an einen Betreiber wurde und wird angestrebt, die 330 Mio. Euro Investition durch die erwarteten Pachteinnahmen zu refinanzieren.

Teile des Vertragswerks sind derzeit Gegenstand einer Klage und von Beschwerden bei der EU. Deren Ausgang bleibt ebenso wie die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Einzelpersonen abzuwarten. Sollte sich die Notwendigkeit einer Neuregelung ergeben, werden die rot-grünen Koalitionspartner den Betrieb neu ausschreiben.

Unabhängig davon beauftragen wir eine weitere, umfassende gutachterliche Stellungnahme, schwerpunktmäßig zu den bestehenden und zukünftigen Risiken sowie den finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Nürburgrings für das Land und die Region.

Wir wollen darüber hinaus einen Dialogprozess zwischen den Unternehmen und den Menschen in der Region initiieren. Hier sehen die Koalitionspartner noch Verbesserungspotentiale.

10. Finanzen – nachhaltige und sozial gerechte Konsolidierung

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu dem Ziel einer nachhaltigen und sozial gerechten Haushalts- und Finanzpolitik. Wichtigstes Ziel dabei ist die Konsolidierung des Landeshaushalts, das heißt die Umsetzung der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Schuldenregel, wonach ab dem Jahr 2020 eine strukturelle Neuverschuldung von Null erreicht werden muss. Der Weg dahin verlangt konsequente Anstrengungen in allen Politikbereichen.

Die Ursachen für die Verschuldung des Landes sind vielfältig. Wie in anderen Ländern leidet der rheinland-pfälzische Landeshaushalt unter den fiskalischen Folgen der Steuerpolitik der vergangenen 10 Jahre und unter den immensen Einnahmeeinbrüchen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die landespolitischen Schwerpunkte „Konversion“ und „Bildung“ haben in den vergangenen zwanzig Jahren auf der Ausgabenseite des Landeshaushalts erhebliche finanzielle Anstrengungen nach sich gezogen. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen darin überein, dass nunmehr ein nachhaltiger Konsolidierungsprozess, der ökonomisch vernünftig und sozial ausgewogen ist und sich an ökologischen Erfordernissen orientiert, konsequent umgesetzt werden muss. Wir wollen dafür sorgen, dass der Staat auch in der Zukunft seine Handlungsfähigkeit erhalten und sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nutzen kann, besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Bildung und auf dem Feld des sozialen Ausgleichs.

Wir werden die Konsolidierung einnahme- wie ausgabenseitig in unserem landespolitischen Verantwortungsbereich realisieren. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich darin einig, dass die notwendige Konsolidierung nicht zu Lasten der rheinland-pfälzischen Kommunen durchgeführt werden darf.

Keine weiteren Steuersenkungen zu Lasten der Länder

Die rot-grüne Landesregierung wird sich auf Bundesebene gegen alle Bestrebungen wenden, die eine weitere Verschlechterung der Einnahmehasis des Landes zur Folge haben. Dies betrifft sowohl Steuersenkungen als auch einseitige Steuererhöhungen, die ausschließlich zu Gunsten des Bundes gehen, aber die Landeshaushalte belasten (wie im jüngsten Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung vollzogen). Sie wird gleichermaßen weitere Aufgabenübertragungen durch den Bund abwehren, die ohne entsprechende finanzielle Kompensationen erfolgen.

Rheinland-Pfalz tritt für eine angemessene und faire Finanzierung des Gemeinwesens ein. Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist dafür nicht ausreichend. Alle Konsolidierungsmaßnahmen müssen in den Ländern wie auch im Bund sozial ausgewogen sein, das heißt starke Schultern müssen einen größeren Teil der Lasten tragen als schwache. Wir wollen deshalb eine angemessene Besteuerung von Vermögen durch eine Reform der Erbschaftsteuer, ergänzend oder alternativ dazu durch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer.

Der überwiegende Teil der Konsolidierungsaufgabe wird vom Land zu leisten sein. Abgeleitet aus den derzeitigen Schätzungen über die Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Landeshaushalts, werden wir jahresdurchschnittlich ca. 220 Mio. Euro konsolidieren, um die Vorgaben der neuen Schuldenregel für das Jahr 2020 zu erreichen.

Wir werden im Bereich des finanziellen Dienstrechts verschiedene Einsparungen vornehmen und dabei den Bediensteten Planungssicherheit geben. Familien mit Kindern werden wir begünstigen. Unter anderem werden wir den Beamtinnen und Beamten zusagen, dass ihr Gehalt in den nächsten fünf Jahren um jeweils ein Prozent erhöht wird. Entsprechendes regeln wir auch im Ministergesetz.

Wir werden die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre mit flexiblen Übergängen prüfen und dabei auch entscheiden, ob es für einzelne, besonders belastete Berufsgruppen Ausnahmeregelungen geben soll.

Die demografische Dividende in der Schule werden wir in Teilen für organisatorische und pädagogische Verbesserungen und zum Teil für die Konsolidierung nutzen. Damit werden die Angebote im Bildungssystem verbessert und der Konsolidierungsprozess unterstützt.

Die Zielzahl von 9.014 Polizistinnen und Polizisten soll bis zum Jahr 2016 erreicht werden. Durch den damit einhergehenden Stellenabbau werden entsprechende Einsparungen erzielt.

Wir werden in den Vermessungs- und Katasterämtern ebenso wie in den Grundbuchämtern die vom Rechnungshof vorgeschlagenen Einsparungen umsetzen. Reorganisationsmaßnahmen in der Justiz werden ebenfalls einen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Darüber hinaus werden wir insbesondere in den Mittelbehörden, aber auch in allen übrigen Verwaltungen des Landes konsequent Effizienzpotentiale identifizieren und für die Konsolidierung einsetzen.

Der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) und der Landesbetrieb Mobilität (LBM) werden ihren Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten. Hierfür werden sie auch das Volumen ihrer Baumaßnahmen signifikant reduzieren müssen.

Unsere Konsolidierungsstrategie umfasst auch die Überprüfung aller Gesellschaften mit Landesbeteiligung. So sollen zum Beispiel die Aufgaben der Entwicklungsgesellschaften in einer Gesellschaft konzentriert werden. Im Zuge dieser Reorganisation sollen Synergieeffekte genutzt und Einsparungen realisiert werden. Auf den Flughäfen Hahn und Zweibrücken sollen im Zuge der Einsparungen die Landeszuschüsse schnellstmöglich zurückgeführt werden. Dort, wo Landesgesellschaften wirtschaftlich sehr erfolgreich arbeiten, sollen Teile der Gewinne im Unternehmen verbleiben und andere an den Gesellschafter zur Konsolidierung ausgeschüttet werden.

Der Konsolidierungsbedarf ist hoch. Deshalb wollen wir neben all den genannten Maßnahmen – als Daueraufgabe – alle Ausgaben auf Grundlage von Landesgesetzen, vertraglichen Bestimmungen, Förderrichtlinien und Verwaltungsvorschriften systematisch überprüfen und mögliche Einsparpotentiale ermitteln.

Schließlich werden wir die originären Einnahmen des Landes verbessern. Deshalb werden wir die Grunderwerbsteuer auf das in anderen Ländern praktizierte Niveau erhöhen. Darüber hinaus werden wir ein Wasserentnahmeentgelt für Grund- und Oberflächenwasserentnahmen einführen (Wassercent). Wir wollen eine Ressourcennutzungsabgabe (Kieseuro) mit dem Ziel der zeitnahen Einführung prüfen, auch unter dem Aspekt ökologischer Steuerungswirkungen.

Modernisierung des Haushaltsrechtes und weitere Maßnahmen

Unser Konsolidierungskurs wird von weiteren Maßnahmen flankiert, die wesentlich zu seinem Erfolg beitragen werden.

Die rot-grüne Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode das Haushaltsrecht modernisieren. Dazu gehören sowohl die einfachgesetzlichen Regelungen zur Ausgestaltung der neuen Schuldenregel als auch die Novellierung der Landeshaushaltsordnung. Die Landesregierung wird das bereits eingerichtete Berichtswesen zum Haushalt mit dem Ziel überarbeiten, verbesserte Steuerungsmöglichkeiten zu bieten sowie zusätzliche konzentrierte Informationen über die Vermögenslage des Landes und deren Entwicklung zu geben, um die Haushaltspolitik gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit insgesamt transparenter zu machen. Die Koalition wird eine Landtagskommission unter Beteiligung externen Sachverständs wie unter anderem dem Rechnungshof einsetzen, die für die Revision des Berichtswesens und für die Modernisierung des Haushaltsrechts Vorschläge unterbreiten soll.

Wir wollen die Vergleichbarkeit des Landeshaushalts mit den Haushalten anderer Ländern verbessern. Dazu sind in geeigneter Form Kennzahlen der Aufgabenerfüllung und der Aufgabenfinanzierung unter Berücksichtigung des Kommunalisierungsgrades zu erarbeiten. Unser Ziel dabei ist, die Haushaltssteuerung weiter zu entwickeln.

Der Landesrechnungshof ist ein wichtiger Ratgeber zur Umsetzung der Konsolidierung. Die Zusammenarbeit soll weiter intensiviert werden. Die Landesregierung wird Möglichkeiten prüfen, die Expertise des Rechnungshofs verstärkt frühzeitig zu nutzen. Das Rechnungshofgesetz wollen wir fortentwickeln.

Bei der Förderpolitik des Landes wollen wir verstärkt die Möglichkeiten revolvingender Fondsförderungen einbeziehen. Wir werden eine einheitliche Förderdatenbank des Landes aufbauen. Darüber hinaus wollen wir die Transparenz und Effizienz der Förderungen durch die Einführung eines „Förderboards“ verbessern. Es wird den Akteuren der Förderpolitik, besonders auch den beteiligten Landesverwaltungen von den Ministerien bis zu deren nachgeordneten Behörden, eine Plattform bieten, auf der ein verbesserter Informationsaustausch über Förderprogramme und -initiativen, Praxisvergleiche, Beratung und anderes stattfinden sollen. Dadurch soll der Mitteleinsatz effizienter und effektiver gestaltet werden.

Wir wollen in Abstimmung mit anderen Ländern die Effizienz der Steuerverwaltung weiter steigern, damit mehr Steuergerechtigkeit herstellen und gleichzeitig Einnahmesteigerungen für die Finanzierung wichtiger Landesaufgaben realisieren. In diesem Rahmen wollen wir unter anderem Betriebs- und Außenprüfungen intensivieren und den Personaleinsatz in der Steuerverwaltung entsprechend steuern.

Die rot-grüne Landesregierung will weiterhin öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als langfristig, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatunternehmen als Beschaffungsalternative für öffentliche Infrastruktur ermöglichen. Dabei muss in jedem Einzelfall die ÖPP-Eignung geprüft werden und die ÖPP-Realisierung kommt nur dann zur Anwendung, wenn sie über den gesamten Lebenszyklus wirtschaftlich und nachhaltig ist.

Wir modernisieren den kommunalen Finanzausgleich

Eine gerechte Ausgestaltung der Kommunalfinanzen ist Voraussetzung dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben zugunsten der Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich wahrnehmen können. Mit seinen Finanzausgleichsleistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich leistet das Land seinen Beitrag für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Das Finanzausgleichssystem soll durch eine Fortentwicklung des Landesfinanzausgleichsgesetzes modernisiert und zukunftssicher ausgestaltet werden. Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir dabei besonders berücksichtigen.

Grundlage der Reformüberlegungen werden das im Frühjahr 2011 in Auftrag gegebene finanzwissenschaftliche Gutachten sowie die ausstehende Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes sein. Die Überprüfung umfasst alle relevanten Aspekte des kommunalen Finanzausgleichs, sowohl im Verhältnis des Landes zu den Kommunen als auch im Verhältnis der kommunalen Gebietskörperschaften untereinander. Wir werden dafür Sorge tragen, dass vor allem die Situation der von der von Haushaltsdefiziten weit überdurchschnittlich betroffenen kreisfreien Städte und Landkreise einen Schwerpunkt der Untersuchung bildet. In diesem Zusammenhang ist sowohl der Problematik der hohen Soziallasten als auch der speziellen Belastungen von Oberzentren, wie zum Beispiel im Bildungsbereich, ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Wir stärken die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz werden eine kommunalfreundliche Politik verfolgen. Die gegenwärtige Finanzlage der öffentlichen Haushalte insgesamt und die der rheinland-pfälzischen Kommunen im Besonderen ist weiterhin sehr angespannt. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist in den letzten Jahren jenseits von konjunkturellen Schwankungen sukzessive eingeschränkt worden. Bedingt insbesondere durch steigende Soziallasten und wegfallende Einnahmen ist die Erfüllung kommunaler Aufgaben zunehmend in Gefahr geraten. Nicht zuletzt der Kommunalbericht des Rechnungshofes 2010 hat die finanzielle Situation deutlich aufgezeigt und auch auf das Problem stetig steigender Liquiditätskredite hingewiesen. Ein fairer Umgang zwischen Land und Kommunen gehört zur Finanz- und Innenpolitik des Landes.

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren beispielsweise durch die progressive Ausgestaltung der Finanzausgleichumlage, die Stärkung der Schlüsselzuweisungen B2, die Erhöhung des Soziallastenansatzes und durch die Zinsgarantie wichtige Schritte zur Stärkung der besonders belasteten Kommunen unternommen. Insbesondere hat die Erhöhung des Anteils der Schlüsselzuweisungen von 60 Prozent auf 63 Prozent (Durchschnitt über alle Länder: 58 Prozent) die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und somit ihre finanzielle Handlungsfähigkeit gestärkt. Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds beteiligt sich das Land trotz seiner schwierigen Haushaltssituation an der Konsolidierung der Kommunen. Wir wirken darauf hin, dass auch finanzschwache Kommunen erfolgreich präventiv wirkende Sozialprojekte fördern oder durchführen können.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf mehr kommunale Eigenverantwortung. Um den überdurchschnittlichen Anteil der Schlüsselzuweisungen zu erhalten oder sogar ausbauen zu können, werden die Zweckzuweisungen auf ihre Erforderlichkeit und Wirksamkeit hin überprüft sowie neu ausgerichtet. Die Förderprogramme und -richtlinien werden wir hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit überarbeiten.

Wir wollen die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten am kommunalen Haushaltsprozess verbessern und die Einführung von Bürgerhaushalten durch zielgerichtete Informationen unterstützen.

Die neue Landesregierung bekennt sich zum Erhalt der Gewerbesteuer als zentrale Säule der kommunalen Einnahmen. Darüber hinaus unterstützt die neue Landesregierung die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung nach Beibehaltung einer wertorientierten Grundsteuer.

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Wir wollen die Kommunen bei einer sicheren und umweltfreundlicheren Energieversorgung stärken. Dazu werden wir ihren Eigenbetrieben oder Werken im Bereich der Erneuerbaren Energien eine verbesserte überörtliche Betätigung ermöglichen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Energie sicherzustellen.

Diese sollen sich auch an Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung, die außerhalb der Bundesrepublik errichtet werden oder bestehen, beteiligen können, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung rechtfertigt und in Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Kommunaler Entschuldungsfonds

Der Kommunale Entschuldungsfonds leistet einen Beitrag zur Konsolidierung der Kommunen. Die neue Landesregierung steht zum Kommunalen Entschuldungsfonds und wird ihn gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

Wohnungsbaupolitik

Wohnen ist für die Lebensqualität des Einzelnen und für die gesellschaftliche Teilhabe von elementarer Bedeutung. Deswegen begreift die rot-grüne Landesregierung die Wohnungspolitik als Querschnittsaufgabe und sieht sich in der Verantwortung, Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu sichern.

Die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe ist gerade im Zuge des demografischen Wandels eine Frage nach Wohnräumen und neuen Wohnformen. Die Herausforderungen an die rheinland-pfälzische Wohnungsbaupolitik sind regional unterschiedlich ausgeprägt. Während in den Oberzentren Wohnräume knapp sind, wird gerade in vielen ländlichen Gebieten ein altersgerechtes Wohnen immer wichtiger. Barrierefreiheit und neue, generationsübergreifende Wohnformen haben heute zunehmend eine soziale, eine ökonomische und eine standortpolitische Dimension. Die Verpflichtung zum Klimaschutz und die steigenden Energiepreise stellen uns vor große soziale und ökologische Aufgaben. Sie erfordern ein besonderes Engagement bei der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes und hohe Standards bei Neubauten auf allen staatlichen Ebenen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kürzungen der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), zur Gebäudesanierung zurückgenommen werden. Wir sehen in den Investitionen für die Sanierung des Wohnungsbestandes auch einen wichtigen Beitrag, ortsnahe Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand zu sichern.

Wir werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz fortsetzen und den aktuellen Erfordernissen anpassen. Schwerpunkte der Wohnungsbaupolitik der rot-grünen Landesregierung sind das Wohnen im Alter und ökologische Aspekte:

- Im Zuge der demografischen Entwicklung wird die Frage immer wichtiger, wie Menschen auch im Alter gerne und sicher in ihren Wohnräumen bleiben können. Wir wollen uns dafür engagieren, dass ältere Menschen bessere und neue Angebote erhalten, im dörflichen oder städtischen Umfeld selbständig und selbstbestimmt leben zu können. Auch mit Blick auf die zunehmende Bedeutung stationärer Pflege sind neue Wohnformen und barrierefreie Wohnangebote eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.
- Mit der Förderung des ökologischen Bauens und energetischer Sanierungsmaßnahmen wollen wir einen Beitrag zur Reduzierung des Energieverbrauchs und zum Klimaschutz leisten. Die rot-grüne Landesregierung wird in eigener Zuständigkeit Hochbaumaßnahmen mit Vorbildcharakter mit Blick auf Barrierefreiheit und energetische Effizienz errichten.

Neben der sozialen und ökologischen Bedeutung hat Bauen immer auch eine kulturelle Dimension. Baukultur ist das Streben nach Funktionalität, nach Wohlbefinden, Kommunikation und Integration. Die Vielschichtigkeit unserer Gesellschaft äußert sich in der Baukultur wie auch das historische Erbe. Im Bewusstsein dieser Bedeutung werden wir die Initiative „Dialog Baukultur“ fortsetzen. Dort wollen wir gemeinsam mit den privaten und öffentlichen Akteuren die Bedeutung der Baukultur und der Qualitätssicherung nachhaltig gewährleisten.

Westwallanlagen

Die neue Landesregierung wird im Einvernehmen mit den Umweltschutzverbänden, der Denkmalpflege, den Initiativen vor Ort, Privaten, Kommunen und der politischen Bildung eine neue Konzeption für die Zukunft der Westwallanlagen entwickeln, die der historischen Sensibilität und den ökologischen Interessen Rechnung trägt. Die in ersten Schritten umgesetzte Idee eines Westwallwanderweges wollen wir weiterführen. Im Rahmen der Gesamtkonzeption werden wir eine enge Kooperation mit den Nachbarländern mit Westwallanlagen anstreben. Flächendeckende Beseitigungen der Westwallanlagen, wie vom Bund seit Jahren betrieben, werden wir weiterhin nicht akzeptieren. Den gesetzlichen Anforderungen der Gefahrenabwehr werden wir nicht nur durch Umzäunungen sondern auch durch alternative Sicherungsmaßnahmen nachkommen.

11. Gleiche Chancen für Frauen

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen durchgängiges Prinzip ist. In der rot-grünen Landesregierung wird Frauenpolitik als eigenständiger Politikbereich beibehalten, der zugleich ein Querschnittsthema ist.

Wir wollen die tatsächliche Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern und werden darauf hinwirken, dass Frauen eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen können und bestehende Nachteile für Frauen beseitigt werden. In einem Masterplan werden wir den Sachstand in Rheinland-Pfalz darstellen und aufzeigen, was zu tun ist.

Gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben

Wir wollen die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt konsequent abbauen:

Wir setzen uns, auch auf Bundesebene, für verbindliche Maßnahmen zur Überwindung der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern ein.

Schon in der Phase der Berufsorientierung werden wir darauf hinwirken, dass falsche Vorstellungen über typisch männliche oder typisch weibliche Berufe überwunden werden. Maßnahmen wie Girls Day, Ada Lovelace oder andere Mentorinnen-Projekte werden gefördert.

Wir wollen Unternehmen und Schulen stärker dafür gewinnen, die technischen Berufe für Mädchen attraktiver zu machen und setzen uns für einen höheren Frauenanteil in den sogenannten MINT-Studiengängen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ein. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund.

Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Frauen und Männer erfüllbar sein. Besonders wichtig ist es uns, Eltern nach einer Familienphase die Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen. Das liegt im Interesse der Betroffenen, im Interesse unserer ganzen Gesellschaft – auch im Interesse der Unternehmen – die mehr denn je auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind.

Um die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, werden wir auch die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Dazu gehört die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für einjährige Kinder ab 2013. Auch Projekte zum Beispiel ZeitZeichen, die landesweite Informationsstelle für innovative Arbeitszeitmodelle und Beratungsstellen „Frau & Beruf“ werden wir stärken. Junge werdende Eltern in Ausbildung oder Studium müssen die Voraussetzung erhalten, diese abschließen zu können.

Maßnahmen zum Wiedereinstieg nach der Familienphase oder Pflege wollen wir fördern. Angebote für die Teilzeitausbildungen für junge Frauen sowie Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für Alleinerziehende werden wir bedarfsgerecht ausbauen.

Stärkung der eigenständigen Existenzsicherung

Wir wollen, dass Frauen noch besser qualifiziert sind und dass sie entsprechend ihrer Qualifikationen am Arbeitsmarkt teilhaben können.

Das bedeutet:

- die weitere Eindämmung von prekärer und nicht existenzsichernder Beschäftigung für Frauen.
- die Einführung von Mindestlöhnen.
- eine bessere Anerkennung der Pflegezeiten bei der Rente.
- die Eindämmung von Dumpinglöhnen, die gerade in Berufen, die überdurchschnittlich von Frauen ausgeübt werden, weit verbreitet sind.
- die weitere Reduzierung von Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern.
- den Ausbau der Erwerbsbeteiligung von Frauen in zukunftsfähigen Berufen.
- die Aufwertung und bessere Bezahlung sozialer Berufe – in denen noch überwiegend Frauen tätig sind.

Frauen vor Gewalt schützen

Wir verurteilen alle Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen und treten dafür ein, diese Gewalt gesellschaftlich zu ächten. Sie geht zum größten Teil von Männern aus und ist ein schwerwiegendes kriminelles Unrecht.

Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) wird flächendeckend fortgeführt und weiterentwickelt. Wir wollen das gute Netz an Beratungs-, Kriseninterventions- und Zufluchtsangeboten für Frauen in Rheinland-Pfalz (Frauenberatungsstellen und -initiativen, Frauenbündnisse, Notrufe, Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte der Kommunen, der öffentlichen Verwaltung und der Hochschulen) ausbauen.

Wir erkennen die wichtige Arbeit der Frauenhäuser an und werden sie auch zukünftig finanziell absichern. Wir werden prüfen, ob eine Initiative für eine einheitliche Bundesfinanzierung für die Frauenhäuser aussichtsreich ist. Wir wollen den Frauenhäusern und den Frauennotrufen zur Unterstützung ihrer Koordinierungsarbeit ein Budget für Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen zur Verfügung stellen.

Wir werden die Leitfäden zur Vermeidung sexueller Übergriffe für alle Betroffenen und alle tangierten Berufsgruppen weiterentwickeln.

Wir sehen die Notwendigkeit für mehr frauenspezifische Beratung. Wir werden die bestehende Beratungsstellenlandschaft dahingehend überprüfen, ob eine Ausweitung des Angebots auf frauenspezifische Belange für das Themenfeld Frau und Beruf vor Ort möglich und sinnvoll ist und dieses Angebot bei Bedarf ausbauen.

Wir setzen uns für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht von Frauen ein, die von Gewalt bedroht und betroffen sind oder als Zwangsprostituierte arbeiten. Frauen sollen Zeuginnenschutzprogramme nutzen können.

Wir setzen uns auf der Bundesebene dafür ein, dass die Kosten für Schwangerschaftsverhütungsmittel von Sozialgesetzbuch II Bezieherinnen übernommen werden.

Gleichstellung auf allen Ebenen fördern und mehr Frauen in Führung

Wir werden unsere Frauenförderung und gleichstellungspolitischen Maßnahmen in den Kommunen und auf Landesebene fortsetzen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und ihre Lebenssituationen in den Medien und in Materialien für Bildungseinrichtungen differenziert dargestellt werden.

Wir werden die Zahl von Frauen in Führungspositionen im höheren Dienst des Landes steigern. Dafür werden wir das Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze“ in der landesinternen Personalentwicklung fortsetzen.

Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) aus dem Jahr 1997 wollen wir novellieren, um eine gute gesetzliche Grundlage als effizientes und modernes Instrument zur Verwirklichung der Chancengleichheit zu haben. Mit der Novellierung wollen wir das LGG an die seither veränderten Gesetze und Beschlüsse anpassen. Wir prüfen Möglichkeiten, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in den Verbandsgemeinden und verbandsgemeindefreien Gemeinden zu stärken.

Wir werden die Regelung zur paritätischen Besetzung der Entscheidungsgremien des Landes (Doppelbenennungs- und Reissverschlussverfahren) konsequent umsetzen.

Auch in der Privatwirtschaft sehen wir die Notwendigkeit für mehr Frauen in Führungspositionen, Gremien und Aufsichtsräten. Gleiches gilt für die Sozialpartner und regionalen institutionellen Akteure des Wirtschaftsraumes und des Arbeitsmarktes. Wir werden uns auf der Bundesebene für gesetzlich festgelegte Frauenquoten in der Privatwirtschaft einsetzen.

Die Kampagne „Frauen machen Kommunen stark“ hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass sich Politikerinnen für das Engagement von Frauen stark machen und junge Frauen ganz gezielt ansprechen und unterstützen. Die Kampagne mit mittlerweile 30 Partnerinnen und Partnern wird deshalb fortgeführt.

Wir sprechen uns für Geschlechtergerechtigkeit auch in den kommunalen Räten aus. Wir prüfen die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Festlegung von Quoten bei der Aufstellung der Wahllisten, um den Frauenanteil ab der nächsten Kommunalwahl zu erhöhen.

Gender Budgeting wird ab dem Haushalt 2012/13 stufenweise als haushaltpolitisches Instrument eingeführt. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine geschlechtergerechte Verteilung der Finanzen im Landeshaushalt.

12. Vielfalt, demokratische Teilhabe und Engagement

Unsere Demokratie lebt vom Engagement und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Möglichkeiten der Beteiligung weiter ausbauen und die Rechte auf informationelle Selbstbestimmung stärken.

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land. Wir wollen, dass sich alle Menschen, die hier leben, wohlfühlen – ganz gleich woher sie gekommen sind, welchen kulturellen Hintergrund sie haben. Wir stärken die Gemeinsamkeiten und geben der kulturellen Vielfalt Raum.

Demokratische Teilhabe stärken – Wahlrecht ändern

Wir wollen junge Menschen für Politik und wichtige Zukunftsfragen interessieren und ihnen Verantwortung übertragen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf kommunaler Ebene und auf Landesebene mitbestimmen können. Auch bei Verfahren zur Bürgerbeteiligung auf kommunaler und Landesebene wollen wir ein Stimmrecht für 16-jährige. Um dies zu erreichen, werden wir uns darum bemühen, die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit im Landtag zu erreichen. Dazu werden wir in dieser Legislaturperiode entsprechende Änderungsanträge im Landtag einbringen und alle Abgeordneten aktiv einbeziehen.

Auch das Engagement der länger in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer wollen wir fördern. Um diesen das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen, wollen wir eine Initiative zur Änderung des Grundgesetzes starten. Für EU-Bürgerinnen und -Bürger wollen wir das Wahlrecht auf Landesebene einführen. Auch hierzu werden wir uns um eine verfassungsändernde Mehrheit im Landtag bemühen und alle Abgeordneten aktiv einbeziehen.

Beteiligung stärken und ausbauen

Nur im Dialog und im Austausch kann Politik erfolgreich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Über raumplanerische Großprojekte muss daher frühzeitig, umfassend und fortlaufend informiert werden. In allen Entwicklungs- und Planungsphasen wollen wir Möglichkeiten der Beteiligung gewährleisten. Dies soll nicht zu einer Verlängerung der Planungsphasen führen, sondern durch Erreichen von tragfähigen Lösungen und Kompromissen die Umsetzung beschleunigen. Im Dialog mit allen demokratischen Parteien wollen wir gemeinsame Lösungen erarbeiten.

Mit einer Enquetekommission wollen wir bis Ende 2012 die verschiedenen, auch elektronischen Möglichkeiten der aktiven Bürgerbeteiligung genauer untersuchen und im Ergebnis weiter stärken. In diesem Zusammenhang streben wir noch in dieser Legislaturperiode an, Abstimmungen zu erleichtern, indem wir zum Beispiel die Quoren absenken und Unterschriftensammlungen erleichtern. Empfehlungen der Enquete wollen wir zeitnah aufgreifen und werden auf die CDU-Fraktion zugehen, um notwendige Verfassungsänderungen zu erreichen.

Unabhängig davon wollen wir die Möglichkeiten erleichtern, kommunale Bürgerbegehren durchzuführen.

Es wird eine Änderung der Paragraphen 35 und 46 Gemeindeordnung vereinbart mit dem Ziel, dass Sitzungen des Rates und der Ausschüsse grundsätzlich öffentlich sind. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn schutzwürdige Interessen Einzelner oder des Gemeinwohls dies zwingend erfordern.

Freiwilliges Engagement unterstützen

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz sind ehrenamtlich in hohem Maße in Vereinen, Verbänden, kirchlichen Organisationen und freien Zusammenschlüssen engagiert, zum Beispiel in Feuerwehren, dem Katastrophenschutz und bei anderen Hilfs- und Rettungsdiensten oder im sozialen und ökologischen Bereich. Den wichtigen Beitrag der Menschen und der Organisationen zum Gemeinwohl in Rheinland-Pfalz wird die Landesregierung mit ihren Maßnahmen und Projekten würdigen und weiterhin unterstützen.

Wir wollen das Engagement junger Menschen fördern. Freiwillige Dienste geben diesen die Möglichkeit, sich für das Gemeinwesen – sei es im humanitären oder ökologischen Bereich – einzusetzen und viele Erfahrungen zu sammeln. Den von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Bundesfreiwilligendienst halten wir für unausgegoren. Er ist ein paralleler neuer Dienst neben den seit über 50 Jahren erfolgreichen Jugendfreiwilligendiensten Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ). Wir setzen uns dafür ein, dass diese Doppelstrukturen abgeschafft werden. Wir halten einen Freiwilligen Sozialen Dienst als ein Bildungsangebot für junge Menschen, in dem der bestehende Zivildienst und das FSJ und FÖJ aufgehen, für sinnvoller. Wir wollen den Übergang zum neuen Freiwilligendienst konstruktiv begleiten. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die Dienste auch in Zukunft attraktiv sind für junge Menschen und sie etwas davon haben, sich zu engagieren. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass das freiwillige Engagement der jungen Menschen bei der späteren Berufsausbildung und beim Studium anerkannt wird. Außerdem fordern wir die Gleichbehandlung der Dienste bei der Förderung der Träger durch den Bund und bei der Auszahlung des Kindergeldes. Wir sehen es als Chance, dass sich auch Ältere bei neuen Freiwilligendiensten engagieren können. Das wollen wir unterstützen.

Für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen ist das Ziel unserer Integrationspolitik. Sie ist eine wichtige Zukunftsaufgabe; deshalb werden wir dieses Politikfeld aufwerten. Die Herkunft aus einer Familie mit Migrationshintergrund darf nicht über die Bildungs- und Lebenschancen entscheiden. Wir wollen die Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund beseitigen. Vielfalt ist Gewinn, Integration - ob im Kindergarten, der Schule, dem Betrieb oder der Nachbarschaft - ist im Interesse aller Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir wollen, dass kulturelle und religiöse Vielfalt in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich wird.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Integration und Migration“, aus der letzten Legislaturperiode des Landtages, sollen ausgewertet und in entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden. Der Landesbeirat für Migration und Integration und das Engagement der in der Integrationsarbeit tätigen Vereine und Organisationen werden aufgewertet.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Wir werden Angebote machen, die die Integration erleichtern. Von Menschen mit Migrationshintergrund erwarten wir, dass sie diese nutzen. Für alle gelten die gleichen Rechte und Pflichten, die sich aus dem Grundgesetz ergeben.

Die Partizipation von Zugewanderten ist für die Landesregierung unverzichtbar, denn nur gemeinsam können Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kulturelle Vielfalt gestalten. Um die Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, wird die Landesregierung die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten voranbringen. Wir stärken die interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenzen auch in der öffentlichen Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst arbeiten. Die Zielvereinbarungen der Landesverwaltung und der Polizei werden wir konsequent umsetzen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Optionspflicht abgeschafft wird. Die rheinland-pfälzische Einbürgerungskampagne wollen wir fortführen, denn die Einbürgerung ermöglicht die umfassendste Form der Partizipation.

Wir wollen die Öffnung der Freiwilligendienste für Integration und die Stärkung der Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten.

Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und die Vermeidung oder Überwindung von Armut. Die Landesregierung will deshalb vor allem die Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund verbessern. Wir wollen die Stärkung der Sprachförderung und des muttersprachlichen Unterrichts. Sprache ist die Schlüsselkompetenz für den Zugang zu Bildung und Qualifikation. Wir wollen die Ausweitung der Elternarbeit und der Netzwerke für Elternbildung sowie der frühen Hilfen.

Wir wollen die Integration in Kitas und Schulen gezielt verbessern. Wir wollen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Wir werden die Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Schulabschlüsse von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verstärken.

Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten müssen deutlich besser werden. Gute berufliche Qualifikation fördert die gesellschaftliche Integration, die persönliche Entfaltung und die ökonomische Absicherung. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Zugänge zu Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten und Guter Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden, zum Beispiel durch Maßnahmen wie die Aktionspartnerschaft „Vorsprung durch Vielfalt“. Wir werden die Erweiterung des Berufswahl- und Arbeitsspektrums für junge Menschen mit Migrationshintergrund auch unter Einbeziehung der jeweiligen Herkunft unterstützen. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven von Migrantinnen und Migranten werden wir die geplanten gesetzlichen Regelungen zur Erleichterung und Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen schnell umsetzen. Wir werden die Nachqualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für erwachsene Migrantinnen und Migranten verbessern.

Wir werden den Zugang zu den Angeboten des Gesundheitswesens für Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Projekte und Maßnahmen, die den Zugang zu Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort verbessern, wie zum Beispiel die Gesundheitsteams vor Ort, sollen fortgeführt werden. In Zusammenarbeit mit den Partnern im Gesundheitswesen und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung sollen neue Angebote entwickelt werden, zum Beispiel für Übersetzungsmöglichkeiten, den Einsatz von Mediatorinnen und Mediatoren

oder die frühzeitige Einbindung der Betroffenen in Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Wir werden die kultursensible Altenpflege voranbringen.

Für Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus wollen wir vor allem Wege in die „Legalität“ eröffnen. Wir setzen uns dafür ein, die gesundheitliche Versorgung dieser Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Kindern oder Jugendlichen wollen wir den Schulbesuch ermöglichen oder sichern. Darüber hinaus werden wir Angebote für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge schaffen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine ausreichende Ausstattung der integrationsfördernden Maßnahmen, zum Beispiel der Integrationskurse oder der Migrationsberatung, ein. Wir wollen die Anerkennung der Länderkompetenzen in der Integrationsarbeit.

Diskriminierung entgegenwirken

Wir wollen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung im Arbeits- und Alltagsleben vermeiden und ihnen konsequent entgegenzutreten. Der Abbau von Diskriminierung, von Homophobie und Transphobie wird in der Landesregierung eine Querschnittsaufgabe sein. Vor allem beim Abbau der Benachteiligung aufgrund sexueller Identität und der Altersdiskriminierung besteht noch großer Handlungsbedarf. Wir werden die Aufklärungs-, Informations-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit fördern und so allen Formen von Diskriminierung nachhaltig entgegenzutreten. Wir werden diese Aktivitäten an einer Stelle im zuständigen Ministerium bündeln (Antidiskriminierungsstelle). Gleichzeitig werden wir die Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsverbände in Rheinland-Pfalz sichern und die Netzwerkbildung fördern.

Rheinland-Pfalz achtet ethnische und sprachliche Minderheiten

Wir wollen die aktive Teilnahme der in Rheinland-Pfalz lebenden Sinti und Roma in allen Bereichen des kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens fördern. In Ansehung des Völkermordes an den Sinti und Roma während des Nationalsozialismus ist sich die Landesregierung der besonderen historischen Verantwortung gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit bewusst. Die Kultur und Sprache der in Rheinland-Pfalz lebenden Sinti und Roma achten und unterstützen wir. Die von Rheinland-Pfalz als erstem Land geschlossene Rahmenvereinbarung mit dem Verband der Sinti und Roma ist eine gute Basis der Zusammenarbeit und der Förderung dieser Minderheit.

Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen: Gleichstellung von Schwulen und Lesben

Die Landesregierung bekämpft aktiv Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung im Arbeits- und Alltagsleben. Besonders gravierend sind Benachteiligungen im Arbeitsleben: bei der Einstellung, beim beruflichen Aufstieg, bei den Arbeitsbedingungen, bei der Entlohnung.

Das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz gelten für alle Menschen, die hier leben, in gleicher Weise und ohne Einschränkungen. Deshalb setzt sich die Landesregierung auch auf Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von

Schwulen und Lesben ein. Wir sagen ganz klar: Die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensformen ist eine Bereicherung unseres Zusammenlebens. Vielfalt ist Gewinn.

Wir wollen die gesellschaftliche Gleichstellung in allen Bereichen des Lebens verwirklichen. Dazu gehört eine verstärkte Informations- und Aufklärungsarbeit, vor allem in den Bildungseinrichtungen des Landes.

Die Landesregierung wird innovative Konzepte zur Stärkung gleichgeschlechtlicher Familien und des familiären Zusammenhalts unterstützen und dazu Projekte zu den Kernthemen „Kinder in gleichgeschlechtlichen Familien (Regenbogenfamilien)“, „Homosexualität als Herausforderung für Familien“ sowie „Homosexualität in Migrationsfamilien“ fördern.

Wir werden Initiativen zur Stärkung der Akzeptanz von Schwulen und Lesben, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTTI) ins Leben rufen. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsarbeit und Kampagnen werden wir für Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und LSBTTI werben.

Wir streben eine Zielvereinbarung mit den Interessenverbänden von Lesben und Schwulen, die im Netzwerk QueerNet Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen sind, an. Diese Vereinbarung soll auch die Berücksichtigung dieser Gruppen in der Arbeit bei der Anti-Diskriminierungsarbeit des Landes vorsehen und verankern.

Zur vollen rechtlichen Gleichstellung gehört, dass wir in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebende Beamtinnen und Beamte den verheirateten Beamtinnen und Beamten gleichstellen. Wir werden deshalb dafür Sorge tragen, dass Beamtinnen und Beamte rechtlich rückwirkend zum 1. August 2001 mit verheirateten Paaren gleichgestellt werden. Darüber hinaus werden wir im Bundesrat Initiativen zur Ergänzung von Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“ unterstützen. Vollständige Gleichstellung wollen wir unter anderem auch im Steuer- und Adoptionsrecht.

Informationsfreiheitsgesetz und Datenschutz

Der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung hat einen zentralen Stellenwert. Wir wollen die Informationsfreiheitsgesetze des Landes zusammenführen. Ziel ist es auch, die Hürden, insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen und für Bezieher von Transferleistungen, abzubauen. Der Beauftragte für den Datenschutz soll zugleich Beauftragter für die Informationsfreiheit werden. Um diese Arbeit zu unterstützen, werden zwei weitere Stellen beim Beauftragten für den Datenschutz eingerichtet.

Die Koalitionspartner stehen zur Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Sie halten die Datenschutzkommission beim Landtag weiterhin für notwendig und hilfreich. Die Landesregierung wird gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz den Dialog zwischen Wirtschaft, Behörden und Wissenschaft intensivieren und zu diesem Zweck eine Landesdatenschutzkonferenz organisieren. Wir halten die enge Zusammenarbeit zwischen Daten- und Verbraucherschutz für sinnvoll. Wir werden ein koordiniertes Vorgehen weiter fördern.

Die Datenschutzskandale der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie notwendig ein wirksamer Datenschutz ist. Megadatensammlung, Kommerzialisierung von Daten und der drohende Verlust der Privatsphäre zeigen deutlich: Wir brauchen eine neue Sensibilität für den Umgang mit Daten. Die Koalitionspartner treten für einen wirksamen Schutz der Daten ein. Sie tun dies gegenüber dem Staat, aber mehr noch gegenüber der Wirtschaft. Deshalb

unterstützen die Koalitionspartner ausdrücklich die Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz und der Datenschutzbeauftragten im Land.

Die im Land soeben erfolgte Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes ging in die richtige Richtung. Wir werden ihre Wirkungen zu gegebener Zeit überprüfen.

Die Koalitionspartner werden unter datenschutzrechtlichen Aspekten das Landeskinder-schutzgesetz novellieren.

Die Landesregierung setzt sich auf europäischer und auf Bundesebene für ein hohes Niveau des Datenschutzes ein. Im Zentrum unserer Überlegungen stehen der Schutz der Privatsphäre und der Persönlichkeitsrechte im Netz sowie die Einführung eines digitalen Verfallsdatums. Wir werden uns aktiv in die Diskussion beispielsweise um die Europäische Datenschutzrichtlinie, die Modernisierung des Bundesdatenschutzgesetzes und den Beschäftigungsdatenschutz einbringen. Wir werden den Entwurf für ein Bundesmeldegesetz aktiv begleiten und uns dabei für eine Stärkung der Rechte der Betroffenen einsetzen. Die Weitergabe von Meldedaten in Form der Internetauskunft für Jubiläumszwecke, für Werbezwecke und für Adressbuchverlage soll künftig nur mit ausdrücklicher Einwilligung zulässig sein. Wir stehen einer Stiftung Datenschutz auf Bundesebene nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie muss jedoch föderal verträglich gestaltet sein und darf die Arbeit des Landesdatenschutzbeauftragten nicht schwächen.

Wir werden weiterhin auf die Umsetzung des von Rheinland-Pfalz initiierten Beschlusses des Bundesrates vom 18. März 2011 zur datenschutzgerechten Ausgestaltung der RFID-Technik drängen.

Wir werden uns bei der Verwendung sogenannter intelligenter Stromzähler dafür einsetzen, dass ein hohes Schutzniveau dieser entstehenden umfangreichen und differenzierten Datenbestände gesichert wird. Die Datenhoheit muss beim Verbraucher verbleiben.

Wir werden den Schutz von Minderjährigen im Internet, vor allem in den sozialen Netzwerken besser zur Geltung bringen. Wir werden auf eine größere Sicherheit der online-gespeicherten Daten drängen. Die Anbieter sollen verpflichtet werden, datenschutzfreundliche Standardeinstellungen vorzunehmen.

Lobbyregister für mehr Transparenz in der Politik

Lobbyismus in der Politik hat unterschiedliche Erscheinungsformen. Der Austausch von Politik und Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern ist wichtig für eine funktionierende Demokratie. Der Einfluss von organisierten Lobbyistinnen und Lobbyisten auf politische Entscheidungsprozesse hat in den letzten Jahren allerdings bundesweit stark zugenommen. Nicht immer sind die damit verfolgten Ziele und Mittel lauter. Lobbyistentätigkeit im politischen Bereich muss daher für die Öffentlichkeit transparent sein. Durch die Herstellung größtmöglicher Transparenz können unlautere Versuche der Einflussnahme neutralisiert und jeglicher böse Schein von vorneherein vermieden werden.

Wir werden daher die gesetzlichen Grundlagen für ein verbindliches öffentliches Register für Interessenvertreterinnen und -vertreter schaffen, in dem die Tätigkeit von im Bereich von Landesregierung und Landtag tätigen Lobbyistinnen und Lobbyisten erfasst wird.

13. Frei und sicher leben

Der Schutz der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ist unser Ziel. Wir stehen für eine grund- und bürgerrechtsorientierte Rechts- und Innenpolitik. Die Innere Sicherheit bleibt eine zentrale Aufgabe der Landesregierung. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land - das wollen wir weiterhin gewährleisten. Wichtig ist, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden.

Wir stehen für eine starke, moderne, menschenfreundliche Justiz, die personell und technisch gut ausgestattet ist, zügig, gerecht und in guter Qualität arbeitet sowie Straftaten konsequent verfolgt.

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes verfassungsrechtliches Gut, das wir bewahren wollen. Wesentliches Ziel der kommenden Jahre für den Bereich Kommunales und ländlicher Raum ist es, die Kommunen wieder stärker handlungsfähig zu machen.

Die Konversion wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe einer integrierten Regional- und Strukturpolitik des Landes bleiben.

Bürgernahe und transparente Polizeiarbeit

Die Koalitionspartner werden Polizistinnen und Polizisten bei der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen. Wir wollen sicherstellen, dass der Polizei die notwendigen Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Arbeit sachgerecht erfüllen kann. Unser Ziel ist es, eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Belastungen orientierte Arbeit der Polizei zu gewährleisten. Wir wollen das Leitbild einer bürgernahen Polizei in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln.

Wir wollen die polizeiliche Infrastruktur auch in der Fläche erhalten und halten bezüglich der Polizeistärke am Landtagsbeschluss aus der 14. Wahlperiode fest. Eine Veränderung bei den Standorten der fünf Polizeipräsidien wird nicht angestrebt.

Mehr Transparenz stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei. Polizistinnen und Polizisten tragen Namensschilder oder gegebenenfalls individuelle Nummern. Über die Ausgestaltung der Kennzeichnung soll eine Dienstvereinbarung abgeschlossen werden. Wir werden im Innenministerium außerhalb der Organisation der Polizei eine unabhängige Beschwerdestelle der Polizei einrichten, über deren Arbeit regelmäßig im Innenausschuss berichtet wird.

Die rheinland-pfälzische Polizei setzt sich bereits dafür ein, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu gewinnen und wird dieses Ziel verstärkt weiterverfolgen. Auch an den hohen Einstellungsquoten von Frauen in den Polizeidienst werden wir festhalten. Denn eine geschlechterparitätische Zusammensetzung der Polizei ist für deren Verankerung in der Gesellschaft und damit für ihre erfolgreiche Arbeit zentral.

Der Kriminalprävention messen wir einen hohen Stellenwert bei. Die Kriminalpräventiven Räte werden wir weiter ausbauen und die Gesellschaft dort so breit wie möglich abbilden.

Es ist das gemeinsame Ziel der Koalitionspartner, die Videoüberwachung generell einzugrenzen. Weil die öffentliche Hand Vorbildfunktion hat, wollen wir die Videoüberwachung

durch öffentliche Stellen deutlich einschränken. Dazu gehört auch, dass auf Videoattracten verzichtet wird. Insbesondere die Überwachung im privaten Bereich, wie zum Beispiel in Einkaufszentren, wollen wir kritisch überprüfen.

Das Internet und die neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen vor allem Chancen, aber auch Risiken. Auch im Netz müssen Grundrechte und allgemeine rechtsstaatliche Prinzipien gewahrt werden. Bei Überlegungen, neue Befugnisnormen für Eingriffe in Bürgerrechte einzuführen, ist zu beachten, dass es bereits weitreichende repressive Befugnisse nach der Strafprozessordnung zur Strafverfolgung gibt. Daher sehen wir aufgrund der erfolgten Neuregelung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes in der vergangenen Legislaturperiode keinen Bedarf für weitere präventive Eingriffsbefugnisse zur Gefahrenabwehr.

Die Polizei muss moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zukünftig im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus nutzen können. Neue Eingriffsbefugnisse bedeuten Eingriffe in Bürgerrechte. Wir wollen die Sicherheitsbelange des Staates einerseits und die Freiheitsrechte der Bevölkerung andererseits zu einem vernünftigen Ausgleich bringen.

Online-Durchsuchungen begegnen erheblichen rechtspolitischen Bedenken. Daher vereinbaren wir, die im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) getroffenen Regelungen der Online-Durchsuchung zu überprüfen. Die im Paragraphen 100 POG vorgesehene qualitative Evaluierung soll bereits mit Ablauf des Jahres 2013 durch eine externe wissenschaftliche Begutachtung erfolgen. Ebenfalls evaluiert werden die Rasterfahndung und die bisher fehlende Benachrichtigungspflicht sowie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Unabhängig von der Evaluierung wird die Frist bei der Quellen-TKÜ umgehend auf zwei Monate herabgesetzt.

Es gibt rechtspolitische Bedenken gegen die Speicherung von Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht hohe Anforderungen in Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung aufgestellt. Im geltenden rheinland-pfälzischen POG ist die Vorratsdatenspeicherung nicht vorgesehen. Diesbezügliche Änderungen werden die Koalitionspartner nur im Konsens vollziehen.

Rheinland-Pfalz wird sich bei der Innenministerkonferenz dafür einsetzen, den Umgang mit der so genannten "Gewalttäterdatei Sport" unter Berücksichtigung der Rechtsschutzinteressen von Betroffenen neu zu gestalten. Betroffene sollen zukünftig über eine Aufnahme in die Datei informiert werden. Die Kriterien, die zur Aufnahme in diese Datei führen, müssen transparent sein.

Opferhilfe, Zeugenschutz und Mediation

Justiz ist eine hoheitliche Aufgabe. Privatisierungsbestrebungen, beispielsweise im Bereich des Strafvollzuges und des Gerichtsvollzieherwesens, lehnen wir ab.

Wir wollen für alle den gleichen Zugang zum Recht. Auch sozial Schwächere müssen in der Lage sein, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb wenden wir uns gegen jede Änderung bei der Prozesskostenhilfe oder Beratungshilfe, wenn diese die Menschen abhält, ihre Rechte geltend zu machen. Wir wollen das öffentliche Rechtsberatungsangebot der anwaltlichen Beratungsstellen weiter fortentwickeln, um eine noch bessere niedrigschwellige Rechtsberatung insbesondere von Jugendlichen und sozial schwächeren Menschen zu erreichen.

Wir werden deshalb das Pilotprojekt "Anwaltliche Beratungsstellen" an den bisherigen Standorten dauerhaft installieren und streben eine Ausweitung auf andere Standorte in Kooperation mit den örtlichen Anwaltsvereinen an.

Vorbeugung gegen Kriminalität bleibt besonders wichtig. Sie dient der Verhinderung von Straftaten und ist wirksames Mittel zum Opferschutz. Dem Opferschutz widmen wir unser besonderes Augenmerk, denn die Opfer von Straftaten haben Anspruch auf unsere Hilfe. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiges Mittel der Streitbeilegung sowie des Ausgleichs und der Befriedung zwischen Opfer und Täter bzw. Opfer und Täterin. Er verdient weitere und stärkere Förderung. Von großem Nutzen könnte dafür eine (gesetzliche) Regelung sein, die vorschreibt, dass in Fällen bestimmter Straftaten die Frage eines Täter-Opfer-Ausgleichs von der mit der Sache befassten Staatsanwaltschaft oder zuständigen Richterinnen und Richtern geprüft werden muss. Darüber hinaus sollten in einem besonderen Pilotprojekt Wirkungen und Wert des Täter-Opfer-Ausgleichs intensiv erprobt, untersucht und dokumentiert werden.

Seit 2009 gibt es flächendeckend bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften Zeugenkontaktstellen. Sie unterstützen Bürgerinnen und Bürger bei der Erfüllung ihrer Zeugenpflichten und unterstützen Zeuginnen und Zeugen, die oft als Opfer aussagen, im Sinne einer "ersten Hilfe" durch Rat und Tat vor Ort sowie durch die Vermittlung weitergehender Hilfsangebote. Die Zeugenkontaktstellen sollen fortgeführt werden. Darüber hinaus soll die Frage der psychosozialen Zeugen- und Opferbetreuung weiter vertieft werden.

Zur Vermeidung unnötiger Gerichtsverfahren und Entlastung der Justiz werden wir gerichtliche und außergerichtliche Schlichtungsmodelle und Mediationsangebote weiterhin fördern und ausbauen. Insbesondere im Bereich des Familienrechts setzen wir uns dafür ein, dass unterschiedliche Modelle der Mediation und der interdisziplinären Kooperation wie zum Beispiel der Mainzer Arbeitskreis Trennung und Scheidung und das „Cochemer Modell“ gestärkt und weiter gefördert werden.

Um die Justiz zu entlasten und Gelegenheitskonsumenten zu entkriminalisieren, werden wir die Eigenbedarfsgrenzen für Cannabis wieder auf den Stand von 2007 anheben.

Justizstruktur und -verwaltung

Wir wollen eine Stärkung der Justiz als Dritte Gewalt. Sie ist nicht organisatorisch unabhängig, sondern wird von der Exekutive verwaltet. Deshalb werden wir mit den Organisationen der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Anwältinnen und Anwälte im Licht der Verfassungsrechtsprechung einen offenen Dialog über eine Stärkung einer parlamentarisch kontrollierten Selbstverwaltung der Dritten Gewalt führen. Die Koalitionspartner vereinbaren, die Zusammensetzung und Arbeit des Richterauswahlausschusses einer Evaluierung zu unterziehen.

Vorbildlich wirken zur Vermeidung und Bekämpfung von Jugendkriminalität die „Häuser des Jugendrechts“. Dort findet eine Optimierung der Verfahrensabläufe bei der Verfolgung und Verhütung von Jugendkriminalität statt durch die Zusammenführung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe sowie freien Trägern unter einem Dach. Die „Häuser des Jugendrechts“ sind wichtige Instrumente der effektiven Jugendkriminalitätsbekämpfung. Die Einrichtungen haben sich bewährt und sollen deshalb ausgebaut werden.

Auch im Justizdienst halten wir eine Personalzusammensetzung für wichtig, die seine breite Verankerung in der Gesellschaft sichert. Deshalb wollen wir eine größere Zahl von Einstellungen von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund in den Justizdienst erreichen und werden dafür geeignete Maßnahmen entwickeln.

Für uns gehört eine gute Erreichbarkeit von Justiz zur Garantie des Rechtsstaats. Gerade deshalb wollen wir Amtsgerichte in der Fläche erhalten. Gleichwohl sind strukturelle Reformen auch unter dem Gesichtspunkt der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse unumgänglich. Im Hinblick auf die Größe anderer Oberlandesgerichtsbezirke und Generalstaatsanwaltschaften ist jeweils eine Einrichtung für Rheinland-Pfalz angemessen. Wir werden diese mit Sitz in Zweibrücken zusammenführen.

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in den vergangenen Jahren deutliche Verfahrensrückgänge festzustellen. Die erste Instanz wollen wir daher auf drei Standorte konzentrieren.

Die zurückgehenden Gefangenenzahlen werden wir zum Anlass nehmen, die Struktur der Haftanstalten zu prüfen. Dabei wird auch eine Unterbringung von Ersatzfreiheitsstrafgefangenen, die sich an den Standards im offenen Vollzug orientiert, in Betracht gezogen.

Wir werden die sozialen Dienste der Justiz in einer neuen Struktur organisatorisch und konzeptionell zusammenführen und sie einer einheitlichen Dienst- und Fachaufsicht unterstellen, um die Effizienz des Übergangsmangements durch ein eng verzahntes Hilfs- und Überwachungssystem deutlich zu verbessern.

Im Rahmen des Qualitätsmanagement werden systematische, ganzheitliche Vergleiche von Organisationen durchgeführt, um die jeweils beste Lösung für bestimmte Aufgabenstellungen ausfindig zu machen. Es geht darum, einen Dialog der beteiligten Partner über die unterschiedlichen Vorgehensweisen anzustoßen. Ziel des Qualitätsmanagements ist, voneinander zu lernen und gute Ideen und Lösungen allen Beteiligten zugänglich zu machen. Wir haben bereits Qualitätszirkel bei den Gerichten und landesinterne oder länderübergreifende Vergleichsringe installiert. Diese Instrumente sollen kontinuierlich ausgebaut und fortentwickelt werden.

Die Koalitionspartner werden unter Beteiligung der Betroffenen weitere strukturelle Reformen in der Justiz prüfen.

Justizvollzug

Im Justizvollzug steht die Resozialisierung der Strafgefangenen für uns im Vordergrund. Nur durch eine erfolgreiche Resozialisierung können wir auf Dauer Sicherheit für die Bevölkerung gewährleisten. Wir entwickeln eigene Landesvollzugsgesetze für den Strafvollzug, die Sicherungsunterbringung und den Jugendarrest. Sie sind auszurichten an der Würde der Betroffenen, dem Gedanken der Resozialisierung und den Erfordernissen der Sicherheit der Bevölkerung.

Wir wollen den menschenrechtskonformen Vollzug der Sicherungsunterbringung unterstützen und in Kooperation mit anderen Ländern voranbringen, um möglichst rasch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu entsprechen. Unterbringungsplätze müssen Therapie-, Arbeits- und Bildungsangebote enthalten.

Wir werden ein Abschiebehaftvollzugsgesetz schaffen.

Wehrhafte Demokratie

Rheinland-Pfalz steht für Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit. Die rot-grüne Landesregierung akzeptiert keine Form von Rassismus und Antisemitismus. Extremismus stellt unsere Demokratie in Frage und auf die Probe. Wir wehren uns mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates. Daher treten wir jeder Form von antidemokratischen Tendenzen entschieden entgegen.

Die NPD orientiert sich an der menschenverachtenden Weltanschauung des Nationalsozialismus, agiert fremdenfeindlich, antisemitisch und revisionistisch. Ihr grundlegendes Ziel ist die Beseitigung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Das Verbot einer Partei kann in einer Demokratie unter der Maßgabe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte immer nur ultima ratio sein. Die Landesregierung wird ihren konsequenten Kampf gegen Verfassungsfeinde fortsetzen.

Wir wollen erreichen, dass durch gezielte Maßnahmen antidemokratische und extremistische Strukturen erst gar nicht wachsen können. Die Präventionsarbeit bleibt unsere Schwerpunktaufgabe. Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ und andere Kräfte der Zivilgesellschaft leisten vorbildhafte und unverzichtbare Arbeit. Diese gilt es nach besten Kräften zu stärken und zu unterstützen. Die Arbeit des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus und der Präventionsagentur, die Beratung von Gefährdeten, Eltern und Kommunen, den Aufbau eines Präventionsnetzwerkes und die Initiierung neuer Projekte wollen wir weiter ausbauen. Der Ausbau von weiteren Beratungsknoten wird bei Bedarf unterstützt.

Wir lehnen die Extremismusklausel der Bundesregierung, die von Initiativen gegen Extremismus fordert, ihre Verfassungstreue und die ihrer Kooperationspartner schriftlich zu bekennen, ab.

Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik

Wir bekennen uns in besonderer Weise zu den humanitären Verpflichtungen im Bereich des Flüchtlings- und Asylrechts. Wir wollen, dass das Instrument der Härtefallgewährung noch stärker bekannt und genutzt wird, um besonders gelagerte Einzelfälle zu lösen. Die interkulturelle Kompetenz sowie den Dienstleistungscharakter der Ausländerbehörden wollen wir durch geeignete Maßnahmen weiter stärken.

Wir sprechen uns dafür aus, die Bewegungsfreiheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zeitnah auf das gesamte Gebiet des Landes zu erweitern. Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, die Regelungen zur Bewegungsfreiheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Geduldeten auch bundesweit zu harmonisieren und zu erweitern. Außerdem streben wir im Bundesrat eine Initiative zur Abschaffung der Residenzpflicht an.

Deutschland und die EU tragen eine gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge in den Krisengebieten der Welt. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und die Flüchtlingsorganisationen fordern daher regelmäßig die Aufnahme von Flüchtlingen von außerhalb der EU-Grenzen im Rahmen von „Resettlement“ oder innerhalb der Grenzen der EU im Rahmen von „Relocation“. Dieser sozialen Verpflichtung ist Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit stets durch die Aufnahme von einzelnen Flüchtlingen oder Flüchtlings-

gruppen wie beispielsweise aus dem Irak, dem Iran oder aus anderen Ländern nachgekommen. Rheinland-Pfalz wird auch weiterhin seine Bereitschaft signalisieren, Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Flüchtlinge konnten in der Vergangenheit jedoch aufgrund der Komplexität der zu regelnden Sachverhalte nur nach schwierigen und langwierigen Abstimmungsprozessen innerhalb der Länder und zwischen dem Bund und den Ländern aufgenommen werden. Hier werden wir uns im Sinne einer sozialen und von humanitären Gesichtspunkten geleiteten Politik für eine zügigere Verständigung über die Aufnahme und über die Frage der Kosten mit dem Bund und den Ländern einsetzen. Mit Blick auf die Zukunft muss eine europäische Gesamtkonzeption für die Lösung der humanitären Frage der Flüchtlingspolitik gefunden werden.

Die aktuell beschlossene Regelung zur Aufenthaltsgewährung für gut integrierte geduldete Jugendliche und Heranwachsende ist lediglich ein Schritt in die richtige Richtung und wird von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als nicht hinreichend angesehen. Wir werden uns daher im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag einsetzen. Eine nachhaltige Bleiberechtsregelung muss die oft unzumutbar hohen Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung senken und für Alte, Kranke und Traumatisierte eine an humanitären Kriterien ausgerichtete Regelung schaffen. Darüber hinaus wollen wir für die bestehenden Bleiberechtsregelungen die landesrechtlichen Spielräume nutzen, damit die Betroffenen – unter besonderer Berücksichtigung integrationspolitischer und humanitärer Gesichtspunkte – von den bestehenden Regelungen profitieren können.

Wir werden uns weiterhin für einen weitergehenden Regelungsansatz aussprechen, der integrierten Duldungsinhabern mit langjährigem Aufenthalt unter klar definierten Voraussetzungen eine Aufenthaltsperspektive ermöglicht. Ferner muss für die Inhaberinnen und Inhaber der verlängerten Aufenthaltserlaubnisse auf Probe der gesetzlichen Altfallregelung eine abschließende aufenthaltsrechtliche Regelung gefunden werden. Wer ein Abschiebungshindernis nicht zu vertreten hat, sich rechtstreu verhalten hat und durch eine qualifizierte Beschäftigung den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bereits dauerhaft sichert, sollte bei günstiger Integrationsprognose die Perspektive für ein Bleiberecht erhalten.

Die Arbeit der rheinland-pfälzischen Härtefallkommission hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Die Kommission wird um ein Mitglied, das der Arbeitskreis Asyl entsenden soll, erweitert. Die Koalitionspartner streben eine Erhöhung der Fälle, die in der Härtefallkommission behandelt werden, an. Ein jährlicher Bericht an den Landtag soll erfolgen.

Im Umgang mit ausreisepflichtigen Personen wollen wir den Schwerpunkt weiterhin auf die Förderung der freiwilligen Rückkehr legen. Einer Rückkehr in Würde und mit der Möglichkeit einer eigenständigen, gegebenenfalls geförderten Rückkehr in das Herkunftsgebiet ist der Vorrang vor Zwangsmaßnahmen zu geben. Die geförderte freiwillige Rückkehr umfasst neben der Beteiligung an den betreffenden Bund-Länder-Programmen insbesondere die bundesweit einmalige „Landesinitiative Rückkehr“.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1993 wurden die Beträge im Asylbewerberleistungsgesetz nicht erhöht. Die derzeitigen Regelungen halten wir für verfassungswidrig. Die Leistungsansprüche müssen transparent und nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes berechnet und angepasst werden. Das Sachleistungsprinzip muss weitestgehend wegfallen. Die Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes ist

kurzfristig und mit hoher Priorität anzugehen. Durch diese Änderung entstehende Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte sind vor dem Hintergrund der finanziellen Gesamtsituation der Kommunen durch eine künftige Kostenbeteiligung des Bundes aufzufangen. Wir werden entsprechende Initiativen im Bundesrat auf den Weg bringen.

Minderjährige Flüchtlinge bedürfen eines besonderen Schutzes. Dies wollen wir bei der Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz umsetzen, in dem wir alle unter 18-jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in kinder- und jugendgerechten Einrichtungen unterbringen und ihnen einen Betreuer zur Seite stellen. Die Einrichtung weiterer Clearingstellen für unbegleitete Minderjährige wollen wir prüfen.

Abschiebehaft darf nur als ultima ratio und zur Durchsetzung einer unmittelbar bevorstehenden Abschiebung angeordnet werden. Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit minderjährigen Kindern, psychisch Kranke, Menschen mit Behinderung oder posttraumatischer Belastungsstörung und ältere Menschen benötigen besonderen Schutz. Sie sollen weiterhin grundsätzlich von der Abschiebehaft ausgenommen werden. Die Abschiebehaft stellt für die in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim untergebrachten Menschen eine hohe Belastung dar. Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, im Lichte humanitärer Aspekte Verbesserungen bei den Bedingungen der Unterbringung zu erzielen. Hierzu wird die Landesregierung eine Arbeitsgruppe einrichten, die in Abstimmung mit dem Vertragspartner Saarland bis Mitte 2012 einen Vorschlag unterbreiten soll, wie unter rechtlichen, humanitären und Sicherheitsaspekten sowie Folgekosten eine Neuausrichtung der Unterbringung von Ausreisepflichtigen erfolgen kann. Die Empfehlungen sollen unverzüglich umgesetzt werden.

Die Landesunterkunft für Ausreiseflüchtlinge in Trier wollen wir zeitnah schließen. An der zentralen Regelung der Passbeschaffung werden wir festhalten.

Ja zur Einbürgerung

Wir wollen die Zahl der Einbürgerungen erhöhen und die Willkommens-Kultur in Rheinland-Pfalz pflegen. Denn die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten weiter zu verbessern. Wer sich einbürgern lässt und die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wird gleichberechtigte Bürgerin oder gleichberechtigter Bürger unseres Landes mit allen Rechten und Pflichten; Eingebürgerte haben alle Möglichkeiten der politischen Teilhabe – in Deutschland und in der Europäischen Union. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Partnerinnen und Partnern der Integrations- und Migrationsarbeit für die Einbürgerung werben und für eine gute Informations- und Beratungsarbeit eintreten. Die Einbürgerungskampagne "Wir sagen Ja zur Einbürgerung" wird weitergeführt. Dabei sollen die betroffenen Personengruppen stärker von behördlicher Seite auf die Einbürgerungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus werden wir prüfen, wo das geltende Recht Erleichterungen für die Einbürgerungsverfahren ermöglicht.

Junge Menschen sollen nicht mehr gezwungen werden, sich zwischen zwei Staatsbürgerschaften zu entscheiden, wenn sie volljährig werden. Die Optionspflicht und die daraus folgenden komplizierten Regelungen waren schon bei ihrer Einführung rechtlich und rechtspolitisch umstritten. Wir werden uns im Bundesrat sowohl für eine erweiterte Hinnahme

von Mehrstaatigkeit in Einbürgerungsverfahren einsetzen als auch für die Abschaffung des Optionszwangs.

Effiziente und transparente Strukturen durch Kommunal- und Verwaltungsreform

Die demographische Entwicklung, die prekäre Finanzausstattung der Kommunen und der Wandel der Aufgabenwahrnehmung erfordern eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform. Wir streben effiziente und transparente Strukturen an, die den engen Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern und soziale Teilhabe auch in Zukunft gewährleisten. Wesentliches Ziel der kommenden Jahre für den Bereich Kommunales und ländlicher Raum ist es, die Kommunen wieder stärker handlungsfähig zu machen. Eine weitergehende Kommunal- und Verwaltungsreform auf allen Ebenen ist eine unverzichtbare Voraussetzung bei der Umsetzung dieses Zieles. Wir werden die in der ersten Stufe eingeleiteten Schritte der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) auf der Ebene der Verbandsgemeinden konsequent fortsetzen. Es bedarf weiterer Stufen der Kommunal- und Verwaltungsreform. In diesem Prozess streben wir einen breiten politischen Konsens und eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse an.

Die Koalitionspartner lassen sich von folgenden Zielen leiten:

Mit der KVR wollen wir die kommunalen Räte stärken und direktdemokratische Elemente erleichtern, um Transparenz und Bürgerbeteiligung zu fördern. Dabei sollen verstärkt neue Technologien eingesetzt werden (Ratsinformationssystem, eGovernment etc.)

Bürgernähe verstehen wir nicht nur im räumlichen Sinn, sondern wir streben an, im Zuge der KVR die Strukturen zu vereinfachen, ihre Transparenz zu erhöhen und die Dienstleistungsbereitschaft und den Bürgerservice der Verwaltungen zu stärken.

Die wachsende Komplexität kommunaler Aufgabenwahrnehmung erfordert auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenkritik eine Klärung von Verantwortlichkeiten sowohl im Hinblick auf Entscheidungskompetenzen als auch von Kostenverantwortung. Mit der Verwaltungsreform werden wir größere Aufgabentransparenz herstellen. Wir wollen die Selbstverwaltungskompetenz der Ortsgemeinden erhalten und die Dienstleistungsfunktion der Kommunen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen stärken.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben, zum Beispiel wenn es um die Optimierung des Bürgerservices, elektronische Verwaltungsdienstleistungen oder um neue Kooperationsformen wie zum Beispiel aufsuchende Verwaltung oder mobile Serviceeinheiten geht.

Auch die Landesverwaltung muss aufgrund der Vorgaben der Schuldenbremse Kosten senken und Einsparungen vornehmen. Im Zuge einer konsequenten Aufgabenkritik werden wir die Einsparmöglichkeiten im gesamten Bereich der Landesverwaltung prüfen. Strategien zur Konsolidierung, Effizienzsteigerung und Zentralisierung stehen im Zentrum von Einsparanstrengungen und Aufgabenkritik.

Militärstandorte und Konversion

Konversion wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe einer integrierten Regional- und Strukturpolitik des Landes bleiben. Einerseits stehen Konsolidierungsbemühungen bei bestehenden Projekten an, andererseits werden mit der Bundeswehrreform große Herausforderungen auf die Konversionspolitik zukommen. Auch im Bereich der zivilen Konversion werden Land und Kommunen weiterhin stark gefordert sein. Wir wollen die auf allen Ebenen in 20 Jahren gewonnenen Erfahrungen nutzen, um die zukünftigen Konversionsprojekte mit Blick auf den sozial-ökologischen Strukturwandel weiterzuentwickeln. Wir wollen nicht nur traditionelle Beschäftigungsmöglichkeiten im verarbeitenden Gewerbe ausbauen, sondern neue Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung, neuen Informations-, Kommunikations- und Umwelttechnologien, nachhaltigem Tourismus und der Logistik schaffen. Ehemals militärisch oder industriell genutzte Flächen sollen durch die sozial-ökologisch orientierte Umnutzung den betroffenen Regionen neue Perspektiven eröffnen und verstärkt für umweltverträgliche Energieherstellung vorgesehen oder, wenn geeignet, renaturiert werden.

Vor dem Hintergrund des weiteren strukturellen und des demografischen Wandels wollen wir eine noch engere Verzahnung aller an der Konversion und der kommunalen Entwicklung Beteiligten erreichen. Bei den anstehenden Konversionsanstrengungen wollen wir eine ganzheitliche, räumliche Betrachtung in den Fokus nehmen, um im Rahmen einer integrierten Regional- und Strukturpolitik eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen.

Das Konversionskabinett hat sich als zielgerichtete Entscheidungsstruktur bewährt und bleibt erhalten. Die Aufgaben der Entwicklungsgesellschaften werden in einer Gesellschaft konzentriert. Ihre Aufgabe ist es, insbesondere Konzepte für eine integrierte Regional- und Strukturpolitik zu entwickeln. Dabei sollen die Erfahrungen aus den bisherigen Konversionsprojekten gebündelt und nachhaltige Strukturen für Arbeitsplätze mit ziviler Ausrichtung geschaffen werden.

Seit Bestehen des Landes sind die US-Streitkräfte ein Teil des rheinland-pfälzischen Alltags. Mit rund 8.400 zivilen deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind die US-Streitkräfte der zweitgrößte Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz. In den vergangenen zwei Jahrzehnten fand eine große Konsolidierung und Konzentrierung der Liegenschaften und der Struktur der US-Streitkräfte statt. Dieser Prozess wird weitergehen. Da wertvolle innerörtliche oder ortsanliegende Flächen frei werden, liegt darin ein großes Entwicklungspotential für die betreffenden Kommunen. Diesen Prozess wollen wir positiv begleiten, um diese Chancen für die Kommunen zu nutzen.

Das geplante US-Militärkrankenhaus in Weilerbach wird von der Landesregierung positiv begleitet. Wir gehen davon aus, dass die Kosten von der Bundesregierung zu tragen sind, das heißt, dass das Land in diesem Zusammenhang nicht in der Kostentragungspflicht ist.

Friedenspolitik

Die Koalitionspartner bekennen sich zur globalen Verantwortung Europas und des Landes Rheinland-Pfalz auch über die Grenzen hinaus. Wir wollen die Globalisierung gerechter gestalten und damit einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt leisten. Die Bekämpfung von Armut einerseits, Frieden und Sicherheit andererseits stehen für uns in direktem Zusammenhang. Sie sind zwei Seiten einer Medaille. Daher unterstützen wir die friedenspolitischen Initiativen im Land. Wir wollen, dass zivile und präventive Strategien des

Konflikt- und Krisenmanagements gestärkt werden. Wir prüfen die Gründung einer Friedensakademie oder gegebenenfalls die Kooperation mit bestehenden Institutionen und Ausbildungseinrichtungen benachbarter Länder, um damit aktiv für Engagement im Bereich der Friedenspolitik zu werben.

Die Koalitionspartner stehen für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz. Wie schon im Landtagsbeschluss im Jahr 2005 festgehalten, soll die Bundesregierung in Gesprächen mit amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen erreichen.

Partner des Sports

Sportpolitik ist Gesellschaftspolitik. Sport ist wichtiger Bestandteil unseres kulturellen und sozialen Lebens, eine der zentralen Säulen unserer Gesellschaft. Er bietet allen Altersgruppen Raum zur persönlichen Verwirklichung und Entfaltung. Sport leistet einen positiven Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten und bietet Kindern mit schwierigen Startbedingungen Chancen zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Leben.

Wir bleiben verlässlicher Partner des Sports. Wir wollen dafür sorgen, dass auch in Zukunft jeder und jedem flächendeckend attraktive Sportstätten zur Verfügung stehen. Mit Beendigung der Maßnahmen des Konjunkturpakets II werden wir den Bestand aufnehmen und prüfen, welche Defizite prioritär zu beheben sind.

Gewalt, Homophobie und Rassismus dürfen auch im rheinland-pfälzischen Sport keine Chance haben. Die Fanprojekte in Rheinland-Pfalz leisten dabei hervorragende Präventionsarbeit. Daher werden wir bestehende oder sich im Aufbau befindliche Fanprojekte weiterhin nach Kräften unterstützen. Wir bekennen uns zum Gedanken des Fairplay und des sauberen Sports.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die ehrenamtlich Tätigen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes leisten einen unverzichtbaren Dienst. Sie setzen sich tagtäglich für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung ein, leisten Hilfe und Unterstützung. Zudem sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Gemeinwesen und ein bedeutender Teil des sozialen und kulturellen Lebens in vielen Gemeinden.

Wir stehen dafür, dass die Feuerwehr im Dorf bleibt. Wir sorgen für eine adäquate Ausbildung und Unterbringung unserer Wehren und unterstützen sie dabei, den Nachwuchs zu fördern und neue Mitglieder zu gewinnen. Eine hochwertige Ausstattung ist für die Sicherheit der Menschen unerlässlich. Auch mit der flächendeckenden Einführung des Digitalfunks in Rheinland-Pfalz werden wir dieser Verantwortung gerecht.

Katastrophenschutz und Rettungsdienst stellen in Rheinland-Pfalz einen starken Verbund dar. Wir stellen sicher, dass der Rettungsdienst als hoheitliche Aufgabe flächendeckend innerhalb der gesetzlichen Hilfsfrist zur Stelle ist und wahrgenommen wird. Bestehende Konzepte zum Katastrophenschutz werden wir ausweiten und modernisieren. Wir setzen uns dafür ein, die sehr gute Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen weiter auszubauen und den Ehrenamtlichen gute Rahmenbedingungen zu bieten. Sie bleiben starke Partner.

14. Medien und Netzpolitik

Mit der digitalen Revolution haben sich große Chancen für die Zukunft eröffnet. Die Freiheit des Netzes ermöglicht Demokratie und Teilhabe. Es gibt aber auch Risiken. Wir wollen alle Menschen zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet befähigen. Der Schutz vor Datenmissbrauch und der Verbraucherschutz müssen ausgeweitet werden.

Digitale Chancen ergreifen

Das Internet und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind selbstverständlicher Teil des Alltags der Menschen geworden und haben unser Leben, unsere Kommunikation und unsere Gesellschaft grundlegend verändert. Wir stehen für eine digitale Zukunft, die Freiheit und Sicherheit im Netz gewährleistet. Wir werden alle Anregungen der Enquetekommission „Verantwortung in der digitalen Welt“ sorgfältig prüfen.

Für die Freiheit der Information im Netz und den ungehinderten Transport von Daten ist es unerlässlich, die Neutralität des Netzes durch die Betreiber sicherzustellen. Die Gleichbehandlung von Daten im Sinne der Netzneutralität ist für uns hier ein wichtiges Ziel.

Wir lehnen Netzsperrern jedweder Art entschieden ab und treten für den Grundsatz „Löschen statt Sperren“ ein.

Wir bekennen uns zu den Zielen des Jugendmedienschutzstaatsvertrages und treten für eine transparente und offene Fortentwicklung in den Beratungen auf Länderebene ein und eine breite gesellschaftliche Debatte voranbringen. Die Aktivitäten von jugendschutz.net wollen wir ausbauen.

Wir setzen uns für ein modernes Urheberrecht ein, das für einen gerechten Ausgleich zwischen den Schutzinteressen der Urheberinnen und Urheber an ihren digitalen Werken und den berechtigten Interessen der Internetnutzerinnen und -nutzer an freiem Zugang zu Wissen und kulturellen Werken sorgt.

Breitband ausbauen

In der Wissensgesellschaft wird das Internet immer mehr zu einem Medium, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb gehört ein Breitbandzugang zu einem zeitgemäßen Lebensumfeld. Nicht nur zukunftsfähige Arbeitsplätze, kleine und mittlere Unternehmen sowie Kommunen brauchen ein schnelles Internet, sondern auch jeder Privathaushalt.

Wir werden dafür sorgen, dass bis Ende 2012 jedem Haushalt in Rheinland-Pfalz eine Grundversorgung mit leistungsfähigem Breitband unter Einbezug aller vorhandenen Technologien zur Verfügung steht. Darüber hinaus wollen wir eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarkem Breitband vor allem auch im ländlichen Raum erreichen. Zur Unterstützung der Breitbandstruktur im Land soll ein Infrastrukturausbaugesetz auf den Weg gebracht werden. Für den Breitbandausbau soll als Anreizsystem auch das Instrumentarium der Förderbanken genutzt werden.

Medienkompetenz stärken

Medienkompetenz ist eine Grundvoraussetzung für den selbstbestimmten Umgang mit Medien. Wir wollen den Erwerb von Medienkompetenz als integralen Bestandteil von Bildung in allen Bildungseinrichtungen und für alle Lebensphasen verankern. Es ist unser Ziel, selbstbestimmtes und sozialverantwortliches Handeln von Kindern, Jugendlichen und Eltern gerade im Umgang mit den digitalen Medien zu ermöglichen.

Wir wollen einen „Medienkompass“ für die Schülerinnen und Schüler einführen, um den Erwerb von Kompetenzmodulen zu ermöglichen. Das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ mit seinen infrastrukturellen Komponenten soll zunächst auf alle Schulen der Sekundarstufen I übertragen werden. In den Grundschulen wollen wir Anreizsysteme für die Schulträger zum Einsatz von elektronischen Wandtafeln schaffen.

Medienkompetenz wird ein wichtiger Bestandteil in der Lehreraus- und -fortbildung. Wir wollen den sorgsamsten Umgang mit Medien auch in Kindergärten und Vorschulen thematisieren, Eltern Angebote machen, Medienkompetenz-Programme für Einrichtungen der Jugendhilfe und der außerschulischen Bildung fördern und für ältere Menschen Angebote aufbauen, damit sie die neuen Medien zielgerichtet nutzen können.

Wir werden Schüler- und Jugendredakteurinnen und -redakteure weiter unterstützen. Das Projekt „Zeitung lesen macht schlau“ wird fortgeführt.

Medienstandort Rheinland-Pfalz

Die digitale Entwicklung sehen wir auch als Chance für den Wirtschafts- und Medienstandort Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir die in den Regionen Mainz, Rheinhessen, Trier, Koblenz und Kaiserslautern entstandenen IT-Unternehmen und Netzwerke unter Hervorhebung der jeweiligen regionalen Stärken weiter fördern und eine zentrale Anlaufstelle zur Vernetzung der Aktivitäten in den Regionen aufbauen.

Wichtig ist uns auch die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft im IKT-Sektor mit der Kunst-, Kreativ- und Kulturbranche sowie die Förderung und Integration der Medienkompetenznetzwerke. Wir werden dabei die mediale Vielfalt und den Ausbau von Bürgermedien stärken.

Die Ausrichtung der Multimediainitiative werden wir im Hinblick auf deren ressortübergreifende Koordinierungsaufgabe evaluieren.

Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten tragen wesentlich zur freien Meinungsbildung, zur verlässlichen Information und zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Die Koalitionsparteien möchten, dass sich das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), der Südwestrundfunk (SWR) und das Deutschlandradio auskömmlich fortentwickeln können. Wir erwarten uns von der Klage des Landes Rheinland-Pfalz wichtige Hinweise des Bundesverfassungsgerichts, wie die gebotene Staatsferne eingehalten werden kann und eine einseitige politische Einflussnahme auf die Anstalten unterbleibt. Wir werden dem Beitragsstaatsvertrag zustimmen. Bei seiner Umsetzung werden wir besonders auf den Datenschutz und Datensparsamkeit achten und die Barrierefreiheit bei den Programmen einfordern. Wir wollen die Frequenzausstattung von Deutschlandradio verbessern.

Gemeinsam mit Baden-Württemberg werden wir den SWR-Staatsvertrag zeitgemäß fortentwickeln. Wir streben dabei eine Erhöhung des Informationsanteils, beispielsweise durch die Umwandlung eines der Radio-Programme zu einem Infokanal an. Die regionale Berichterstattung aus Rheinland-Pfalz soll – auch in den Gemeinschaftsprogrammen – gestärkt werden. Wir wollen eine Zusammensetzung der Gremien erreichen, die die Pluralität der Gesellschaft auch tatsächlich abbildet, und Redaktionsstatute verankern.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine vielfältige Medienlandschaft. Dazu tragen private Radio- und Fernsehsender, Kinos ebenso bei wie Verlagshäuser, Druckereien, aber auch viele kleine und mittelständige Design- und Werbeagenturen. Wir unterstützen diese Branche insbesondere im Bereich der Ausbildung in zukunftsträchtigen Medienberufen. Wir begrüßen die Fortführung des Presse-grosso. Wir werden weiterhin die Digitalisierung der Kinos fördern.

Wir werden uns aktiv in die Diskussion um ein neues Medienkonzentrationsrecht einbringen. Wir streben eine Stärkung der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich an. Es darf keine nationalen Rabatte auf Meinungsvielfalt geben. Weiterhin setzen wir uns im Bereich der privaten Medienaufsicht für eine länderübergreifende Medienanstalt der Länder ein. Außerdem ist uns ein angemessenes Informationsangebot auch bei Privatsendern ein wichtiges Anliegen.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Wir werden die Verwaltung mit elektronischen Verfahren noch effizienter und schneller gestalten. Dazu werden wir im Sinne von eGovernment schrittweise alle wesentlichen Verwaltungsleistungen online und barrierefrei bereitstellen und Antragsverfahren überwiegend elektronisch abwickeln. Dabei sorgen wir für sichere Kommunikationswege sowie eine sichere Datenhaltung. Dadurch gewährleisten wir den Datenschutz.

Wir stehen für eine bürgernahe Verwaltung und setzen uns für die aufsuchende Verwaltung in der Fläche ein. Dabei steht die Mensch-zu-Mensch-Kommunikation über zentrale Behördenzugänge wie eine Online-Dienstleistungsplattform, die einheitliche Behördenrufnummer 115, Bürgerbüros und der Einsatz mobiler Bürgeramtsarbeitsplätze im Vordergrund.

Wir wollen die digitalen Möglichkeiten nutzen, um die Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen und Entscheidungen auszubauen. Dies betrifft etwa kommunale Bürgerhaushalte, die Online-Petition und andere Formen von Bürgerentscheidungen. Zur Unterstützung werden wir eine eParticipation-Plattform schaffen, die eine Kombination von Information, Konsultation und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Wir werden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Effizienz die Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie im Land weiter bündeln. Den Weg der Konsolidierung und Zentralisierung vorhandener Server-Infrastrukturen werden wir konsequent fortsetzen. Dadurch kann der Stromverbrauch erheblich gesenkt und der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert werden (GreenIT). Bei der landesweiten Beschaffung von IT-Gütern werden die Umwelteigenschaften in den Ausschreibungen stärker berücksichtigt.

Bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen wollen wir prüfen, vermehrt offene und freie Software statt lizenzpflichtiger Produkte einzusetzen, sofern fachliche Eignung, Wirt-

schaftlichkeit und Sicherheit dem nicht entgegenstehen. Dies gilt auch für den Einsatz von Software in Bildungseinrichtungen.

Das Rechtssetzungsverfahren wollen wir unter Einbeziehung des Landtags auf der Basis elektronischer Dokumente weiterentwickeln. Gesetzentwürfe sollen medienbruchfrei übermittelt und bearbeitet werden. Den Abschluss des Rechtssetzungsprozesses soll die elektronische Verkündung der Gesetze und Verordnungen bilden.

15. Europa und internationale Zusammenarbeit

Aus der zentralen Lage in Europa und der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz resultiert die besondere Bedeutung der Europapolitik und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Leitbild ist für uns eine starke Region Rheinland-Pfalz in einer demokratischen, sozialen, ökologischen, transparenten, handlungsfähigen, nachhaltigen und stabilen Europäischen Union. Wir wollen als Grenzland auch künftig dazu beitragen, dass die Union fortentwickelt und vertieft wird. Die neuen europapolitischen Rechte des Bundesrates werden wir verantwortungsvoll nutzen und den Prozess der europäischen Einigung aktiv begleiten.

Für uns ist Europa vor allem auch ein Europa der Regionen. Die Vielfalt und Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen müssen dauerhaft bewahrt werden. Vor allem die Grenzregionen sind Gebiete, in denen die Vorzüge der europäischen Einigung in besonderem Maße erlebt werden können. Die wechselseitige Kenntnis und Verständigung über politische, kulturelle, sprachliche, historische und gesellschaftliche Eigenheiten der Nachbarregionen bereichert die grenzüberschreitende Kooperation. Deshalb wollen wir nicht nur den Erwerb der Sprache unserer Nachbarn weiter fördern, sondern auch unsere interkulturelle Kompetenz stärken und nutzbar machen.

Darauf wollen wir nicht zuletzt in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hinwirken, damit deren Praxistauglichkeit erhöht und gesichert wird und der Euro eine starke, verlässliche gemeinsame Währung bleibt.

Europapolitische Aufgaben des Landes

Die Europapolitik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind eine Querschnitts- und Koordinierungsaufgabe. Die konsistente Vertretung rheinland-pfälzischer Interessen auf europäischer, interregionaler und grenznachbarschaftlicher Ebene ist Auftrag und Aufgabe aller Ressorts.

Grundlage der europapolitischen Arbeit der Landesregierung soll eine „Europa-Strategie“ sein, in der jährlich Themenschwerpunkte und Ziele für das nächste Jahr benannt werden. Diese soll durch den Landtag verabschiedet werden.

Darüber hinaus wird die Landesregierung den Landtag laufend über EU-Angelegenheiten informieren, diesen im Rahmen der Willensbildung beteiligen sowie dessen Stellungnahmen berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf das Subsidiaritäts-Frühwarnsystem gelegt. Wir werden ein Verfahren zur Wahrnehmung der Mitwirkungsrechte des Landtags im Rahmen des EU-Frühwarnsystems entwickeln und geeignete Wege prüfen, inwieweit Kommunen bzw. kommunale Spitzenverbände einbezogen werden können.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Lissabon-Vertrag erstmals explizit anerkannte kommunale Selbstverwaltung auch in der Praxis gestärkt wird. Wir beabsichtigen, mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Verfahren zu entwickeln, das die rheinland-pfälzischen Kommunen aktiv in die durch den Lissabon-Vertrag geschaffene Subsidiaritätskontrolle einbezieht, und dieses Verfahren zusammen mit interessierten Kommunen in einer Pilotphase testen.

Die Stärkung der Europafähigkeit und der grenzüberschreitenden Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wird von den Koalitionspartnern mit

Nachdruck weiter verfolgt. Hierzu gehören unter anderem entsprechende Fortbildungsmaßnahmen sowie die temporäre Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Institutionen der Europäischen Union – unter anderem als „Nationale Experten“, „Experten in Ausbildung“ oder im Rahmen des Programms „Erasmus for Officials“. Weitere Benennungen als Bundesratsbeauftragte für EU-Gremien werden von Rheinland-Pfalz speziell auch zu ökologischen Fragestellungen angestrebt.

Die Koalitionspartner setzen auf eine starke und kompetente Interessenvertretung in Berlin und Brüssel als Bindeglied zwischen Rheinland-Pfalz, der Bundesregierung und den Europäischen Institutionen. Beide Häuser sollen Multiplikatoren, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Umweltverbände, Hochschulen, Medien und Nichtregierungsorganisationen aus Rheinland-Pfalz bei ihren Aktivitäten in Brüssel und Berlin unterstützen und ihnen als Forum zur Kommunikation und Kontaktpflege dienen.

Der europäische Integrationsprozess lebt von der Akzeptanz und Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass sie Europa im Alltagsleben positiv und ohne unnötige Bürokratie wahrnehmen. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird darin liegen, Europa vor Ort zu vermitteln und mit den Bürgerinnen und Bürgern dazu in den Dialog zu treten. Hierzu soll auch das neue Instrument der Bürgerinitiative bekannt gemacht werden. Wir wollen, dass die Landesregierung die jeweiligen europäischen Bezüge ihres Handelns nach außen hin klar herausstellt und einen Akzent auf die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit legt. Wir wollen insbesondere mehr Jugendliche zur Partizipation animieren und an das Thema Europa heranführen, indem wir Konzepte erarbeiten, wie das Thema Europa in der schulischen und außerschulischen Bildung stärker verankert werden kann. Die Koalitionspartner setzen sich deshalb dafür ein, dass Landesregierung und Landtag ihre europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Als besonders wichtig wird dabei unter anderem die transparente Zusammenarbeit mit europapolitisch aktiven Verbänden und Nichtregierungsorganisationen sowie den Kommunen angesehen.

Rheinland-Pfalz in Europa

Wir wollen Europa gestalten. Dabei nutzt Rheinland-Pfalz schon jetzt die Förderung durch EU-Strukturfondsmittel wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem INTERREG-Programm. Wir betrachten Fördermittel dabei nicht als Selbstzweck, sondern wollen damit im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit einen europäischen Mehrwert schaffen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Rheinland-Pfalz dazu weiterhin seine Interessen frühzeitig in die Vorbereitungen der nächsten EU-Förderperiode einbringt.

In den kommenden Jahren sehen wir unter anderem die folgenden Schwerpunktthemen auf EU-Ebene:

Wir wollen die EU sehr viel stärker als bisher an den sozialen Belangen und Erwartungen der Menschen ausrichten. Faire Löhne und Gehälter, eine auskömmliche Alterssicherung, ein guter Gesundheits- und Arbeitsschutz verdienen die gleiche Aufmerksamkeit wie Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Mitbestimmung und angemessene Teilhabe der Beschäftigten am gesellschaftlich geschaffenen Reichtum sind für uns kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit. Diskriminierung hat in der EU nichts zu suchen.

In der europäischen Justiz- und Innenpolitik werden wir uns für ein hohes Niveau bei Bürgerrechten, dem Datenschutz, beim Flüchtlingsschutz sowie in der Asyl- und Migrationspolitik einsetzen.

Ökologische Gemeinsame Agrarpolitik

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch nach 2013 im Rahmen der Struktur- und Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ausreichende Mittel in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen. Im Rahmen der anstehenden Reform der GAP wollen wir die Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass ein Großteil der Fördergelder in die ländliche Regionalentwicklung fließt. Bei der GAP soll dabei das Motto „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ zum Prinzip aller Agrarzahungen werden. Jegliche Fördergelder müssen an die Erbringung von gesellschaftlichen Leistungen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, Erhalt von Biodiversität, Verbraucherschutz, Ernährungssicherheit und Arbeitsplätze geknüpft werden. Obligatorische Voraussetzung für den Erhalt von Direktzahlungen muss die Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ökologisierungskomponente sein. Für Kleinbetriebe müssen besondere Förderregeln geschaffen werden.

Nachhaltige europäische Kohäsionspolitik

Wir halten es für erforderlich, die europäische Kohäsionspolitik neu auszurichten und stärker als bisher auf die Verbesserung von ökologisch nachhaltigem Wachstum, sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, Beschäftigung sowie auf die ökologische Modernisierung der Industrie in den Regionen und den Klimaschutz auszurichten, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu stärken und auch über 2013 hinaus den Einsatz der europäischen Strukturfonds für alle Regionen Europas vorzusehen. Wir beabsichtigen eine Stärkung der lokalen und regionalen Ebene und des Partnerschaftsprinzips durch Einbindung lokaler und regionaler Akteure, Sozial- und Umweltpartner sowie der Zivilgesellschaft in allen Programmphasen. Dabei sollen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting und die Inklusion behinderter Menschen vorangetrieben werden.

Ambitionierte Klima- und Energiepolitik

Rheinland-Pfalz wird seinen wichtigen Beitrag zur Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele leisten und die europäische Klimaschutzpolitik konstruktiv begleiten. Grüne Innovationen und lokale Ökonomien, Biodiversität und Klimaschutz, eine nachhaltige Infrastruktur, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Energieversorgung sowie Ressourceneffizienz sollen Förderprioritäten bilden. Insbesondere werden wir uns für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) in der EU einsetzen. Rheinland-Pfalz wird engagiert zur Umsetzung der EU 2020-Strategie beitragen und insbesondere die „Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa“ im Auge haben.

Erneuerte stabile Wirtschafts- und Finanzordnung

Wir werden uns für eine stabile und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzordnung einsetzen, die Risiken für die Realwirtschaft, die öffentlichen Haushalte und die Verbraucherinnen und Verbraucher mindert. Dazu bedarf es neben soliden öffentlichen Haushalten vor allem einer

verbesserten Finanzmarktaufsicht, einer europäisch abgestimmten Bankenabgabe, mit der die Banken in die Verantwortung für die eingegangenen Risiken genommen werden, sowie einer Finanztransaktionssteuer (möglichst europaweit). Darüber hinaus setzen wir uns für eine starke europäische Wirtschaftsunion mit verbindlicher makroökonomischer Koordinierung und klaren Entscheidungsstrukturen ein. Außerdem setzen wir uns für einen entschiedenen Kampf gegen Steuerdumping und Steuerflucht in der EU ein. Notwendig ist dafür ein automatischer Informationsaustausch über Kapitaleinkommen. Um die EU auch im Kontext nationaler Konsolidierungsbemühungen handlungsfähig zu halten, sollen Instrumente wie Euro- und projektbezogene Anleihen geprüft und der EU eine eigene Steuerquelle eröffnet werden.

Initiative zur Revision des EURATOM-Vertrags

Atomkraft ist nicht zukunftsfähig. Die Koalitionspartner vereinbaren deshalb eine Initiative zur Revision des EURATOM-Vertrags. Die derzeitige Aufteilung der Forschungsmittel zwischen nuklearem und nicht-nuklearem Bereich, vor allem hinsichtlich der erneuerbaren Energien ist eklatant einseitig zu Gunsten der Atomkraft. Dies wollen wir ändern und die Mittel sukzessive in die Erforschung der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz überführen. Deshalb wollen wir im Rahmen der Erstellung des achten Forschungsrahmenprogramms darauf hinwirken, dass die Forschungspolitik der EU keine Mittel mehr für die Atomforschung bereit stellt.

Darüber hinaus verfolgen wir die folgenden Ziele:

- Wir wirken weiterhin auf die Einführung eines EU-weiten Mindestlohns hin.
- Die Koalitionspartner bekennen sich zur rechtlichen Absicherung gentechnikfreier Regionen in Europa.
- Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Antidiskriminierungsrichtlinien der EU und werden für deren konsequente Umsetzung Sorge tragen.
- Wir setzen uns für strenge europäische Regelungen gegen Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ein.
- Wir setzen uns für europaweite Sicherheitsstandards auf hohem Niveau für Atomkraftwerke ein.
- Wir setzen uns für eine tatsächliche Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein.

Regionale und kommunale Partnerschaften

wie die mit Burgund, Opoln und Mittelböhmen sind wesentliche Bestandteile einer gelingenden europäischen Verständigung. Die Koalitionspartner werden bestehende Partnerschaften unterstützen. Sie stehen dem Aufbau neuer Partnerschaften offen gegenüber. Wir werden uns weiter aktiv in die Zusammenarbeit mit unsern Partnern in den Großregionen Saar-Lor-Lux-Wallonie-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens sowie am Oberrhein mit Baden-Württemberg, dem Elsass und den fünf nordwestschweizer Kantonen einbringen.

Internationale Zusammenarbeit

Es liegt im existenziellen Interesse von Rheinland-Pfalz, unseren Beitrag zu leisten, um die Welt gerechter, friedlicher, ökologischer, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltiger zu gestalten.

Wir bekennen uns zur Selbstverpflichtung der Länder (Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 22. Oktober 2008), ihren Beitrag zur Erreichung der UN-Millenniumsziele bis 2015 zu leisten.

Die internationalen Partnerschaften haben sich bewährt und sollen gefestigt und weiterentwickelt werden. Wir halten an unserer Partnerschaft mit South Carolina fest.

Wir werden die vorbildliche Graswurzelpartnerschaft mit der Republik Ruanda weiter ausbauen und durch die Gewinnung junger Menschen nachhaltig stärken. Wir möchten mit dem Partnerland Ruanda die Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung und nachhaltige Entwicklung verstärken und einen Rechtsstaatsdialog initiieren. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Fujian (China).

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement im entwicklungspolitischen Bereich stärken und insbesondere den Aufbau vernetzender Strukturen für die Informations- und Bildungsarbeit ermöglichen. Die Koalitionspartner verständigen sich auf das Ziel, die Zivilgesellschaft im Hinblick auf das „Eine Welt“-Engagement nachhaltig zu unterstützen. Gemeinsam mit unseren ehrenamtlichen Partnern im Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit (ELAN) wollen wir auch Kommunen in Rheinland-Pfalz für die Unterzeichnung der Millenniumserklärung gewinnen.

Wir begrüßen die gemeinsame Initiative der Ständigen Konferenz der Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Unterstützung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Rahmenvereinbarung zum Globalen Lernen). Mit der Bekämpfung von Armut und mit einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, basierend auf stetem Dialog unter Beachtung der Menschenrechte, wollen wir unserer Verantwortung für Frieden, Demokratie und Wohlstand in der Welt gerecht werden.

Die Koalitionspartner vereinbaren, die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes im Dialog mit den entwicklungspolitisch aktiven Nichtregierungsorganisationen weiterzuentwickeln.

16. Zusammenarbeit und Vereinbarungen

Unter Beachtung von Artikel 79 der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz, demzufolge Abgeordnete bei ihren Entscheidungen nur ihrem Gewissen unterworfen sind, vereinbaren wir, dass die Koalitionsfraktionen im Landtag und in allen von ihm beschickten Gremien nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Über das Verfahren und die Arbeit im Landtag wird Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder, im Ausnahmefall, im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht.

Bundesrat

Ordentliche Mitglieder im Bundesrat sind der Ministerpräsident, die stellvertretende Ministerpräsidentin und jeweils ein Kabinettsmitglied der beiden Koalitionspartner. Die übrigen Kabinettsmitglieder werden stellvertretende Mitglieder.

Die Koalitionsparteien legen das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat fest. Sie orientieren sich dabei an den Interessen des Landes und an Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung. Sofern in Fragen, die nach Auffassung einer Koalitionsfraktion von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

Landesregierung

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

Die SPD stellt den Ministerpräsidenten und die Leitung folgenden Ministerien:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

Ministerium der Finanzen

Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen die stellvertretende Ministerpräsidentin und die Leitung folgender Ministerien:

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen.

Koalitionsausschuss

Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet.

Impressum



SPD
Landesverband Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15 a
55116 Mainz

Tel. 06131/27061-10
E-Mail: lv.rheinland-pfalz@spd.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Rheinland-Pfalz
Walpodenstraße 5
55116 Mainz

Tel. 06131/231846
E-Mail: lgs@gruene-rlp.de